

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

32. Sitzung

Berlin, Freitag, den 19. März 2010

Inhalt:

Tagesordnungspunkt I (Fortsetzung):

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ge-

setzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)
(Drucksachen 17/200, 17/201)

2951 A

- b) Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013**

(Drucksachen 16/13601, 17/626)

2951 B

18 Einzelplan 15

Bundesministerium für Gesundheit
(Drucksachen 17/614, 17/623)

2951 B

Ewald Schurer (SPD)

2951 C

Ulrike Flach (FDP)

2953 D

Dr. Karl Lauterbach (SPD)

2954 B

Michael Leutert (DIE LINKE)

2955 C

Alois Karl (CDU/CSU)

2957 A

Ewald Schurer (SPD)

2958 C

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

2960 B

Jens Spahn (CDU/CSU)

2961 B

Dr. Karl Lauterbach (SPD)

2962 B

Steffen-Claudio Lemme (SPD)	2963 D
Bettina Hagedorn (SPD)	2964 C
Elke Ferner (SPD)	2965 C
Dr. Erwin Lotter (FDP)	2966 B
Dr. Philipp Rösler, Bundesminister BMG	2967 C
Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2969 B
Dr. Philipp Rösler, Bundesminister BMG	2969 D
Harald Weinberg (DIE LINKE)	2970 A
Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2971 B
Dr. Rolf Koschorrek (CDU/CSU)	2972 D
Dr. Karl Lauterbach (SPD)	2974 B
Rudolf Henke (CDU/CSU)	2976 B
Dr. Karl Lauterbach (SPD)	2976 D
19 Einzelplan 32	
Bundesschuld (Drucksache 17/621)	2978 C
20 Einzelplan 60	
Allgemeine Finanzverwaltung (Drucksache 17/622)	2978 D
21 Haushaltsgesetz 2010 (Drucksachen 17/624, 17/625)	2979 A

Tagesordnungspunkt II:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung
eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über
die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsge-
setz 2010)**

(Drucksachen 17/200, 17/201, 17/601 bis
17/616, 17/619 bis 17/622, 17/623, 17/624,
17/625, 17/1077)

2979 B

Petra Merkel (Berlin) (SPD)

2979 C

Norbert Barthle (CDU/CSU)

2981 C

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

2982 C

Bettina Hagedorn (SPD)

2983 B

Johannes Kahrs (SPD)

2984 C

Norbert Barthle (CDU/CSU)

2985 A

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE)

2985 B

Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP)

2986 C

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

2988 C

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister
BMF

2990 D

Joachim Poß (SPD)

2992 D

Otto Fricke (FDP)

2994 D

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE)

2996 A

Dr. Michael Meister (CDU/CSU)

2997 D

Klaus Brandner (SPD)

3000 B

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU)

3001 D

Florian Toncar (FDP)
3003 B
Leo Dautzenberg (CDU/CSU)
3004 A
Namentliche Abstimmungen
3006 B, 3006 B
Ergebnisse
3007 C, 3009 D
Nächste Sitzung
3012 C

Berichtigung
3012 D

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten
3013 A

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen
3013 D

32. Sitzung

Berlin, Freitag, den 19. März 2010

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Die Sitzung ist eröffnet. Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt I – fort:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

– Drucksachen 17/200, 17/201 –

- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013

– Drucksachen 16/13601, 17/626 –

Berichterstattung:

Abgeordnete	Norbert	Barthle
Carsten	Schneider	(Erfurt)
Otto		Fricke
Roland		Claus
Alexander Bonde		

Dazu rufe ich den Tagesordnungspunkt I.18 auf:

Einzelplan 15
Bundesministerium für Gesundheit

– Drucksachen 17/614, 17/623 –

Berichterstattung:

Abgeordnete	Alois	Karl
Ewald		Schurer
Ulrike		Flach
Michael		Leutert
Sven-Christian Kindler		

Zu Einzelplan 15 liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Man muss die Zeit nicht ausschöpfen!)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Ewald Schurer für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ewald Schurer (SPD):

Guten Morgen, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 15 hat in den letzten Jahren einen deutlichen Aufwuchs erfahren, einen höheren als andere Einzelpläne, und zwar durch die Zuschüsse aus dem Steuertopf für den Gesundheitsfonds. Dieser Fonds ist zwar nur eine Kapitalsammelstelle, aber die Zuwächse sind vorhanden. Im Haushalt 2010 sind das 15,7 Milliarden Euro, die sich wie folgt aufsplitten: 11,8 Milliarden Euro für gesellschaftlich notwendigen Bedarf, also Zuschüsse an die GKV, und 3,9 Milliarden Euro für die zunächst einmaligen krisenbedingten Zuschüsse für die Ausfälle in der GKV durch die Wirtschafts-, Finanz- und Konjunkturkrise.

Der materielle Kern des Einzelplans beträgt nach ursprünglich 467 Millionen Euro nach eigenen Berechnungen nur noch circa 430 Millionen Euro. Da wurden Sparvorstellungen zum Haushalt realisiert. Wenn ich mir das Sparen anschau, werte Kolleginnen und Kollegen, dann muss ich aber sagen: Da machen Sie schon Ihre ersten Fehler.

Ich erwähne ausdrücklich einen Bereich, der für mich und auch für uns, glaube ich, eine große politische Bedeutung hat, nämlich: **Prävention**, Aufklärung und Programmmaßnahmen, zum Beispiel auf dem sehr wichtigen Gebiet des Drogen- und

Suchtmittelmissbrauchs. Wer die praktischen Zahlen kennt, Herr Minister, und weiß, was die Studien aussagen, die von Ihrer Amtsvorgängerin veröffentlicht wurden, müsste einsehen, dass es einen großen und anhaltenden Bedarf gibt, Modell- oder Aufklärungsmaßnahmen zu finanzieren. Was machen Sie? Genau an dieser Stelle fangen Sie an, rigide zu kürzen. Titel 531 66 – Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs –: minus 500 000 Euro. Titel 684 69 – Modellmaßnahmen und Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs –: minus 740 000 Euro. Das sind die falschen Weichenstellungen bei dem ansonsten natürlich wichtigen Bestreben, den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Minister, natürlich beschäftige ich mich als Haushälter auch mit Ihren gesundheitsökonomischen Überlegungen. Ich frage mich, welche Logik sie in sich tragen, wenn es um das Ziel geht, das System umzubauen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Du musst über den Haushalt reden und nicht über die Logik!)

– Ich komme dazu. – In der Generaldebatte am Mittwoch hatte die Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel nun wirklich alles versucht, um Herrn Rösler beizuspringen; das kann man wirklich sagen. Sie hatte zwei Grundaussagen getroffen. Sie hat erstens ihre Hausphilosophie noch einmal erneuert, dass künftig Solidarität im System nur noch über den **Steuerausgleich** zu bewerkstelligen ist. Das ist ja die Formel, die Sie im Land predigen. Die zweite war das Bekenntnis dazu, die **Lohnnebenkosten** von den steigenden Gesundheitskosten zu entkoppeln. Das waren also die beiden Grundaussagen, die die Frau Bundeskanzlerin in den Mittelpunkt gestellt hat.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Zu Recht!)

– Ich hoffe, dass Sie nachher die Chance haben, sich wirklich manifest dazu zu äußern.

So wollen Sie die Gesundheitskosten begrenzen. Das ist zunächst einmal ein ehrenwertes Ziel, geht aber, so glaube ich, zulasten der Versicherten; ich werde auch sagen, warum.

Wenn Sie die Arbeitgeberbeiträge im Rahmen der volkswirtschaftlichen Wertschöpfungskette einfrieren, dann gefährden Sie das bewährte **paritätische System**. Im Gesundheitsbereich gibt es 4,6 Millionen Beschäftigte und zahlreiche hochqualifizierte Jobs. Dort wird mittlerweile ein Neuntel des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. Sie gefährden diese Wertschöpfungskette durch ein ideologisches Versatzstück namens – ich kann mich an

den genauen Ausdruck nicht mehr erinnern – Kopfgeldpauschale.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Falsche Begriffe kommen von Herrn Lauterbach! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Am besten, du bleibst gesund!)

Sie variieren Ihre fachlichen Begründungen. Aber am Schluss bleibt folgende Erkenntnis: Alle sollen einkommensunabhängig die gleichen Beiträge zahlen. Es ist also egal, wie viel man verdient.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Wer weniger verdient, hat es schwerer!)

Sie wollen 40 Millionen Menschen zu Bittstellern eines komplizierten Antragsverfahrens machen. Damit verunsichern Sie die Menschen. Viele werden sich fragen, ob sie die eine oder andere medizinische Leistung noch bezahlen können, vor allen Dingen wenn man in Vorleistung treten muss.

Herr Minister, ich unterstelle Ihnen, dass Sie einen Paradigmenwechsel im Gesundheitssystem wollen; das ist offensichtlich. Liebe Freunde von der CSU, haben Herr Söder und Herr Seehofer nicht recht, wenn sie – wie Seehofer vorgestern in *hart aber fair* – von einer geplanten Demontage der Solidarität im System sprechen? Liegt Herr Seehofer damit so falsch?

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Wir haben hier doch keine Fragestunde! – Elke Ferner [SPD]: Er liegt völlig richtig!)

Hat er nicht recht, wenn er Herrn Karl Lauterbach oder der geschätzten Kollegin Elke Ferner beispringt?

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, so wie es aussieht, würden 50 Millionen Versicherte der GKV – einschließlich der Mitversicherten sind es sogar 70 Millionen Menschen – im Extremfall zu Bittstellern. Ich muss Ihnen unterstellen, dass Ihre Strategie auf eine Abschaffung des Sachkostenprinzips hinausläuft und dass schließlich ein Kostenersatzungsprinzip gilt. Das alleine würde nach meiner Meinung zu einer manifesten Leistungsausgrenzung der Menschen führen, die keinen dicken Geldbeutel haben. Diese müssen sich dann zweimal überlegen, ob sie in Vorleistung gehen. Schon wenige Hundert Euro wären eine große ökonomische Belastung für viele Haushalte mit Kindern oder für Menschen, die keine Gutverdiener sind.

(Beifall bei der SPD)

Blackboxmodelle haben einen gewissen Charme. Es herrschen Laborbedingungen. Wenn Sie aber die Fachwelt und die Leistungserbringer im System fragen, dann werden Sie feststellen, dass diese von Ihrem System – so ist es in der *Ärzte Zeitung* zu lesen – nicht überzeugt sind. Aktuelle Umfragen haben ergeben: Mehr als 80 Prozent der Versicherten sowie der Patientin-

nen und Patienten versprechen sich von Ihrer **Kopfprämie** oder Kopfgeldprämie – wie immer sie auch heißen mag – nichts Gutes. Sie haben eine negative Gefühlslage, ohne vielleicht immer genau zu wissen, worum es geht.

Herr Minister, wenn Sie das bewährte Finanzierungssystem, durch das Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Rahmen der Wertschöpfungskette zu gleichen Teilen belastet werden – das ist der Grundsatz – und in das auch Steuermittel zur Erfüllung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben fließen, durch eine fragile Konstruktion eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs ersetzen wollen, dann muss ich Ihnen als Haushälter sagen: Das Geld ist nicht da. Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von über 320 Milliarden Euro. Der Anteil der Nettokreditaufnahme liegt bei 25 Prozent.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Aber 75 Prozent nicht! 75 Prozent sind keine Nettokreditaufnahme! Man muss das mal positiv sehen!)

Allein der Bund muss aufgrund der Folgewirkungen der internationalen Finanzkrise neue Kredite in Höhe von rund 80 Milliarden Euro aufnehmen. Herr Rösler, in der letzten Stufe Ihres Modells geht es nicht um 10 Milliarden, sondern um 35 Milliarden Euro **steuerfinanzierte Zuschüsse**. Das ist objektiv eine ökonomische Unmöglichkeit. Sie müssen sich darauf einstellen: Sie werden auf diesem Weg, auf den Sie sich katapultiert haben, keinen Erfolg haben. Sie werden keine Chance haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mir Herrn Singhammer und den Kollegen Karl von der CSU anschau, dann weiß ich, dass sie aus München kein Go! für Ihr Hasardeurspiel, Herr Minister, bekommen werden, das ein bewährtes Finanzsystem in Gefahr bringt.

Ideologie ist sicherlich nicht schlecht. Bei wohlwollender Betrachtungsweise ist Ideologie so etwas wie Programmatik, also ein Ansinnen, etwas zu verändern. Sie sollten aber darüber nachdenken, dass Sie hier ideologische Versatzstücke in den praktischen Vollzug bringen wollen. Sie und auch der Herr Staatssekretär machen den Menschen, wie ich finde, bei Ihren Auftritten Angst, anstatt ihnen Orientierung zu geben. Die Menschen müssen Angst um den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft und davor haben, wie es weitergehen soll.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Sie machen doch Angstkampagnen!)

Wenn man die Entwicklung von Reichtum und Armut in dieser Gesellschaft betrachtet, dann kommt man zu dem Schluss, dass das **Sachleistungsprinzip** für die Menschen eine wichtige ökonomische und gesundheitspolitische Grundlage dar-

stellt, auf die zu verzichten sich die Menschen schlicht und einfach nicht leisten können. Das ist für mich der entscheidende Punkt.

Am Schluss möchte ich Ihnen sagen: Sie müssten drei Aufgaben erfüllen, um diesen Irrweg zu verlassen. Ich meine das nicht persönlich und nicht böse. Ich glaube, dass Sie subjektiv einen guten Weg finden wollen, objektiv aber die falschen Rezepte haben. Ich möchte Ihnen daher drei Bitten bzw. Empfehlungen geben: Erstens. Halten Sie an der paritätischen Finanzierung fest. Bauen Sie diese wieder aus und ergänzen Sie sie da, wo gesamtgesellschaftliche Aufgaben erfüllt werden müssen, durch Steuermittel.

(Beifall bei der SPD – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Ihr habt doch die paritätische Finanzierung aufgehoben!)

Zweitens. Versuchen Sie die Kostensteigerungen, die im System tatsächlich vorhanden sind – Krankenhäuser, Pharmamarkt –, durch Effizienzsteigerung in den Griff zu bekommen. Packen Sie den Stier der Pharmaindustrie bei den Hörnern! Beweisen Sie Ihre Kraft! Das ist ganz wichtig. Drittens. Steuern Sie die ärztliche Versorgung, vor allen Dingen durch eine gute Abstimmung zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten. – Wenn Sie diese drei Punkte beherzigen würden, hätten Sie eine Chance, aus der verfahrenen Situation herauszukommen. Dann hätte das Gesundheitssystem eine gute Zukunft.

Wir Sozialdemokraten sind doch die Letzten, die nicht für Beratung zur Verfügung stünden. Nicht nur der Kollege Lauterbach, der dafür prädestiniert ist,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Wo der gelandet ist, haben wir schon mal gesehen! – Heinz Lanfermann [FDP]: Das haben wir im letzten Antrag gesehen!)

sondern auch andere Kolleginnen und Kollegen bieten Ihnen jede Menge Sachverstand an. Das ist besser, als sechs oder sieben Ministerkollegen einzuladen, die im Wesentlichen fachfremd sind und zum Thema Gesundheit nichts beizusteuern haben. Holen Sie sich Sachverstand von den Krankenkassen, von den Leistungserbringern, den Patienten und den Versicherten. Versammeln Sie diese an einem Know-how-Tisch und lassen Sie sich von diesen beraten. Das täte uns allen gut.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ulrike Flach für die Fraktion der FDP.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Hauptberichterstatlerin für dieses Ministerium möchte ich mich erst einmal bei den Kollegen bedanken, die uns positiv begleitet haben. Ich möchte mich auch bei Ihnen, Herr Schurer, bedanken,

(Ewald Schurer [SPD]: Gebe ich zurück, Frau Flach!)

auch wenn wir inhaltlich an vielen Stellen verschiedener Meinung sind. Ich möchte mich weiterhin beim Ministerium bedanken. Es hat uns auch in schweren Stunden positiv begleitet und uns viel geliefert. So können wir weitermachen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Lieber Herr Schurer, der Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums hat bekanntlich eine etwas eigenwillige Struktur. Wir haben den gesetzlich vorgeschriebenen Zuschuss zum Gesundheitsfonds, in diesem Jahr übrigens mit einem einmaligen Zuschuss von 3,9 Milliarden Euro, die notwendig waren, weil Sie, lieber Herr Schurer, uns eine Lücke hinterlassen haben. Wenn wir uns auf Ihren Sachverstand verlassen würden, hätten wir wahrscheinlich noch größere Lücken.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die neue Regierung hat schnell gehandelt und verhindert, dass die Beiträge erhöht werden müssen. Auch das muss wieder gesagt werden. Wir haben daneben Programmtitel und die nachgeordneten Behörden, die nur rund 450 Millionen Euro ausmachen.

Wenn man diese Struktur sieht, wird klar, dass wir mit den Einsparungen von immerhin 40 Millionen Euro das Ministerium doch recht hart herangenommen haben. Wir haben einen Haushalt vorgefunden, der noch von dem politischen Wunschzettel von Ulla Schmidt geprägt war. Wir haben auch feste Verträge vorgefunden, aus denen wir, die wir eine neue politische Einstellung haben, nicht sofort aussteigen können. Wir haben trotzdem einige Pflänzchen, die, ehrlich gesagt, eher der medialen Darstellung der Vorgängerin von Herrn Rösler dienen, beschnitten, so zum Beispiel im Zusammenhang mit der von Ihnen eben angesprochenen **Prävention** oder bei Modellmaßnahmen zum Suchtmittelmissbrauch.

(Ewald Schurer [SPD]: Da können Sie doch nicht kürzen, Frau Flach! Das geht doch nicht!)

Damit kein Irrtum aufkommt: Prävention ist für uns ein Schwerpunktthema. Nur, wollen Sie den Leuten wirklich klarmachen, dass wir eine Telefonhotline brauchen, über die die Leute angerufen und gefragt werden, ob sie aufgehört haben, zu rauchen? Das hat uns Ulla Schmidt hinterlassen. Wollen Sie dafür Geld ausgeben? Ich frage mich, ob der Steuerzahler sein Geld nicht lieber behält und

auf vernünftige Programme der neuen Regierung wartet.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Da wartet er aber lange!)

Übrigens stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage: Warum müssen Kitakinder in Berlin dazu bewegt werden, an einem Zirkusprogramm teilzunehmen?

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lauterbach?

Ulrike Flach (FDP):

Ja, natürlich.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Frau Flach, ich kann Ihrer Logik nicht folgen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP – Heinz Lanfermann [FDP]: Das erleben wir öfter!)

Sie tragen vor, Prävention habe Priorität für Sie. Gleichzeitig entfallen die einzigen konkreten Kürzungen, die Sie bisher vorgeschlagen haben, auf diesen Bereich. Diese Logik erschließt sich mir nicht, Frau Flach.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ulrike Flach (FDP):

Lieber Herr Lauterbach, hätten Sie die Sparvorschläge der FDP in Ruhe zur Kenntnis genommen und würden Sie auf das warten, was ich Ihnen in wenigen Sekunden erzähle, dann wüssten Sie, dass das natürlich nicht die einzigen Kürzungsvorschläge sind. Das ist der eine Punkt.

(Ewald Schurer [SPD]: Meinen Sie die Staatssekretäre? – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Es geht ja um die Fakten, nicht um die Erzählungen!)

Das Zweite: Jede Regierung hat das Recht, ihre politischen Schwerpunkte zu setzen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Sie können kürzen, wo Sie wollen! Das stimmt!)

Die Schwerpunkte der Ulla Schmidt sind nicht die Schwerpunkte des Philipp Rösler.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden die Fehler der Ulla Schmidt natürlich nicht in die nächste Generation weitertragen. – Herzlichen Dank.

(Zuruf von der LINKEN: Antworten!)

Ich will in meiner Rede fortfahren und damit ein bisschen zur Erleuchtung beitragen. Angesichts

der Haushaltslage sind wir an solche Titel herangegangen, bei denen zu kürzen dem Hause wehtut. Wir haben **Kürzungen** bei den Bezügen der Beamten durchgeführt, bei Dienstreisen, bei der Öffentlichkeitsarbeit – bei Ulla Schmidt ein sehr beliebtes Spektrum –, beim Geschäftsbedarf und bei der Software. Ganz nebenbei haben wir Sparvorschläge in Höhe von immerhin noch 6 Millionen Euro aus unserem hochgeliebten *Liberalen Sparbuch* umgesetzt.

(Beifall bei der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Welchen Staatssekretär haben Sie gestrichen?)

Ich weiß nicht, was Sie da quält. Die Haushälter der FDP haben an diesem Haushalt ziemlich massiv gearbeitet.

Die vor dem Hintergrund der milliardenschweren Steuerzuschüsse an den Gesundheitsfonds kleinen Korrekturen werden natürlich nicht ausreichen. Da befinden wir uns mit unserer Sorge um das Gesundheitssystem auf demselben Weg, Herr Schurer. Wenn wir die Wachstumsschwäche der GKV-Einkommensbasis nachhaltig verbessern und Beitragserhöhungen verhindern wollen – darum geht es –, dann brauchen wir eine große und eine nachhaltige Korrektur bei der **Finanzierung** der gesetzlichen Krankenversicherung.

(Jens Ackermann [FDP]: Sehr richtig!)

170 Milliarden Euro werden in diesem Jahr vom Gesundheitsfonds an die Kassen verteilt. Es fehlen 4 Milliarden Euro – das ist eine Erbschaft von Ihnen –, was über Zusatzbeiträge ausgeglichen werden muss. Die Experten haben uns in diesen Tagen gesagt: Für die nächsten Jahre müssen wir mit Fehlbedarfen bis zu 15 Milliarden Euro rechnen.

(Ewald Schurer [SPD]: Aber die internationale Finanzkrise ist doch ein FDP-Folge-Modell!)

Das, lieber Herr Schurer, sind – trotz allem, was Sie eben so filibusternd von sich gegeben haben – die Auswirkung und die Logik Ihrer Gesetze.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht, Frau Flach!)

Die SPD stiehlt sich angesichts dieser desolaten finanzpolitischen Lage gesundheits- und haushaltspolitisch aus der Verantwortung.

(Ewald Schurer [SPD]: Selbst das ist falsch! Da passt ja nichts zusammen bei Ihnen!)

Wer fordert, die Zusatzbeiträge wieder abzuschaffen – die er selbst eingeführt hat – und den unter Rot-Grün eingeführten Sonderbeitrag der Versicherten und die Praxisgebühr, der muss ernsthaft die Frage beantworten, wie diese Ausfälle kompensiert werden sollen. Da kommen Sie mit Ihrer **Bürgerversicherung**, lieber Herr Lauter-

bach. Von dieser Versicherung höre ich jetzt in der vierten oder fünften Sitzung etwas, ohne dass wir von Ihnen auch nur eine einzige Seite vorgelegt bekommen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Heinz Lanfermann [FDP]: Wo bleibt denn der Antrag? – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Sie sind doch an der Regierung! Wo bleibt denn Ihr Konzept? Bis heute nichts!)

Sie bleiben uns Ihr Konzept schuldig. Immer wieder verweisen Sie pauschal, auch im Hinblick auf die Ausgabenseite.

(Zuruf des Abg. Christian Lange [Backnang] [SPD])

– Ich rede doch mit Herrn Lauterbach, lieber Herr Lange.

Angesichts Ihrer Vorschläge im Ausgabenbereich muss ich an dieser Stelle noch einmal darauf verweisen, dass die SPD von 1998 bis 2009 an der Regierung war. Die Ausgaben der GKV für Arzneimittel haben sich in dieser Zeit von 19,2 Milliarden Euro auf 32,4 Milliarden Euro erhöht. Was sind das denn für Arbeitsergebnisse? Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir an dieser Stelle irgendetwas von Ihnen übernehmen.

(Ewald Schurer [SPD]: Sie haben uns ja früher nie unterstützt an dieser Stelle! Niemals!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt, der erste Haushalt der Ära Rösler, zeigt, dass die Koalition auf dem richtigen Weg ist. Die **Regierungskommission** wird eine tragfähige Finanzierung mit einer einkommens-unabhängigen Prämie mit steuerlichem Sozialausgleich vorlegen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Nach der NRW-Wahl! Sie wollen die Menschen hinters Licht führen!)

Die Vorschläge zur Kostendämpfung bei den patentgeschützten Arzneimitteln sind eine gute Basis für Eingriffe auf der Ausgabenseite. Der Haushalt des BMG zeigt, dass die Zeit der Schmidt'schen Klientelpolitik vorbei ist.

(Lachen bei der SPD – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist ein guter Witz!)

und dass endlich Platz für nachhaltige Strukturen geschaffen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Michael Leutert für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Leutert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerinnen und Bürger interessiert im Gesundheitsbereich in erster Linie, dass sie im Krankheitsfall die bestmögliche Versorgung erhalten und dass diese auch bezahlbar ist. Um die Finanzierung dieser Leistungen wird in der Politik seit Jahren heftig gestritten. Was den Bürger allerdings als Ergebnis dieser Debatten erreicht, kann man mit den Worten „permanente Verschlechterung“ zusammenfassen.

Da ist zum Beispiel der Ärztemangel und die damit verbundenen langen Wartezeiten auf einen Arzttermin zu nennen. Insbesondere in den ländlichen Räumen fehlen Ärzte; die Wege sind zu lang. Da geht es zum Beispiel um das Thema der schlechteren Behandlung und der schlechteren Pflege. Das Schlagwort „blutige Entlassung“ ist ja jedem hier ein Begriff. Da sind zum Beispiel die Arztpraxen, die privatversicherte Patienten bevorzugt behandeln oder, noch schlimmer, nur diese behandeln. Die erste Frage beim Arzt lautet eben nicht mehr: „Was fehlt Ihnen?“, sondern die erste Frage beim Arzt lautet heutzutage: „Sind Sie privat versichert oder Kassenpatient?“.

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/ CSU]: Stimmt doch gar nicht!)

– Na, dann gehen Sie einmal zum Arzt und fragen nach.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Bei mir hat er das letzte Mal gesagt: Herr Schirmbeck, Sie sehen gut aus!)

Und es findet natürlich immer wieder der Griff in die Geldbörse der Bürgerinnen und Bürger statt: Zuzahlung zu Arzneimitteln, Praxisgebühr, Erhöhung der Kassenbeiträge usw. usf.

Herr Minister Rösler, Sie setzen diese Politik der Verschlechterung nahtlos fort und führen seit Amtsantritt eine Debatte um die **Kopfpauschale**. Aber ob 25 oder 29 Euro – was bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder einmal ankommt, ist, dass es bald wieder einen Griff in die private Haushaltskasse geben wird. Jeder bereitet sich natürlich auf diese weiteren Einschnitte vor. Unklug war es allerdings von Ihnen, Herr Minister, die Einführung einer Kopfpauschale mit dem eigenen Kopf, der eigenen politischen Zukunft, zu verbinden.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Gähn!)

Wie lange wollen Sie eigentlich noch bis zu Ihrem Rücktritt warten, frage ich Sie.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Tätä! Tätä! Tätä! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Ihre Witze waren auch schon mal besser!)

Die Kanzlerin hat Ihnen in Ihrer Kommission sieben weitere Minister als Aufpasser zur Seite gestellt. Die Minister der Union sympathisieren zwar mit Ihren Ideen – davon bin ich überzeugt –, aber sie wissen auch, dass die Kopfpauschale für die

Union zu dem werden kann, was Hartz IV für die SPD geworden ist.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrike Flach [FDP]: Ach, Herr Leutert!)

Wenn die Kopfpauschale kommt, bringt das für Millionen von Haushalten in Deutschland eine Schlechterstellung mit sich. Millionen würden dann zu Bittstellern gegenüber dem Staat gemacht. Das sind alles Wählerinnen und Wähler, auch von Ihnen. Wenn die Union zwischen der Einführung einer Kopfpauschale – und als Folge Wahlniederlagen – oder dem Kopf des Ministers wählen muss, dann ist, wie ich denke, der Kopf des Ministers ein lukrativeres Geschäft.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU/CSU)

Nun haben Sie zur Ablenkung die Debatte um die Ausgabenbegrenzung bei den **Arzneimitteln** angeschoben. Der Nebel hat sich wieder verzogen. Was allerdings während des Nebels geschah, ist genau das Gegenteil – Stichwort: Klientelpolitik – davon, der Pharmalobby Paroli zu bieten. Die einzige sinnvolle Maßnahme, die im Zuge der Gesundheitsreform des Jahres 2004 unter Ulla Schmidt eingeführt wurde, haben Sie begonnen zu schleifen. Sie haben erst einmal im Apparat aufgeräumt und den Chef des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen beiseiteräumen lassen.

(Beifall des Abg. Dr. Lutz Knopek [FDP] – Zurufe von der LINKEN: Pfui! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Beachten Sie die Wortwahl!)

Was am 15. März in *Spiegel Online* unter der Überschrift „Operation Hippokrates“ zu lesen war, liest sich wie ein Räuberroman. Mit allen erdenklichen Mitteln und Tricks ging es dem Chef des Instituts, Peter Sawicki, zielgerichtet an den Kragen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Kannten Sie das Institut überhaupt vor dem *Spiegel*-Artikel?)

Der war natürlich Ihnen und der Pharmaindustrie – ich nenne wieder das Stichwort Klientel – seit langem ein Dorn im Auge. Das ist ja auch kein Wunder, wenn der Chef des Instituts, welches für die Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln verantwortlich ist, feststellt: Die pharmazeutische Industrie betrachtet Deutschland als Selbstbedienungsladen.

(Ulrike Flach [FDP]: Es ist doch bekannt, dass wir überhaupt keine Stimme bei der Entscheidung hatten! – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie wissen noch nicht einmal, wer was abgestimmt hat!)

Das, Herr Rösler, sind zusammengefasst die Ergebnisse Ihrer bisherigen Zeit als Gesundheitsminister. Dabei könnten Sie doch mit ganz einfachen Mitteln vorweisbare Ergebnisse bringen, Er-

gebnisse im Übrigen, die bei den Menschen auch einmal für eine positive Erfahrung sorgen würden:

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Sozialismus!)

Sie könnten zum Beispiel zur Senkung der Arzneimittelpreise den Vorschlag der Linken unterstützen. Ich fordere Sie auf: Senken Sie die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das sagt der Haushälter!)

Für Steuersenkungen ist die FDP doch immer zu haben. In dem Bereich könnten wir es doch einmal machen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wissen Sie, wie viel wir aus der Steuerkasse in diesem Jahr geben?)

Sie könnten auch unserem Antrag zustimmen, die nichtkommerzielle Pharmaforschung zu stärken. Das wäre doch auch in Ihrem Interesse, Herr Minister, wenn es Ihnen wirklich um die Beschränkung der Macht der Pharmakonzerne geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie könnten sich mit uns gemeinsam an anderer Stelle dafür einsetzen, dass der Investitionsstau von 50 Milliarden Euro bei den Krankenhäusern aufgelöst wird. – Das wären Maßnahmen, mit denen altbekannte Probleme gelöst oder die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre korrigiert werden könnten. Im Übrigen wären das Maßnahmen, von denen die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich etwas hätten und die sie sofort spüren würden.

Die Linke – das ist bekannt – ist gegen eine weitere Privatisierung und Kommerzialisierung im Gesundheitswesen.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Ihr seid für Verstaatlichung! – Jens Spahn [CDU/CSU]: „VEB Krankenkasse“ nennt sich das!)

Krankenhäuser und Arztpraxen sind keine Profitcenter, sondern Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie gehören dementsprechend geschützt.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrike Flach [FDP]: Sie müssen uns sagen, wo die Milliarden herkommen, lieber Herr Leutert!)

Sie wissen genau, dass die Menschen in unserem Land keine Zweiklassenmedizin wollen.

(Ulrike Flach [FDP]: Wir auch nicht!)

Die Linke steht an ihrer Seite. Deshalb sind wir der Meinung, dass der solidarische Charakter der Krankenversicherung erhalten und gestärkt werden muss. Letztlich halten wir eine solidarische **Bürgerversicherung** für den geeigneteren Weg, die Gesundheitsversorgung auf gleichem Niveau für alle sicherzustellen. Wir halten die Bürger- und

Bürgerinnenversicherung für einen geeigneteren Weg, eine soziale und gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems zu realisieren.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Eine Bürgerverunsicherung!)

Solange Sie diese Forderung im Haushalt nicht realisiert haben, können und werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrike Flach [FDP]: Das überrascht uns jetzt wirklich! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Da sind wir jetzt aber enttäuscht!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Alois Karl für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Jetzt erkläre ihnen das mal!)

Alois Karl (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Rösler! Herr Kollege Leutert, ich möchte kurz auf Ihre Rede eingehen. Ich muss sagen, das war eine von den Reden, von der ich den Anfang schon wieder vergessen habe.

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Das ist ja das Problem bei Ihnen!)

Den mittleren Teil habe ich nicht verstanden. Das Ende habe ich herbeigesehnt. So ist das mit manchen Reden, die man hier hört.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich danke dem Ältestenrat – der nicht häufig gelobt wird –, dass er den Haushaltsansatz des Gesundheitsministers als Höhepunkt,

(Elke Ferner [SPD]: Ja, das ist wirklich ein Höhepunkt!)

quasi als Schlussstein wie in einem gotischen Gewölbe, an das Ende der politischen Auseinandersetzung gesetzt hat.

(Beifall des Abg. Georg Schirmbeck [CDU/CSU] – Christian Lange [Bündnis 90/Die Grünen]: So sind wir!)

Ich danke auch Ihnen, Herr Rösler,

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Reden Sie doch mal über Seehofer!)

und Ihren eloquenten Staatssekretären für die – „Einflüsterungen“ hätte ich beinahe gesagt – guten Gespräche. Auch mit Ihnen, liebe Frau Flach, haben wir den vorliegenden Haushalt nach vielen Sitzungen auf den Weg gebracht.

Es wurde bereits angesprochen, dass der Haushalt ungewöhnlich ist. Es ist ein Rekordhaushalt. In Zeiten, in denen Sparen angesagt ist, ist das für sich gesehen kein Ruhmesblatt. Trotzdem haben wir das Volumen des Haushalts um über 16 Milliarden Euro – um über 39 Prozent – ansteigen lassen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das ist mehr als die Mehrwertsteuersenkung!)

Wir mussten durch die krisenbedingten zusätzlichen Ausgaben dem Haushalt einmalig 3,9 Milliarden Euro zuschießen, um die **Zuschüsse** an den Gesundheitsfonds einigermaßen in den Griff zu bekommen. Ich hatte eigentlich gedacht – in den Gesprächen mit Ihnen, Herr Bundesminister, deutete einiges darauf hin –, dass diese 3,9 Milliarden Euro nicht nötig sein werden, weil sich die Konjunktur gegenüber 2009 verbessern wird. Trotzdem ist es richtig, was Sie gesagt haben: Die 3,9 Milliarden Euro gehen nicht verloren, sondern fließen in die Rücklagen des Gesundheitsfonds. – So wird das sicherlich auch kommen.

Ich glaube übrigens schon, dass es eine starke Leistung des Bundesgesundheitsministers war, dass er in den ersten Tagen seiner Amtszeit – ich glaube, es war am 2. November – mit dem Finanzminister verhandelt und 3,9 Milliarden Euro bekommen hat. Es wurde, wie in dieser Koalition üblich ist, eine schnelle Lösung gefunden und saubere Arbeit geleistet. Herzlichen Glückwunsch, sehr geehrter Herr Dr. Rösler.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieser Haushalt zeichnet sich auf der einen Seite durch **Sparsamkeit** aus. Frau Kollegin Flach ist darauf ja schon eingegangen. Ich brauche nur noch einige wenige Punkte zu erwähnen:

Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit sind um 20 Prozent gekürzt worden. Auch die Zuschüsse für die Erstattung der GKV-Beiträge für Aussiedler konnten deutlich gekürzt werden. Ich muss auch sagen, dass ich die Sache mit den Präventions- bzw. Aufklärungsmaßnahmen anders sehe als Sie, Herr Schurer: 13,2 Millionen Euro standen in den letzten Jahren immer im Haushalt. So ist es auch bei diesem Haushalt. Keine Kürzung, was die Prävention auf diesem Gebiet angeht. Keine Kürzung, was die Aufklärung angeht.

(Ewald Schurer [SPD]: Kollege Karl, was sagen Sie zu Seehofer?)

Herr Schurer, ich bin allerdings schon der Meinung, dass wir dieses Thema im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen in den Mittelpunkt rücken müssen.

(Ewald Schurer [SPD]: Kollege Karl, sagen Sie was zu Seehofer!)

Es geht zum Beispiel um die Gelder, die wir für **Aidsvorsorge und -aufklärung** in der Ukraine einsetzen. Sextourismus ist sicherlich eine unappetitliche Sache, aber in Zeiten der völligen Freizügigkeit, in Zeiten der offenen Grenzen können wir das nicht kontrollieren. Die bisherigen Maßnahmen werden fortgesetzt, aber wir können auch im nächsten Haushalt die Mittel nicht so erhöhen, um die Aufklärungsmaßnahmen auch auf das sonstige Osteuropa, auf Afrika und auf Asien auszuweiten. Wir müssen in den nächsten Haushaltsberatungen auf diesem Gebiet mehr Haushaltsdisziplin an den Tag legen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Erfreulich ist, dass wir 25 Millionen Euro entsperren konnten für die Stiftung, die jenen materielle Hilfe zukommen lässt, die vor über 20 Jahren mit HIV infiziert worden sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

So können wir diese Stiftung wenigstens materiell unterstützen. Die immaterielle Not dieser Menschen kann sowieso nicht gelindert werden.

Trotz des Willens, zu sparen, haben wir auf der anderen Seite auch investiert. Wir werden **investieren**, und zwar intelligent.

(Elke Ferner [SPD]: Das wäre etwas Neues!)

Das **Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte**, das BfArM, wird in personeller Hinsicht deutlich gestärkt. Das hat damit zu tun, dass dieses Institut jedes Arzneimittel, bevor es auf den Markt kommt, auf seine Unbedenklichkeit untersucht. Dafür fallen Gebühren an. Durch das zusätzliche Personal können jetzt in kürzerer Zeit mehr Arzneimittel getestet werden. Das will die Industrie so. Das kommt dem Patienten zugute. Die Pharmaindustrie muss die Zulassungskosten sowieso bezahlen. Also fließt das Geld lieber jetzt als später. Ich finde, das, was wir hier auf den Weg gebracht haben, ist intelligentes Investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir investieren auch in das **Robert Koch-Institut**, die zentrale Forschungs- und Referenzeinrichtung der Bundesrepublik, wenn es um die Biomedizin geht. Das Robert Koch-Institut ist auch zuständig für die Erkennung und Schadensbegrenzung bei Anschlägen mit biologischen Agenzien. 2001, nach den Anschlägen von New York, hat die Regierung Schröder/Fischer die Neubaumaßnahme auf den Weg gebracht. Aber es krankt bei der Umsetzung, um in der Sprache des Haushaltes zu bleiben. Obwohl jetzt neun Jahre vergangen sind, ist vor lauter Planung, vor lauter Visionen und vor lauter Kostenschätzungen noch nichts Wesentliches geschehen. Ich hoffe, dass mit unseren Haushaltsansätzen, sehr geehrte Frau

Flach, wir es wenigstens noch erleben können, dass der erste Stein gelegt wird. Das zieht sich in der Tat schon neun Jahre so hin.

(Abg. Ewald Schurer [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Der Herr Schurer möchte eine Zwischenfrage stellen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich wollte Sie gerade fragen. Jetzt fragen Sie mich. Daher erteile ich großzügig Genehmigung.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Ewald Schurer (SPD):

Herr Kollege Karl, wir beide sind ja Haushälter und deswegen noch mehr als alle anderen zur Wahrheit verpflichtet.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Wahrheit und Klarheit! Kontrolle des Parlaments! – Kollege Karl, haben Sie schon einmal etwas von dem Programm „**RKI 2010**“ gehört? Da ist über drei Jahre im Personalbereich und bei der Ausstattung dieses Spitzeninstitutes, dieses Referenzinstitutes der deutschen Gesundheitsmedizin viel gemacht worden, auch mit viel Geld. Ich wollte Ihnen das begleitend andienen und dazu sagen: Die Probleme des RKI sind nach meiner Meinung nicht umfänglich, aber weitgehend gelöst worden, auch durch gute Planungen der ehemaligen Bundesregierung. Haben Sie das zur Kenntnis genommen? Das ist Punkt eins.

Punkt zwei ist: Sie arbeiten sich jetzt an guten, substanziellen Themen aus dem Bereich des BMG ab; das akzeptiere ich. Aber etwas vermisste ich. Ich habe den Freundinnen und Freunden der CSU, mit denen ich immer wieder sehr gerne diskutiere und den Dialog suche, ein Dialogangebot gemacht; ich nenne es einmal so.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Ja, genau! – Ulrike Flach [FDP]: Oh!)

Ich habe aber noch nichts gehört. Ich würde Sie oder Ihre Kollegen um eine manifeste Einschätzung bitten, wie Sie die Einwürfe sozusagen von der Seite des Spielfelds sehen, die der bayerische Gesundheitsminister, Herr Söder, und der bayerische Ministerpräsident, Horst Seehofer, immer wieder machen. Sie sagen: Nein, diesen Paradigmenwechsel weg von der Solidarität, eine Durchbrechung der Parität können wir nicht mitmachen. Mit uns geht das auf jeden Fall nicht. – Ich würde Sie bitten, hier einmal eine Einschätzung vorzunehmen. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen im Lande auf eine Antwort vonseiten der CSU warten. Man ist ein bisschen verunsichert, was jetzt zählt. Zählt das aus München, haben Sie

hier eine eigene Meinung, oder haben Sie die gleiche Meinung?

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Herr Kollege.

Ewald Schurer (SPD):

Man muss da ein bisschen Orientierung schaffen.

Danke schön.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Danke schön,

Alois Karl (CDU/CSU):

Lieber Herr Schurer, ich verstehe ja Ihre Intention, noch einmal ein Referat über das zu halten, was Sie vorhin schon nicht ganz klar vorgetragen haben.

(Ewald Schurer [SPD]: Ich frage Sie! – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Das liegt an Ihnen!)

Meine Redezeit beträgt noch 3 Minuten und 33 Sekunden. Ich komme auf dieses Thema also noch zu sprechen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Du kannst doch die Zeit jetzt nutzen!)

Sie können es offensichtlich kaum erwarten. Dass dieses Thema – ich nehme es jetzt vorweg – noch nicht abgeschlossen ist, hat der Bundesgesundheitsminister häufig gesagt. Auch die Bundeskanzlerin hat hier häufig ausgeführt, dass uns dieses Thema in den nächsten Jahren sehr intensiv begleiten wird.

Um Ihre Frage zu beantworten: Ich bin der Meinung, dass es nicht sein kann, dass sich die Kosten der Arbeit jedes Mal erhöhen, wenn die Gesundheit teurer wird. Das ist ein Stück, das wir nicht weiterführen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dass eine gewisse Abkopplung der Nebenkosten von den Gesundheitskosten stattfinden muss, muss doch jedem klar sein.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Da müssen wir uns einig sein!)

Auf die Ergebnisse dieser **Kommission**, Herr Rösler, sind wir natürlich gespannt. Politischer Dialog und politische Auseinandersetzung müssen sein. Sie können aber nicht im Vorfeld beendet werden, Herr Schurer. Sie werden sich noch wundern, welche tolle Ergebnisse wir am Ende der Diskussion und des Dialogs haben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ewald Schurer [SPD]: Ich bedanke mich für die Antwort!)

Ich fahre in meiner Rede fort. Ich bin der Meinung – das ist vorhin schon ausgeführt worden –, dass wir auch im Gesundheitswesen auf die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land achten müssen. Die Frage der Ärzteversorgung auf dem flachen Land wird uns in den nächsten Jahren umtreiben. Die **ländlichen Räume** könnten deutlich ärmer werden, wenn wir es nicht schaffen, dort in der Zukunft genügend Ärzte zu installieren.

Der Bundesminister legt sich augenblicklich mit vielen Interessengruppen an.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: CSU!)

Wer sich mit der **Pharmaindustrie** anlegt, muss harte Bandagen anlegen.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Anlegen! – Elke Ferner [SPD]: Ach!)

Kurzfristige Erfolge wird es kaum geben. Trotzdem meine ich: Viel Feind, viel Ehr, lieber Herr Gesundheitsminister, das wird eine Überschrift für Ihre Arbeit sein. Aber wenn Sie diese Pläne weiterhin mit Konsequenz, Nachdruck und großem Einsatz betreiben, werden Sie unsere Unterstützung haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Wo ist ein konkreter Vorschlag?)

Die Monopolstellung der Pharmaindustrie bei der Gestaltung der Preise für Arzneimittel muss gebrochen werden.

(Lachen des Abg. Harald Weinberg [DIE LINKE] – Elke Ferner [SPD]: Sie müssen sich einmal einen anderen Redenschreiber suchen! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So einen Stuss muss man doch nicht vorlesen!)

Ich glaube, dass das von Ihnen zunächst ins Spiel gebrachte Einsparvolumen von 2 Milliarden Euro – die Literatur spricht davon, dass noch genug Potenzial nach oben vorhanden ist – zunächst einmal ein guter Anfang ist. Zwangsrabatte und Preismoratorien sind gewiss schnell wirkende Kostenbremsen. Wenn man bedenkt, dass eine Anhebung der Herstellerrabatte um nur 1 Prozent eine Einsparung zugunsten der GKV in Höhe von etwa 100 Millionen Euro bedeutet, dann wissen wir, auf welchem Gebiet wir angreifen müssen. Hierbei haben Sie unsere Unterstützung, Herr Rösler.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Wo bleiben Ihre Vorschläge?)

Es geht aber nicht allein um kurzfristige, sondern auch um langfristige Lösungen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Richtig!)

Ich denke an Festbetragslösungen auch für patentgeschützte Arzneimittel, insbesondere dann,

wenn es sich um Analogpräparate handelt. Diese müssen in die Verträge, die zwischen den Krankenkassen und der Pharmaindustrie geschlossen werden, einbezogen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arzneimittelkosten sind in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent oder mehr gestiegen.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: 30 Prozent!)

Man hat geradezu den Eindruck, dass in das Gesundheitssystem gar nicht so viel Geld hineingepumpt werden kann, wie Jahr für Jahr durch übermäßige Medikation und viel zu hohe Medikamentenpreise hinausfließt.

Ich meine, hier ist der richtige Ort, um darauf hinzuweisen, dass die **Arzneimittelbepreisung** für niemanden ein Selbstbedienungsladen sein darf. Bei der Gestaltung der Arzneimittelpreise scheint jegliche Disziplin verlorengegangen und Maßlosigkeit aufgekommen zu sein.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Und wer hat das befördert? Das wart doch ihr!)

Hier müssen wir in der Tat eingreifen und Vergleiche im Hinblick auf Kosten und Nutzen auf den Weg bringen.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: Dann tut es doch! Los, anfangen!)

Das IQWiG ist nicht geschwächt worden, das IQWiG ist in seiner vollen Blüte erhalten.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Ach du meine Güte! Das ist seine volle Blüte?)

Der Haushaltsansatz betrug in den letzten Jahren und beträgt in diesem Jahr 800 000 Euro.

Lieber Herr Bundesminister, wir sind gespannt, was Sie im Hinblick auf die Handelsspannen des Pharmagroßhandels und damit auch bezüglich der Gestaltung der **Rabatte für Apotheken** unternehmen werden. Wir sind auch gespannt, welche Einsparpotenziale Sie hier feststellen, was zulasten des Großhandels und was zulasten der Apotheken geht. Lassen Sie sich dabei nicht von Querschüssen aus Bayern irritieren. Ich meine namentlich den dortigen Wirtschaftsminister, Ihren Parteifreund Martin Zeil, der sich dazu geäußert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dr. Karl Lauterbach [SPD])

Meine Damen und Herren, der **demografische Wandel** erfordert viel. Er erfordert auch ein Umdenken bei der Finanzierung.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das wird ja ein Filibuster!)

Ich habe es angesprochen: Es kann nicht richtig sein, dass die Gesundheitskosten allein an den Lohnnebenkosten hängen.

(Elke Ferner [SPD]: Auch an den Versicherten, oder nicht?)

Es liegen schwierige Aufgaben vor uns, die wir auch im Rahmen der nächsten Haushalte zu bewältigen haben. Für den Haushalt 2010, sehr geehrter Herr Gesundheitsminister, gebe ich Ihnen unser Placet. Wir stimmen dem Haushalt zu. Wir meinen, dass Sie gute Arbeit geleistet haben.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Sven-Christian Kindler für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundeskanzlerin hat am Mittwoch in ihrer Rede zum Kanzleramtsetat erklärt, es sei nicht fair, dass die Opposition beim Thema Gesundheit immer Dinge behauptet, die nicht stimmen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das ist ja auch so!)

Die Beobachtung, dass viel über die Unsinnigkeit der Kopfpauschale hergezogen wird, ist richtig. Die Behauptung der Kanzlerin ist dennoch in mehrfacher Hinsicht falsch.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Was? Wieso?)

Erstens wird die Kopfpauschalendiskussion wesentlich durch Mitglieder der Parteien, die die Regierungsfaktionen stellen, mit Hohn und Spott befeuert. Oder zählt Frau Bundeskanzlerin die Herren Seehofer, Söder und Dobrindt mittlerweile schon zur Opposition?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Das könnte man meinen!)

Zweitens stützen wir Grünen uns bei der Bewertung des Regierungshandelns auf Fakten, die uns die Regierung liefert.

Beim Thema Gesundheitsreform treiben Sie ein doppeltes Spiel: Einerseits wird im Hinblick auf die **Regierungskommission** immer darauf verwiesen, dass nichts feststehe. Andererseits gackert der Hühnerhaufen täglich wild aufs Neue los. Auch der Bundesgesundheitsminister beteiligt sich rege am Diskussionsprozess. So verkommt Ihre Gesundheitspolitik doch in Wahrheit zur Gesprächstherapie in Ihrer zerrütteten eheähnlichen Wunschkoalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Das ist eine Wunschehe!)

Aber nun wird sich die „unfaire“ Opposition einmal den Fakten widmen. Wenn das Versprechen eines umfassenden Sozialausgleichs erfüllt werden soll, dann wird die Einführung einer Kopfpauschale erstens teuer für den Bundeshaushalt und zweitens für die Bürgerinnen und Bürger zu einem bürokratischen Mehraufwand führen.

Die **Rahmendaten** sind im Wesentlichen klar. Bei der vollen Umwandlung des bisherigen Systems in ein **Kopfpauschalensystem** ist ein Sozialausgleich mit Steuermitteln in Höhe von 22 bis 35 Milliarden Euro notwendig. Fragt man den Finanzminister, wie sich dann die Einkommensteuer verändern müsste, erfährt der erstaunte Haushälter: Der Spitzensteuersatz müsste im günstigsten Fall auf 73 Prozent steigen, im ungünstigsten Fall sogar auf 100 Prozent. Das ist anscheinend die neue FDP-Steuerpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber auch die **kleine Zusatzpauschale**, gewissermaßen 29,99 Euro, kann nicht der richtige Weg sein. Denn selbst für den mit ungefähr 5 Milliarden Euro vergleichsweise günstigen Sozialausgleich würde der Bundeshaushalt 2010 die Mittel nicht hergeben, erst recht nicht, wenn die Steuersenkung kommt, die die FDP zumindest bis zur NRW-Wahl fordern wird.

(Ulrike Flach [FDP]: Die wird weiter gefordert! Und sie wird umgesetzt!)

Wie sich die innere Logik dieser Reformen zusammenbringen lässt, kann anscheinend nur ein Orakel sagen. Die einzige Antwort der FDP ist: Das geht irgendwie. Eigentlich muss einen das erstaunen: Nach elf Jahren in der Opposition hat die FDP gerade einmal zwei politische Themen, nämlich Steuersenkung und Kopfpauschale, und sie hat anscheinend keine Minute überlegt, ob diese beiden Konzepte überhaupt zusammenpassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Am schlimmsten finde ich persönlich, dass Sie, wenn der Steuerzuschuss kommt, Millionen Menschen, die sich ihre Krankenversicherung bisher leisten konnten, zu Bittstellern degradieren, die zum Sozialamt gehen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Man kann also nur zu der Bewertung kommen, dass die Kopfpauschale Kleinverdiener und Geringverdiener stärker belasten würde als Besserverdiener, dass die Kopfpauschale Nonsense sei, dass die Kopfpauschale blanke Illusion sei, dass die Kopfpauschale – egal ob groß oder klein – un-

solidarisch sei usw. usf. Diese Bewertung finden Sie vielleicht unfair; aber dann melden Sie sich bitte bei der CSU.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Jens Spahn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Jens Spahn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheitspolitik ist im Grunde die soziale Frage des 21. Jahrhunderts; denn anders als bei den anderen sozialen Sicherungssystemen geht es hier nicht nur und nicht unmittelbar um Geld, sondern um Lebensqualität und, wenn es ganz hart kommt, um zusätzliche Lebensjahre.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: Sie sollten die Beschäftigten nicht vergessen!)

Wir stehen bei diesem wichtigen sozialen Sicherungssystem vor großen Herausforderungen. Die erste ist die **demografische Entwicklung**. Wir werden alle gemeinsam – auch Sie, Frau Bunge – älter in diesem Land. 2050 wird ein Drittel der Bevölkerung über 60 sein.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das ist nicht schlimm!)

Das ist an und für sich schön; aber für die sozialen Sicherungssysteme ist es eine Herausforderung.

Die zweite Herausforderung ist der **medizinische Fortschritt**. Erkrankungen, die vor zwanzig oder dreißig Jahren nicht einmal diagnostiziert werden konnten, können heute behandelt werden. So sind viele zusätzliche Lebensjahre möglich.

Eine dritte große Herausforderung für uns – das sage ich als Münsterländer, also als jemand, der aus einer eher ländlichen Region kommt – ist die Frage, wie wir eine **flächendeckende Versorgung** sicherstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich behaupte: Gerade die gute flächendeckende medizinische Versorgung – 365 Tage im Jahr, 7 Tage die Woche, 24 Stunden am Tag, und das nicht nur in Berlin, nicht nur in Hamburg, nicht nur in Düsseldorf, nicht nur in München, sondern auch in den ländlichen Regionen: in der Eifel, in Mecklenburg-Vorpommern, im Bayerischen Wald – ist das Qualitätsmerkmal des deutschen Gesundheitssystems, durch das sich unser System von anderen Gesundheitssystemen deutlich abhebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wer sich diesen Herausforderungen stellen will und die Qualität, die wir haben, halten will, der wird auf die **Kostenentwicklung** eine Antwort finden müssen. Denn eines ist klar: Es wird auf jeden Fall teurer werden. Soviel wir uns auch bemühen werden, Effizienzreserven zu heben und da, wo es geht, ohne Qualitätsverlust zu sparen, die ehrliche Botschaft muss lauten: Es wird teurer.

Wir haben in dieser Woche erste Schätzungen gehört, wie sich das Defizit im nächsten Jahr entwickeln wird. Je nachdem, wovon man ausgeht, wird das Defizit zwischen 7 und 15 Milliarden Euro liegen. Der Wert in der Mitte – 11 Milliarden Euro – macht die Größe der Herausforderungen, vor denen wir stehen, deutlich, macht deutlich, dass das Gesundheitssystem so, wie es heute ist, aber auch das System mit dem Zusatzbeitrag, das wir übrigens gemeinsam verabschiedet haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, spätestens im nächsten Jahr an Grenzen stoßen wird. Das System kann also nicht bleiben, wie es heute ist. Darauf braucht es Antworten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Geschrei hilft nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Wo sind denn Ihre Antworten?)

Wenn man Sie so reden hört – Herr Schurer hat geredet; gleich wird Herr Lauterbach reden –, bekommt man öfters den Eindruck, es wäre der 2. Februar.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Da ist Mariä Lichtmess!)

Am 2. Februar ist nämlich Marmelade-Tag.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Den kennen wir gar nicht!)

Wenn ich Sie in den Debatten, die wir führen, reden höre, geht es mir wie Phil in *Und täglich grüßt das Murmeltier*. Woche für Woche wird Ihre Abkehr von elf Jahren Regierungspolitik immer deutlicher. Ihr neuer Parteivorsitzender, Sigmar Gabriel, hat kürzlich gesagt, künftig gelte: „Zuerst die Partei, dann das Land“, das sei das neue Motto der SPD.

(Widerspruch bei der SPD – Elke Ferner [SPD]: Wo soll er das gesagt haben?)

– Das hat er so gesagt. Das können wir gerade in der Gesundheitspolitik sehr deutlich erleben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie verabschieden sich von allem, was Sie in den letzten elf Jahren an Erkenntnissen gewonnen haben:

(Ulrich Kelber [SPD]: Ekelhaft!)

in der Frage der Entlastung der Arbeitskosten von den steigenden Gesundheitskosten, in der Frage

der Zuzahlung, in der Frage der Zusatzbeiträge, die wir in der Großen Koalition verabschiedet haben. Sie machen im Grunde eine Abrechnung – das haben wir Ihnen schon deutlich gesagt; das setzen Sie hier fort – vor allem mit den Ministerjahren von Ulla Schmidt.

(Ewald Schurer [SPD]: Wir entwickeln weiter!)

Sie müssen den Menschen erklären, warum heute nicht mehr gelten soll, was noch vor einem Jahr in den Debatten auch im Deutschen Bundestag von Ihrer Seite aus klar und deutlich gesagt wurde. Das ist im Moment in den Debatten Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Ablenkung!)

– Ablenkung ist ein gutes Stichwort, Herr Kollege Lauterbach. Jede Woche kündigen Sie aufs Neue ein durchgerechnetes Konzept zur **Bürgerversicherung** an.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Sie regieren doch! Kommen Sie zur Sache! Einfach zur Sache! Ihre Vorschläge! – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Was denken Sie?)

Sie haben hier im Deutschen Bundestag im Dezember angekündigt, Sie würden ein durchgerechnetes Konzept – ich habe mir das Protokoll geben lassen – zur Bürgerversicherung vorlegen. Auf dieses durchgerechnete Konzept warten wir bis heute ebenso wie auf eine Antwort.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lauterbach?

Jens Spahn (CDU/CSU):
Bitte schön.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Herr Spahn, können Sie uns erklären, weshalb Sie uns mit falschen Darstellungen dessen, was Sie glauben, was wir in der Vergangenheit gemacht oder gesagt hätten, die Zeit stehlen, statt Ihre konkreten **Vorschläge** – Sie regieren doch, nicht wir –

(Beifall bei der SPD sowie der Abg.
Dr. Martina Bunge [DIE LINKE])

vorzulegen? Erklären Sie uns doch, weshalb von Ihrem Minister nichts kommt, sodass Sie über unsere vergangene Regierung reden müssen und nicht über das sprechen, was Sie jetzt tun könnten, Herr Spahn.

(Beifall bei der SPD)

Jens Spahn (CDU/CSU):

Über Ihre vergangene Regierung muss man deswegen reden, weil wichtige Erkenntnisse, die wir in der Großen Koalition gemeinsam gewonnen haben und die Sie auch schon in der rot-grünen

Regierungszeit gewonnen hatten und die wir auch hier schon diskutiert haben, dass nämlich die von mir dargestellte ständige Steigerung der Kosten im Gesundheitswesen nicht automatisch und ständig die Arbeitskosten belasten darf,

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das bestreitet niemand! Ich bitte Sie!)

heute von Ihnen infrage gestellt werden. Sie müssen beantworten, warum das so ist. Dieser Frage müssen Sie sich einmal stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie waren doch mal klüger!)

Angesichts dieser Debatten scheinen Sie eher erschrocken zu sein, dass wir in einigen Feldern das, was Sie in elf Jahren Regierungszeit im Bundesministerium für Gesundheit nicht geschafft haben, nun tatkräftig angehen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Elke Ferner [SPD]: Was denn? – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist das Problem, dass Sie nichts angehen!)

Wir werden – darauf hat der Kollege gerade schon hingewiesen – bei der **Preisfindung im Arzneimittelbereich** das, was Sie in elf Jahren nicht geschafft haben, durchsetzen,

(Elke Ferner [SPD]: Sie haben doch blockiert!)

nämlich dass wir bei Arzneimitteln nur für einen tatsächlich erwiesenen Zusatznutzen dauerhaft mehr Geld zahlen, sodass es hier eine Verbindung zwischen Preis und Nutzen gibt. Sie haben elf Jahre lang regiert und das nicht geschafft.

(Ewald Schurer [SPD]: Sie haben uns nicht unterstützt!)

Nun sind Sie erschrocken darüber, dass es nun gerade eine bürgerliche Koalition ist, die das erreichen wird. Warten Sie ab! Wir werden das noch dieses Jahr hinbekommen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Wir warten schon ewig und drei Tage!)

Ich will noch einige Sätze zum IQWiG sagen, zum **Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen** und seiner Kosten-Nutzen-Bewertung. Warten Sie erst einmal ab, was am Ende herauskommt! Ich sage Ihnen: Wir werden das IQWiG, das Institut für die Nutzenbewertung von Arzneimitteln, im Zweifel personell, inhaltlich und in den Verfahren eher stärken als schwächen.

(Ulrike Flach [FDP]: So ist es!)

Messen Sie uns an unseren Taten, nicht an Ihren eigenen Worten!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das

versuchen wir verzweifelt! Wenn Sie welche hätten!)

Sie scheinen in noch einem weiteren Punkt erschrocken darüber zu sein, dass wir etwas wahr machen, wovon Sie viele Jahre lang nur geredet haben.

(Lachen der Abg. Elke Ferner [SPD])

Sie haben immer eingefordert – in der Zielsetzung nicht einmal zu Unrecht –, dass es für die **gesetzliche Krankenversicherung eine breitere Finanzierungsgrundlage** geben muss. Es kann nicht sein, dass alleine die abhängig Beschäftigten und insbesondere ihre Arbeitgeber mit ihren Beiträgen das Gesundheitswesen finanzieren.

(Elke Ferner [SPD]: Welche Steuern wollen Sie denn erhöhen? – Ewald Schurer [SPD]: Sie haben uns dabei nicht unterstützt!)

Wir haben dankenswerterweise in der Großen Koalition einen ersten Schritt gemacht, indem wir die **Zusatzbeiträge** eingeführt haben, die sich nun langsam entwickeln. Der entscheidende Punkt, um den es jetzt geht, ist, dass wir einen **steuerfinanzierten Sozialausgleich** einführen wollen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

der – das wissen wir im Übrigen ganz genau – natürlich möglichst einfach und möglichst ohne großen zusätzlichen bürokratischen Aufwand funktionieren muss,

(Elke Ferner [SPD]: Sie haben den Sozialausgleich blockiert!)

der aber als steuerfinanzierter Sozialausgleich das Gesundheitswesen und insbesondere den Sozialausgleich auf breitere Schultern stellen wird. Er wird auch zusätzliche Einnahmen wie Zinsen und Miet- und Kapitaleinkünfte durch die Steuern, die darauf erhoben werden, berücksichtigen.

(Elke Ferner [SPD]: Aha!)

Damit erreichen wir das, wovon Sie seit vielen Jahren reden, aber bis heute nicht ansatzweise ein Konzept vorgelegt haben. Das ist es doch, was Sie an dem, was wir jetzt angehen, so wurmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Ist das eine Androhung von Steuererhöhungen?)

Insofern kann ich Ihnen, weil Sie gerade ja auch nach konkreten Vorschlägen fragten, nur sagen: Die Grundlinie ist klar, die Zielrichtung auch. Wir wollen den Einstieg in eine lohnunabhängige Finanzierung – insbesondere auch für eine zukünftige moderate Kostenentwicklung –, bei der es nicht automatisch aufgrund der Steigerungen der Ausgaben im Gesundheitswesen zu einer Erhöhung der Arbeitskosten kommt. Mit dieser klaren Zielvorgabe haben wir einen ebenso klaren Auftrag an

die **Regierungskommission** erteilt, die in dieser Woche zum ersten Mal getagt hat.

Ich empfehle Ihnen, diese Kommission jetzt einmal in Ruhe arbeiten zu lassen, damit sie die Ergebnisse nach und nach erarbeiten und dann vorlegen kann,

(Elke Ferner [SPD]: Wen meinen Sie denn jetzt? Herrn Söder oder Herrn Seehofer?)

also einfach noch zwei, drei Monate zu warten, bis es erste Ergebnisse der Regierungskommission und eine erste Richtung gibt, um dann tatsächlich in die inhaltliche Auseinandersetzung einzusteigen, anstatt hier murmeltierartig jede Woche mit uns die gleiche Debatte zu führen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das größte Marmeltier steht vor uns!)

Lieber Herr Kollege Lauterbach, vielleicht haben Sie bis dahin ja auch ein paar Zahlen zu Ihrem eigenen Konzept. Dann könnten Sie sich inhaltlich so einbringen, wie der Kollege Schurer das gerade für die SPD-Fraktion angekündigt hat. Das wäre ja auch schon einmal eine Menge wert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Es gibt eine weitere Anfrage bezüglich einer Zwischenfrage, und zwar des Kollegen Lemme.

Jens Spahn (CDU/CSU):
Bitte.

Steffen-Claudio Lemme (SPD):

Herr Abgeordneter Spahn, woher nehmen Sie denn die notwendigen Steuermittel in Höhe von 5 Milliarden Euro? Der Haushalt wird ja heute hier verabschiedet. Wenn Sie das anpeilen, was Minister Rösler der Öffentlichkeit schon angedeutet hat, nämlich eine Kopfpauschale von 29 Euro, dann fehlt Ihnen ja dieser steuerliche Anteil. Woher nehmen Sie den aus dem Nachtragshaushalt, und wann ist damit zu rechnen?

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Auf Fehlinformationen brauchen wir nicht zu antworten!)

Jens Spahn (CDU/CSU):

Herr Kollege, wir reden gerade über den Haushalt 2010. Im Übrigen hat das mit diesem Haushalt noch gar nichts zu tun.

(Ewald Schurer [SPD]: Das macht die Kommission, oder!? – Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wegducken vor der Zukunft!)

Daneben sind die Zahlen, die Sie genannt haben, keine Zahlen, die – das hat der Minister auch schon dargestellt – irgendetwas mit dem Ministeri-

um zu tun haben, sondern sie sind Gott weiß wo aus der Welt gegriffen worden.

Ohne Zweifel haben Sie aber recht, dass wir für den steuerfinanzierten Sozialausgleich auch Geld aus dem Bundeshaushalt brauchen; das ist ja überhaupt keine Frage.

(Elke Ferner [SPD]: Ja! Woher nehmen Sie es denn?)

Genau deswegen sitzen ja die mitbeteiligten und auch mitbetroffenen Ressorts in dieser Regierungskommission mit am Tisch, um gemeinsam eine Lösung zu finden.

(Elke Ferner [SPD]: Sie sollen dann einen Sparbeitrag leisten, oder wie!?)

Eines geht aber eben nicht: Die Linke stellt hier Anträge, 3 Milliarden Euro zusätzlich für Krankenhäuser und andere Dinge zur Verfügung zu stellen, ohne zu sagen, wie das finanziert werden soll. Ihr Kollege Lauterbach sagte in einer gemeinsamen Diskussion allgemein – ich kann mich noch gut daran erinnern –: Die künftigen Kosten der demografischen Entwicklung sollten wir einfach irgendwie aus dem Bundeshaushalt finanzieren.

Glauben Sie mir: Wir werden ein sauber finanziertes Konzept vorlegen. Dafür sitzt die Regierungskommission zusammen,

(Elke Ferner [SPD]: Da sind wir aber gespannt, Herr Spahn! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das wäre das erste Mal!)

und sie diskutiert eben nicht nur in Überschriften, wie man sich das in der Opposition wohl leider erlauben kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen bleibe ich bei dem, was ich auch in den vergangenen Debatten gesagt habe.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Man kann das Falsche auch immer wiederholen; das ist klar!)

Wir werden – –

(Abg. Bettina Hagedorn [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Es gibt den Wunsch, eine weitere Zwischenfrage zu stellen. – Bitte schön.

Bettina Hagedorn (SPD):

Kollege Spahn, ich spreche Sie als Haushälterin und unabhängig von dem an, was wir hier jetzt über die Kopfpauschale diskutieren.

Ich möchte Sie an die **Gesundheitsreform 2007** erinnern. Im Haushaltsausschuss, dem wir

damals gemeinsam angehört haben, war für die Jahre 2007 bis 2016 eine Unterfinanzierung von aufsummiert 90 Milliarden Euro absehbar. Diese kam durch die Leistungen zustande, die wir in der Großen Koalition gemeinsam und solidarisch für die Menschen und für die Patienten wollten, für die es aber noch keine Gegenfinanzierung gab – außer dem, was wir gemeinsam wollten und auch gemacht haben: Wir haben zugesagt, dass das aus Steuermitteln geschehen wird. Wir wollten damals eine solide Gegenfinanzierung aufbauen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Gibt es noch eine Frage?)

Das ist damals an der CDU/CSU gescheitert.

Kollege Spahn, jetzt ist es aber so, dass dieser in Treppenform ansteigende Steuerzuschuss geblieben ist

(Ulrike Flach [FDP]: Frage!)

und dass Sie mit der neuen Koalition beschlossen haben, die Arbeitgeberbeiträge zu deckeln.

(Ulrike Flach [FDP]: Frage! – Heinz Lanfermann [FDP]: Frage!)

Stimmen Sie mir zu,

(Heinz Lanfermann [FDP]: Nein!)

dass Sie die Versicherten und die Steuerzahler durch die **Deckelung der Arbeitgeberbeiträge** ab 2011 mit diesen Mehrausgaben letzten Endes alleinlassen, ohne ein Gegenfinanzierungskonzept zu haben?

Jens Spahn (CDU/CSU):

Die einfache Antwort wäre: Nein. Ich möchte aber zu zwei Dingen, die Sie mir unterstellt haben, etwas sagen. Erstens. Sie haben mal wieder den Begriff der Kopfpauschale, von dem ich nicht weiß, woher er kommt, verwendet.

(Lachen bei der SPD)

– Sie können einmal versuchen, darüber nachzudenken. Wir gehen jetzt schließlich ins Wochenende. – Allein der Umstand, dass wir die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern und Kindern beibehalten,

(Elke Ferner [SPD]: Das ist aber sehr konstruiert!)

macht deutlich, dass es im Ergebnis nicht um einen Pro-Kopf-Beitrag gehen wird,

(Elke Ferner [SPD]: Pro Kopf Mitglied GKV!)

sondern dass wir eine Lösung jenseits dessen finden werden. Dies wird im Übrigen im Rahmen eines vernünftigen steuerfinanzierten Sozialausgleichs geschehen. Vielleicht geht das zur Abwechslung in Ihren Kopf hinein.

(Zuruf der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

– Ich bin gerade dabei, Ihre Frage zu beantworten.

Zweitens. Sie haben gesagt, wir hätten die Absicht, den Arbeitgeberbeitrag festzuschreiben. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, dass wir das bereits zusammen mit Ihnen gemacht haben.

(Elke Ferner [SPD]: Nein! Nicht dauerhaft, Herr Spahn! Lügen Sie hier nicht! Das ist nicht dauerhaft!)

Wir haben mit der Einführung des Gesundheitsfonds die automatische Beitragssatzentwicklung bei den Krankenkassen durch eine zentrale Festsetzung des Beitragssatzes durch die Bundesregierung nach vorheriger Befassung durch den Bundestag abgelöst.

(Elke Ferner [SPD]: Aber nicht dauerhaft, Herr Spahn!)

Das ist nichts anderes als eine Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags, die Sie vor wenigen Monaten noch für notwendig gehalten haben.

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt nicht!)

Ich bleibe dabei: Sie müssen einmal erklären, wieso heute nicht mehr gelten soll, was noch vor wenigen Monaten gegolten hat. Dieses Glaubwürdigkeitsproblem haben Sie in all diesen Debatten, liebe Frau Kollegin Hagedorn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das wissen Sie besser, Herr Spahn!)

Insofern bleibe ich im Ergebnis bei dem, was ich auch schon in den vergangenen Wochen gesagt habe: Wir gehen frohen Mutes gemeinsam mit dem Minister und unserem Koalitionspartner an diese Aufgabe heran,

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist mal eine neue Botschaft!)

weil wir glauben, dass die Perspektive steigender Gesundheitskosten, die sich aus der demografischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt ergeben, und das Ziel, für den sozialen Ausgleich eine breitere Finanzierungsgrundlage zu schaffen, es notwendig machen, über Wochen und Monate intensiv und gründlich zu diskutieren und daran zu arbeiten. Wir müssen sehen, wie man dies umsetzen kann, ohne es mit Kampfbegriffen kaputtzumachen. Wir wollen dieses Ziel erreichen, weil es ein hehres Ziel ist, das nicht die Partei in den Vordergrund stellt. Es soll ein zukunftsfähiges Konzept für das Land erarbeitet werden. Sie sollten an Inhalten arbeiten, nicht an Überschriften. Vielleicht wäre das ein Ansatz dafür, sich in der Opposition eine neue Rolle zu suchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Elke Ferner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Elke Ferner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Reden der schwarz-gelben Koalition anhört,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Christlich-liberal! – Thomas Silberhorn [CDU/CSU]: Der Mittele!)

dann kann man wirklich nur sagen: Die schwarz-gelben Chaostage gehen weiter. Ich hätte mir gewünscht, dass die Kollegen von der **CSU** einmal klar und deutlich sagen, ob sie denken, dass der bayerische Gesundheitsminister und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende recht haben, und ob sie deren Haltung unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir fragen uns auch, ob sie die Kosten, die sich durch die demografische Entwicklung und den medizinischen Fortschritt ergeben, künftig allein und unsolidarisch – es ist unsolidarisch, den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren – auf die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung verlagern wollen; so wollen es die schwarz-gelbe Koalition und insbesondere Herr Rösler. Eine Antwort darauf habe ich heute Morgen noch nicht gehört.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Das ist eine reine Verzerrung!)

Man muss sich einmal anschauen, was in den letzten Tagen so hin- und hergeworfen wurde: So bezeichnet zum Beispiel der eine den anderen als Quartalsspinner. Herr Söder sagt: Er ist gegen eine Kopfprämie, egal ob groß oder klein.

(Ulrike Flach [FDP]: Die sind alle nicht im Bundestag!)

Frau Merkel sagte am Mittwoch in Ihrer Rede: Das Wichtigste in der Gesundheitspolitik ist, dass die Arbeitgeberbeiträge festgeschrieben werden.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Aber Sie haben es doch gemacht!)

Da frage ich mich, in welchem Land wir eigentlich leben. Das Wichtigste in der Gesundheitspolitik ist, auch künftig sicherzustellen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen und unabhängig von ihrer Krankenversicherung, eine medizinisch hochwertige Versorgung bekommen, und zwar dann, wenn sie sie brauchen, und nicht nur dann, wenn sie das Geld dafür haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer den **Arbeitgeberbeitrag** festschreiben will, muss den Menschen klar und deutlich sagen, wie der Rest bezahlt werden soll.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: So ist es!)

Aber das tun Sie nicht. Sie faseln hier davon, wenn das über Steuern finanziert werde mit einem Sozialausgleich – der weder finanzierbar noch organisierbar ist –, sei das alles viel gerechter. Herr Spahn, welche Steuern wollen Sie denn erhöhen? Sie haben eben gesagt, künftig sollen auch Zinseinkünfte, Kapitaleinkünfte zur Finanzierung herangezogen werden. Welche Steuer wollen Sie ganz konkret erhöhen?

(Christian Lange [Backnang] [SPD], an den Abg. Jens Spahn [CDU/CSU] gewandt: Ja, sagen Sie das mal!)

Wenn Sie keine Steuer erhöhen wollen, heißt das, es gibt keinen Sozialausgleich, zumindest keinen ausreichenden, und das wiederum bedeutet, dass die Menschen höhere Krankenversicherungsbeiträge zahlen müssen, und zwar die GKV-Mitglieder allein. Das ist der Ausstieg aus einem bewährten, solidarisch finanzierten System.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man vielleicht als kleine Fraktion wie die FDP wollen; aber eine große Fraktion wie die CDU/CSU ist wirklich schlecht beraten, einen solchen Weg zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lotter von der FDP-Fraktion?

Elke Ferner (SPD):
Aber sehr gerne.

Dr. Erwin Lotter (FDP):

Frau Kollegin Ferner, die strikte Bindung der Gesundheitskosten an die Arbeitskosten hat, weil man die Arbeitskosten nicht ausufern lassen wollte, zu einem Budgetierungsdruck geführt, der schon nah an der Rationierung war. Stimmen Sie mir zu, dass, wenn die Arbeitgeberkosten festgeschrieben werden, ein enormer Druck aus diesem System herausgenommen wird

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch! Ausgerechnet bei den Versicherten! Da ist viel Geld zu holen! So denkt ihr!)

und die am Gesundheitswesen Beteiligten dann in der Lage sind, das für ihre Patienten zu tun und zu verordnen, was notwendig und angezeigt ist?

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie war das mit Netto vom Brutto?)

Elke Ferner (SPD):

Ich bedanke mich sehr für diese Frage. Sie zeigt nämlich wirklich, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie den Arbeitgeberbeitrag festschreiben, erreichen Sie zunächst einmal eines: dass ein wichtiger Player in dem ganzen Finanzierungssystem künftig überhaupt kein Interesse mehr daran hat, auf die Ausgabenseite zu achten.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber das ist doch Ihr Gesetz! Das ist doch Schizophrenie! – Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Das haben Sie doch selbst so gemacht!)

Wenn Sie sagen, das führe dazu, dass mehr verschrieben wird – in Klammern: das kostet dann auch mehr – und dass das dann bezahlt werden kann, frage ich Sie: Von wem soll das denn bezahlt werden? Von den Versicherten oder von den Patienten über Zuzahlungen? Das werden Sie uns hoffentlich irgendwann noch erzählen, vor der NRW-Wahl sicher nicht mehr,

(Ulrike Flach [FDP]: Wir warten erst mal auf Ihre Bürgerversicherung!)

weil das dann doch zu viele abschrecken würde, einen gravierenden Fehler bei ihrer Wahlentscheidung zu machen. Das zeigt genau, wes Geistes Kind Sie sind. Sie wollen die Versicherten mehr belasten als bisher und die Arbeitgeber aus der Kostenverantwortung entlassen. Das wird mit uns nicht zu machen sein. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen werden am 9. Mai an der Wahlurne die Möglichkeit haben, darüber abzustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt, dem ich mich jetzt widmen will: Wir haben von Herrn Rösler die ganze Zeit nichts anderes gehört, als dass er die Kopfpause will.

(Lars Lindemann [FDP]: Hat er nicht gesagt! – Ulrike Flach [FDP]: Was hören Sie eigentlich?)

Es soll einen automatischen Sozialausgleich geben – kein Mensch weiß, wie das gehen soll. Außerdem hören wir, die Arzneimittelausgaben sollen jetzt begrenzt werden und der Pharmaindustrie gehe es an den Kragen.

(Ulrike Flach [FDP]: Jetzt wird es bizarr!)

Wo sind denn die Vorschläge dazu? Ich habe bisher noch keinen Vorschlag auf dem Tisch dieses Hauses gesehen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Er bespricht gar nicht alles mit Ihnen! Das ist das Problem!)

– Es ist sehr parlamentarisch, Herr Lanfermann, dass Sie es nicht für notwendig halten, das, was in Gesetzen geregelt werden soll, dem Bundestag zur Beratung vorzulegen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Zur rechten Zeit, Frau Ferner! Bei den Vorplanungen

wird die Opposition nicht so sehr einbezogen! Das ist durchaus in Ordnung so!)

Drittens will ich einen Blick auf die **Defizitentwicklung** werfen. Das Bundesversicherungsamt geht von bis zu 15 Milliarden Euro im nächsten Jahr aus. In Sachen Ausgabenbegrenzung geschieht nichts, zumindest bisher nicht.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Warten Sie es mal ab!)

– Je länger Sie warten, umso schwieriger wird es. Das weiß eigentlich jeder, der sich in dem System auch nur ein bisschen auskennt. – Wenn man sich einmal anschaut, was diese 15 Milliarden Euro für die Mitglieder der GKV bedeuten, kommt man auf 24 Euro pro Monat und Kopf. Das kann man ja wollen; aber dann sagen Sie mir bitte, mit welcher Begründung die Sekretärin genauso 24 Euro bezahlen soll wie ihr Chef.

(Ewald Schurer [SPD]: Ökonomischer Unsinn ist das!)

Weil sie ein niedrigeres Einkommen hat? Weil sie von einer Steuerentlastung, die Sie durchführen wollen – dann wieder nicht und dann wieder doch –, weniger profitiert als ihr Chef? Warum soll das eigentlich so geregelt werden? Ich frage mich, welches Verständnis von Solidarität Sie haben. Keines, muss ich feststellen. Das Schlimme ist, dass auch die Union sich davon verabschiedet hat.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich noch etwas zu den Vorwürfen von Herrn Spahn sagen. Wir haben nie den **Arbeitgeberbeitrag**

(Heinz Lanfermann [FDP]: Na?)

einfrieren wollen. Nie! Das wissen Sie ganz genau.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Nur festsetzen! Nicht einfrieren!)

– Nein, schauen Sie mal in das Gesetz. Lesen bildet bekanntlich, Herr Kollege. Wir haben ihn nicht dauerhaft eingefroren.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Sie haben ihn per Gesetz festgesetzt! – Ulrike Flach [FDP]: Das ist doch Ihr Gesetz gewesen!)

Sie wollten erst wieder an den Beitrag heran, wenn die Einnahmen des Fonds nur noch 90 Prozent der Ausgaben der GKV ausmachen. Wir haben gesagt, dass schon bei 98 Prozent eingegriffen werden muss. Das Ganze ist ein Kompromiss gewesen.

(Ulrike Flach [FDP]: Sie haben es doch gemacht!)

Das wissen Sie genauso gut wie ich. Vor allen Dingen können Sie uns nicht vorwerfen, dass wir unsere Position durchsetzen wollen genauso wie Sie, die Sie schon immer das Einfrieren des Ar-

beitgeberbeitrages und eine Entsolidarisierung im Gesundheitswesen wollten.

(Ulrike Flach [FDP]: So kann man sich die Welt schönreden!)

Der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und uns ist folgender: Sie wollen die Versicherten alleine die zukünftig zusätzlichen Kosten tragen lassen. Wir wollen eine solidarische Finanzierung. Sie machen Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung, und wir machen Politik für die Mehrheit der Bevölkerung.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Die Wähler und Wählerinnen in Nordrhein-Westfalen werden das am 9. Mai entsprechend quittieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Das glaube ich aber nicht, Frau Ferner! – Heinz Lanfermann [FDP]: Traumtänzer!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun der Bundesminister für Gesundheit, Philipp Rösler.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Gesundheit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich die gute Tradition fortsetzen und mich bei den Berichterstatern des Einzelplans 15 ausdrücklich auch im Namen aller meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gute Zusammenarbeit bedanken. Die Ergebnisse für den Haushalt waren nicht immer angenehm, aber zumindest die menschliche Zusammenarbeit.

Die Gesundheitspolitik steht vor großen Aufgaben. Sie wurden schon zu Recht beschrieben. Wir werden immer älter, wir werden auch gesünder älter. Wir freuen uns über den medizinisch-technischen Fortschritt. Er ist ein Segen für die Menschheit. Aber all das muss natürlich auch bezahlt werden. Deswegen müssen wir hier alle ehrlich zu den Menschen sein. Zur Wahrheit gehört dann eben, dass Gesundheit und Gesundheitsversorgung in Zukunft besser werden, aber eben nicht billiger. Diese Wahrheit gehört zur Ehrlichkeit einer jeden gesundheitspolitischen Debatte einfach dazu.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Harald Weinberg [DIE LINKE])

Weil das so ist, brauchen wir ein robustes **Finanzierungssystem**. Die Menschen müssen die Sicherheit haben und die Gewissheit bekommen, dass das Geld, das sie heute einbezahlen, morgen auch für Vorsorge und Versorgung tatsächlich zur Verfügung steht. Diese Gewissheit haben sie bisher nicht. Wir sind als christlich-liberale Regie-

rungskoalition angetreten, diese Gewissheit herzustellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ihr Finanzierungssystem, in dem wir uns heute befinden,

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Reden Sie über Ihres!)

ist nicht in der Lage, diese Sicherheit den Menschen weiterhin zu geben,

(Elke Ferner [SPD]: Ihres erst recht nicht!)

weil es sich im Prinzip in einem Zustand befindet wie eine Straße nach einem elf Jahre langen Winter. Überall tun sich neue Löcher auf. Es reicht eben nicht, einfach nur Notreparaturen durchzuführen. Statt Flickschusterei brauchen wir endlich ein solides Finanzierungsfundament für unsere gesetzliche Krankenversicherung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Nach Flickschusterei wollen Sie Abriss!)

Gerade jetzt in Krisenzeiten sehen wir doch die Konjunkturanfälligkeit reiner lohnbezogener Beiträge. Wir gleichen einen Großteil durch 3,9 Milliarden Euro aus, weil wir alle wissen, dass es fatal wäre, den Beitragssatz in der jetzigen Krisenzeit zu erhöhen. Das würde nämlich zu mehr Arbeitslosigkeit und zu weniger Einnahmen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung führen. Dieses System schadet dem Arbeitsmarkt, auch der Krankenversicherung und damit den Menschen insgesamt. Deswegen ist es richtig, die Krankenversicherungskosten auf der einen Seite von den Lohnzusatzkosten auf der anderen Seite stärker zu entkoppeln als bisher; denn wir wollen nicht weniger Arbeitsplätze, sondern endlich wieder mehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir wollen auch mehr **Gerechtigkeit**. Ich habe Ihnen eine kurze Situationsbeschreibung mitgebracht. Ich darf zitieren: Angenommen, ein Bankdirektor mit 1 Million Euro Jahresgehalt wäre bei der AOK versichert. Als Spitzenverdiener zahlt er 296,25 Euro.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Die Beitragsbemessungsgrenze könnte wegfallen! – Gegenruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU]: Die kann nicht wegfallen aus verfassungsrechtlichen Gründen!)

Das entspricht einem Beitragssatz von 0,36 Prozent seines Bruttogehaltes. Wörtlich heißt es weiter:

Die Haushälterin des Bankiers und ihr als Gärtner angestellter Ehemann, Jahresgehalt jeweils 25 000 Euro, sind auch noch bei der AOK.

Zusammen zahlen sie 329,17 Euro an die Krankenkasse. Das sind gut 30 Euro mehr als ihr Chef.

Das, meine Damen und Herren, sind keine Zahlen von CDU/CSU oder FDP, sondern Zahlen aus dem *Spiegel* der letzten Woche. Der *Spiegel* steht ja nicht im Verdacht, ein reines Regierungsverlautbarungsblatt zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Deswegen darf ich das Zitat weiterführen:

Willkommen in der gesetzlichen Krankenversicherung – dem vermutlich einzigen Solidarsystem der Welt, wo Putzfrauen bisweilen ihre Chefs subventionieren ...

Wer das System noch solidarisch nennt, der hat es nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ist das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit, und deswegen werden wir das System verbessern.

(Lachen der Abg. Elke Ferner [SPD])

Die Regierungskommission wird dazu die richtigen Vorschläge unterbreiten.

Wir wollen die Einnahmeseite stabilisieren,

(Elke Ferner [SPD]: Durch mehr Niedriglöhne, oder wie?)

und zwar durch einen höheren Anteil einkommensunabhängiger Beiträge. Wir werden jeden, je nach seiner Leistungsfähigkeit, zu einem steuerfinanzierten Solidarausgleich heranziehen. Wir werden dafür sorgen, dass nur diejenigen Hilfe erhalten, die unsere Unterstützung wirklich benötigen.

(Elke Ferner [SPD]: Das hört sich sehr unbürokratisch an!)

In unserem System wird es jedenfalls keinen Solidarausgleich für Banker geben. Unser System ist gerechter und sorgt endlich für mehr Solidarität in der Krankenversicherung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das ist abstrakt! Sagen Sie es mal konkret!)

Wir werden aber nicht nur die Einnahmeseite stabilisieren, sondern auch auf die Ausgaben achten. Wir sind es den Menschen schuldig, dafür zu sorgen, dass sie nicht mehr als notwendig für die Krankenversicherung bezahlen.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Aber wie?)

– Das beste Beispiel ist der **Arzneimittelsektor**. Sie, Herr Kollege, mit all Ihren Vertretern der ehemals großen Volkspartei SPD hatten elf Jahre lang Zeit, etwas im Arzneimittelsektor zu tun.

(Elke Ferner [SPD]: Bundesrat!)

Sie haben einfach weggesehen, als die Arzneimittelindustrie den Menschen die Preise diktiert hat. Sie sind die Letzten, die uns an dieser Stelle Ratschläge erteilen sollten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jens Spahn [CDU/CSU]: Ich sage nur: Rotweingipfel im Kanzleramt!)

Wir brauchen Innovationen im Arzneimittelmarkt. Wir wollen auch eine schnelle Markteinführung. Trotzdem können wir nicht akzeptieren, dass die Industrie den Menschen die Preise diktiert. Das geht nämlich zulasten der Versicherten, zulasten der Patientinnen und Patienten.

Deswegen brauchen wir ein neues Preissystem. Künftig muss jedes Unternehmen, das einen höheren Preis haben will, zunächst einmal einen höheren Nutzen für Patientinnen und Patienten belegen. Ich finde, die Industrie ist diesen Beweis bisher schuldig geblieben. Deswegen werden wir sie gesetzlich dazu verpflichten, einen solchen Beweis in Form von Studien vorzulegen. Wir jedenfalls lassen unsere Patientinnen und Patienten nicht im Stich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Diese Studien werden dann selbstverständlich die Grundlage für Vertragsverhandlungen zwischen den Kassen auf der einen Seite und der Industrie auf der anderen Seite sein. Seien Sie versichert: Wir werden dafür sorgen, dass die Partner sich an einem Tisch zusammenfinden, um schnellstmöglich Verträge abzuschließen;

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Wer nicht mehr weiterweiß, der gründet einen Arbeitskreis!)

denn neben den mittel- und langfristigen Maßnahmen werden wir selbstverständlich auch schnell wirksame Instrumente einsetzen, beispielsweise Preismoratorien oder verpflichtende Rabatte. Diese Maßnahmen und Instrumente werden so lange erhalten bleiben, bis die mittel- und langfristigen Instrumente anfangen zu wirken. Gute Versorgung mit Medikamenten zu niedrigeren Preisen, das, meine Damen und Herren, ist unser Ziel.

(Elke Ferner [SPD]: Das wollen wir mal sehen, was Sie da vorlegen, Herr Rösler! Wir sind ganz gespannt!)

Wir als Regierungskoalition werden dabei erfolgreich sein und dieses Ziel auch erreichen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie sehen bei diesen Haushaltsberatungen: Selbstverständlich kann es gelingen, auf der Einnahmeseite das System robuster und stabiler zu gestalten und die Ausgaben besser als bisher zu kontrollieren. Wir sind angetreten, damit im deutschen Gesundheitssystem endlich etwas passiert. Wir werden ein Gesundheitssystem auf den Weg bringen, das zukunftsorientiert zu Ende gedacht ist

(Elke Ferner [SPD]: Hauptsache, es passiert was, egal welche Auswirkungen!)

und endlich wieder sozial gerecht ist. Das haben wir den Menschen versprochen, und das, meine Damen und Herren, werden wir auch einhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Fritz Kuhn.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Hat der keine Redezeit gekriegt?)

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister, Sie haben Ehrlichkeit als Prinzip in der Gesundheitspolitik reklamiert. Das kann man natürlich immer tun, weil es niemanden gibt, der gegen Ehrlichkeit ist. Aber Sie haben nicht gesagt, was Sie wollen. Wenn die Forderung nach Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit irgendeinen Sinn haben soll, dann muss man in der aktuellen Diskussion sagen, in welche Richtung man gehen will. Das haben Sie noch nicht einmal ansatzweise gemacht. Sie sind im Allgemeinen geblieben.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sie dürfen nicht schlafen!)

– So wach, wie ich bin, ist so schnell kein anderer.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe mich aus folgendem Grund zu dieser Kurzintervention gemeldet: Sie diskutieren über die Einführung einer kleinen Kopfpauschale oder eines kleinen Gesundheitsbeitrages, wie Sie es nennen. Es ist übrigens kein besonderer Ausweis von Konsequenz, wenn man nach 140 Tagen Regierung und Koalitionsverhandlungen eine Kommission aus acht Ministern – das ist das halbe Kabinett – braucht, um endlich zu sagen, in welche Richtung man gehen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Sie hatten doch die Rürup-Kommission! Was soll das denn?)

Wenn ich mir das Verhältnis von großer Kopfpauschale zu kleiner Kopfpauschale anschau, dann fällt mir ein Vergleich aus der Landwirtschaft ein: Ob nun ein großer Haufen oder ein kleiner Haufen stinkt, beide stinken; beide sind Mist. Der Weg, den Sie gehen, ist nicht vernünftig.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

– Sie können doch niemandem im Land erklären, warum Sie etwas Großes nicht machen können, weil Teile der eigenen Regierung sagen, das sei Mist, wohl aber etwas Kleines nach dem Motto: Das bekommen wir schon hin.

Zur Gerechtigkeit. Wenn Sie sagen, eine Kopfpauschale – ob groß oder klein – sei gerechter, dann müssen Sie auch sagen, wie Sie sich das steuerlich vorstellen. Herr Rösler, Sie, der Sie einer Partei angehören, die für Steuersenkungen eintritt und sogar eine Flattax von 35 Prozent für Bestverdienende will, können hier doch niemandem erzählen, dass die zusätzlichen Belastungen durch den Sozialausgleich im Gesundheitswesen von denen bezahlt werden, die Sie steuerlich massiv entlasten wollen. Sie werden nicht bestreiten können, dass eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 35 Prozent eine Entlastung für Bestverdienende ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie – das ist ehrlich gemeint –: Warum behaupten Sie, dass eine kleine Kopfpauschale für mehr Gerechtigkeit sorgt, weil der Sozialausgleich über Steuern finanziert wird?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Herr Minister.

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Gesundheit:

Vielen Dank. Ich helfe gern. – Zuerst zu der Frage, in welche Richtung die Arbeit der Regierungskommission gehen soll. Das ist einfach und klar zu beschreiben. Das ist auch nachzulesen; das steht im Koalitionsvertrag. Ich schicke Ihnen diesen gerne zu. Es lohnt sich übrigens, sich auch alle anderen Kapitel durchzulesen. Herr Kollege, die Aufgabe der Regierungskommission ist nicht, das endgültige System zu beschreiben – das steht bereits im Koalitionsvertrag –, sondern, den Weg vom Zustand heute zum Idealzustand von morgen genau vorzugeben; denn nach elf Jahren roter und rot-grüner Gesundheitspolitik

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Zu Ihren Plänen!)

wird man nicht von heute auf morgen das System schlagartig verbessern können.

Wir werden daher in kleinen Schritten – das macht Sinn – auch einkommensunabhängige Beiträge einführen; denn wir dürfen weder die steuerlichen Finanzierungssysteme noch die Menschen überfordern. Diese Vorgehensweise ist richtig. Das Ziel ist klar benannt. Der Weg dorthin wird von der Regierungskommission beschrieben. Wir wollen eine vernünftige Gesundheitsversicherung, die solidarischer und gerechter ist als all das, was Sie bisher auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Harald Weinberg für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Harald Weinberg (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Rösler sprach gerade von einer Gewissheit, die man habe. Die einzige Gewissheit, die wir bisher haben, ist, dass diese Gesundheitsprämie für die Versicherten, vor allem für die schlecht verdienenden Versicherten, teuer wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wird tatsächlich angegangen? Die Bundesregierung verweigert bislang der Opposition sämtliche Auskünfte über ihre Vorhaben in der Gesundheitspolitik mit dem Hinweis, das werde die Regierungskommission schon regeln; so lange müsse man eben Geduld haben. Aber weder wir noch die Menschen draußen wollen sich weiter gedulden. Die Menschen draußen verlieren die Geduld – die Umfragen zeigen das deutlich –, wahrscheinlich weil ihre Erfahrungen mit Regierungskommissionen – wenn man zum Beispiel an die Hartz-Kommission denkt – nicht die allerbesten sind.

(Beifall bei der LINKEN)

In der aktuellen gesundheitspolitischen Debatte gibt es immer wieder Auseinandersetzungen um die Begriffe. Herr Spahn von der Union und Herr Lanfermann von der FDP würden uns ja am liebsten verbieten, von einer **Kopfpauschale** zu reden. Stattdessen sollen wir schön brav immer „einkommensunabhängige Gesundheitsprämie mit automatischem Sozialausgleich“ sagen.

(Beifall bei der FDP – Heinz Lanfermann
[FDP]: Richtig! Sie haben es ja doch verstanden!)

Einmal abgesehen davon, dass das ein Begriffsungetüm ist, kann man nur sagen: Netter Versuch, Herr Spahn; netter Versuch, Herr Lanfermann. Herr Bahr von der FDP, heute Staatssekretär, hat früher an dieser Stelle den Versuch unternommen, Begriffsklärungen mithilfe des *Duden* herbeizuführen. Wir tun es Ihnen einfach einmal gleich: Unter dem Stichwort „Kopfpauschale“ finden Sie dort – Zitat –:

von allen Versicherten in gleicher Höhe zu entrichtender Beitrag zur Krankenversicherung.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Das ist eben nicht so!)

Wenn wir von dem Detail der Familienversicherung einmal absehen, dann ist es genau das, was Sie einführen wollen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Das sind Millionen Versichertel!)

– Nun seien Sie einmal ruhig! – Jeder und jede soll denselben Beitrag zahlen. Was, denken Sie, Herr Lanfermann, steht im *Duden* unter dem Stichwort „Gesundheitsprämie“? Nichts, kein Eintrag.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Das wollen wir ja füllen!)

Laut *Duden* gibt es dieses Wort gar nicht. Es ist eine Erfindung von Ihnen und von Herrn Spahn, von all denen, die die Kopfpauschale einführen wollen, ohne dass die Bevölkerung es merkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen aber: Dieser Versuch geht schief. Die Menschen sind nicht so dumm, dass sie sich von Ihnen hinters Licht führen lassen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: So kommen wir sogar in den Duden!)

Den Kampf um die Begriffshoheit haben Sie längst verloren. Deshalb wiederhole ich hier in aller Deutlichkeit: Die Kopfpauschale ist unsozial, die Kopfpauschale ist unfinanzierbar, auch die schrittweise Einführung der Kopfpauschale ist ein Anschlag auf den Sozialstaat. Die Kopfpauschale muss weg.

(Beifall bei der LINKEN – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie kann nicht weg! Sie ist ja noch gar nicht da!)

Zum Schluss muss noch über ein Stück Schmierentheater gesprochen werden; es war gerade hier Thema. Der Gesundheitsminister merkt langsam, dass er etwas machen muss. Er kann nicht immer nur unterhaltsame Anekdoten von sich geben, gute Miene zum bösen Spiel machen und ansonsten untätig bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Heinz Lanfermann [FDP]: Freundliche Miene zum guten Spiel!)

Das kauften Ihnen die Medien und die Öffentlichkeit vor einigen Monaten ab, jetzt aber nicht mehr. Es wird überall berichtet, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, vor allen Dingen die der **Arzneimittel**; das war gerade Thema. Nun denkt sich Minister Rösler: Von mir als FDP-Mitglied – Sie wissen, eine Übersetzung von FDP ist: Freundeskreis der Pharmaindustrie –

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

erwartet niemand, dass ich der Pharmaindustrie die Rendite kürze, aber die Menschen im Land fänden das vielleicht gut. Also tue ich einmal so, als ob. Ich treffe mich mit den Vertretern der Pharmaindustrie hinter verschlossenen Türen und frage sie, welche Vorschläge sie haben, um die Pillen billiger zu machen.

Nun gut, die Pharmaindustrie macht dann einen Vorschlag, nämlich dass die großen Konzerne nicht mehr für alle Krankenkassen zugleich die Preise festsetzen sollen, sondern zukünftig mit jeder einzelnen Kasse in Verhandlungen treten sollen. Dreimal dürfen Sie raten, wer gewinnt, wenn ein multinationaler Konzern mit einer Betriebskrankenkasse in Verhandlungen tritt. Und nun kommt

das Theater: Herr Rösler sagt in der *Bild*-Zeitung: Ich lege die Pharmaindustrie an die Leine. Ihr dürft nicht mehr allen Krankenkassen zugleich die Preise diktieren, sondern müsst zukünftig Verhandlungen mit jeder einzelnen Kasse führen. – Die Pharmaindustrie tut so, als wäre sie hart getroffen, ist es aber nicht. Sie ist wieder einmal geschickt um eine wirkliche Preisregulierung der Arzneimittel herumgekommen. Das glauben Sie nicht? Im *Spiegel* vom 15. März – auch Herr Rösler hat gerade aus dem *Spiegel* zitiert – ist der Vorsitzende des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie, Bernd Wegener, zitiert. Er sagt dort wortwörtlich:

Interessant, dass man uns zu unseren eigenen Vorschlägen zwingen will.

Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Birgitt Bender für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Rösler, wenn man Ihnen zuhört, dann muss man sagen: Sie unterschätzen den IQ Ihres Publikums erheblich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Heinz Lanfermann [FDP]: Besser als andersherum!)

Denn wer soll glauben, was Sie da erzählen? Nach Ihrer Darstellung ist der Bankdirektor Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung. Ha, ha! In Deutschland ist er in der Regel Mitglied einer privaten Krankenversicherung. Wollen Sie das ändern und ihn in das Solidarsystem einbeziehen? Nein, das wollen Sie nicht. Sie haben in den Koalitionsvertrag eine Bestandsgarantie für die PKV geschrieben. Also, was soll das Argument?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ein kleiner Tipp: Da, wo es Kopfgeldsysteme, deren Fan Sie sind, gibt, nämlich in den Niederlanden und in der Schweiz, ist der Bankdirektor allerdings mit dabei, immerhin. Aber genau das will die FDP verhindern, um die Privilegien der Besserverdienenden zu verteidigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt komme ich auf Ihr **Rechenbeispiel** zu sprechen. Nehmen wir einmal an, der Bankdirektor wäre tatsächlich in der GKV und zahlte die 296 Euro Kopfpauschale. Wie sähe es bei Ihrem Kopfgeldsystem aus? Dieser Bankdirektor würde in Zukunft 140 Euro oder 150 Euro zahlen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Die hat es immer noch nicht kapiert!)

Wenn man eine Grundschule besucht hat, dann weiß man, dass das die Hälfte von dem ist, was er bis dahin gezahlt hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Würde das durch Steuermittel kompensiert? Nein. Sie wollen die Steuern doch gar nicht erhöhen. Im Gegenteil: Sie wollen den Spitzensteuersatz, den der Bankdirektor zahlt, auch noch reduzieren. Dennoch erzählen Sie hier etwas von Solidarität. Dazu sagt man in der Umgangssprache: Hallo?

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Jetzt passen Sie sich aber dem Niveau von Herrn Kuhn an!)

Da stimmt doch etwas nicht.

Herr Minister, immer wieder hört man hier von Ihnen – es ist schon ein Hammer –: Große Aufgaben liegen vor uns; ein robustes Finanzierungssystem brauchen wir. Was passiert? Sie setzen eine **Kommission** ein. Diese Kommission besteht noch nicht einmal aus Fachleuten; Fachkenntnis dürfte da eher hinderlich sein. Ihnen assistieren zwei FDP-Minister, die noch nie etwas vom Gesundheitssystem gehört haben, und Sie werden von fünf Ministern aus der Union misstrauisch überwacht. Sie sind vor allem in dieser Kommission, um zu verhindern, dass vor der NRW-Wahl irgendetwas Böses passiert. Bis dahin soll sowieso Ruhe sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ist das eine gute Nachricht? Nein, ist es nicht. Es ist ein Skandal. Was ist denn mit dem Gesundheitssystem los? Allein in diesem Jahr fehlen 4 Milliarden Euro. Im nächsten Jahr sind es – das ist kein Geheimnis; das haben Sie sich gerade vortragen lassen – 15 Milliarden Euro, die dem System fehlen. Woher könnte man dieses Geld nehmen? Ein Steuerzuschuss in Höhe von 15 Milliarden Euro? Haben Sie nicht. Beitragserhöhungen, etwa 1,5 Beitragssatzpunkte paritätisch? Wollen Sie nicht. Kopfgeld – dies lässt sich umrechnen in 25 Euro pro Person –: Genau das könnte Ihr Ziel sein. Aber das ist noch nicht eingepreist, dass der Finanzminister kommen und

(Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, kommt in den Saal – Heiterkeit)

im nächsten Jahr garantiert sagen wird: 16 Milliarden Euro Steuerzuschuss, darüber reden wir aber noch einmal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Schäuble, ich bin mir sicher, dass ich in Ihrem Sinne rede. Das, was die FDP plant, wird mit einem Fragezeichen versehen, und dann wird die **Kopfpauschale**, durch die einseitig die Versicherten belastet werden, noch einmal höher.

Fazit: Ruhe ist nur bis zur NRW-Wahl am 9. Mai. Dann folgen vier weitere Sitzungen dieser Kommission. Diese Sitzungen wird man damit verbringen, einen **Kompromiss** zu inszenieren. Wie könnte dieser Kompromiss aussehen? Den Testballon mit 29 Euro Kopfpauschale, eingepreist 0,9 Beitragssatzpunkte, die bisher von den Versicherten gezahlt werden, haben Sie schon steigen lassen. Wie geht es dann weiter? Die Geringverdienenden brauchen einen Sozialausgleich. In Ihrer Rechnung sind das 5 Milliarden Euro – Geld, das Sie nicht haben. Durchschnittsverdienende zahlen im Jahr 100 Euro mehr und Gutverdienende ab einem Einkommen von 3 200 Euro würden entlastet. Ich gratuliere!

Ich sage Ihnen, Herr Minister: Ein solcher Teilausstieg aus dem Solidarsystem ist ebenfalls ein Ausstieg. Natürlich verfolgen Sie damit das Ziel des Komplettausstiegs. Die Versicherten sollen in Zukunft höher belastet werden – das hat der Kollege Lotter vorhin mit bemerkenswerter Unbefangenheit gesagt; da spürt man den politischen Neuling –, und die Arbeitgeber sollen an der Finanzierung nicht mehr beteiligt werden. Man glaubt, dass man mehr Geld ins System holen kann, wenn man den Versicherten in die Tasche langt. Das ist ungerecht, und es wird auch nicht funktionieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sollen wir glauben, dass die **CDU** das nach den Wahlen in NRW verhindern wird? Nein! Die CDU wird sehr einverstanden sein. Sollen wir glauben, dass die **CSU**, die sich derzeit als Held des Solidarsystems gibt, das verhindern wird? Schauen wir uns einmal an, was Markus Söder letzte Woche im Bayerischen Landtag gesagt hat. Da wurde er von einer grünen Abgeordneten gefragt, wie er den Passus im Koalitionsvertrag interpretiere, dass man einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge wolle. Seine Antwort war so: Die Anforderung der Einkommensunabhängigkeit beziehe sich nicht auf den ganzen Krankenversicherungsbeitrag, sondern nur auf den Zusatzbeitrag, eine Kopfpauschale in ihrer reinen Form lehne er ab. Im Klartext: Eine kleine Kopfpauschale ist mit der CSU sehr wohl zu machen. Diese Haltung unterscheidet sich aber gar nicht von dem, was Sie,

Herr Minister, inzwischen sagen. Sie haben ja inzwischen auch schon von der großen Ankündigung auf den kleinen Einstieg umgestellt.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mache ich. – Der CSU wird nur wichtig sein, dass das Geld aus dieser Kopfpauschale nicht in den Finanzausgleich der Kassen einbezogen wird, damit dieses Geld in Bayern hängen bleibt. Auch das ist dann wieder ein Stück Entsolidarisierung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir glauben, dass diese Kommission dazu da ist, –

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin!

Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– ein Theaterstück aufzuführen, bei dem das herauskommt, was ich eben gesagt habe. Wir werden das zu verhindern wissen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Rolf Koschorrek, CDU/ CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Rolf Koschorrek (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in den Beratungen zum ersten Haushalt der neuen Regierung und des neuen Ministers Rösler selbstbewusst an die Arbeit gegangen und haben deutlich gemacht, dass wir zu dem stehen, was vorher in der Gesundheitspolitik gemacht worden ist, und dass es uns nicht darum geht, alles schlechtzureden, was vorher gelaufen ist, aber sehr wohl darum, die Dinge weiterzuentwickeln. Wir führen **Bewährtes** fort und wollen die Finanzierung angefangener Projekte auch in Zukunft weiter sicherstellen. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger, die Förderung der Kindergesundheit und natürlich auch die Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker. Kurz gesagt: Wir machen nicht alles anders, aber Vieles und Wesentliches deutlich besser.

Wichtige Entscheidungen, die angesichts der Veränderungen in unserer immer älter werdenden Gesellschaft und auch infolge der Einflüsse der Globalisierung nötig sind, wurden jahrelang aus ideologischen Gründen im BMG verhindert und

verschleppt. Wir müssen jetzt längst überfällige Weichenstellungen vornehmen und haben keine Zeit mehr zu verlieren, um tragfähige und nachhaltige Lösungen auf den Weg zu bringen. Dabei geht es nicht allein um die zukunftsfeste Finanzierung unseres Gesundheitssystems, die seit Monaten im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht, oder um Einsparungen im Arzneimittelbereich.

Ich rate den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nicht immer jede Parole, die in irgendeinem sozialistischen Kampfblatt montagsmorgens durch den Äther geistert,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meinen Sie den *Spiegel*? – Ewald Schurer [SPD]: *Bayernkurier*! Herz-Jesu-Marxisten! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: *Spiegel* oder *Bayernkurier*?)

hier gleich zur Grundlage bzw. zur Basis der Regierungspolitik zu machen, sondern einmal abzuwarten, was denn die sehr wohl kompetent besetzte **Kommission** der Regierung berät. Wir werden im Laufe dieses Jahres einen entsprechenden Vorschlag auf dem Tisch haben und können diesen dann sicherlich auch mit dem von Herrn Lauterbach angekündigten durchgerechneten Konzept einer Bürgerversicherung seitens der SPD vergleichen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dem, was wir gemeinsam mit Minister Rösler und der Regierungskommission dort entwickeln werden, am Ende zeigen können, dass es nachhaltiger, gesellschaftlich verträglicher und vor allen Dingen auch gerechter sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich aber den Fokus auch auf einige andere Bereiche der Gesundheitspolitik der nächsten Monate und auch Jahre richten. Wir haben uns einige Baustellen vorgenommen. Neben den mit der Neuordnung im Arzneimittelbereich verbundenen Einsparungen haben wir noch mehr vor. Ich möchte einige Stichworte nennen:

Wir werden uns der Sicherung der ärztlichen Versorgung in der Fläche widmen.

Wir werden neue Approbationsordnungen für Ärzte und Zahnärzte auf den Weg bringen.

Wir werden den Aufbau einer telematischen Infrastruktur beschleunigen.

Wir werden neue Gebührenordnungen zunächst im privatärztlichen und privat Zahnärztlichen Bereich auf den Weg bringen.

Als letzte Baustelle haben wir uns die Angleichung der zahnärztlichen Honorare zwischen Ost und West vorgenommen.

Das sind nur einige Beispiele für die Bereiche, in denen wir umgehend Initiativen ergriffen haben. Wir arbeiten daran, schnellstmöglich in Gesprä-

chen mit den Betroffenen zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen.

Die längst überfällige Novellierung der seit 1988 unveränderten **Gebührenordnung für Zahnärzte** bringen wir als Erstes auf den Weg.

(Zuruf von der SPD: Die armen Zahnärzte!)

– Es geht nicht um arme Zahnärzte, liebe Kolleginnen und Kollegen, überhaupt nicht. Aber eine Gebührenordnung, deren Inhalt in wissenschaftlich-fachlicher Hinsicht seit 1988 nicht weiterentwickelt worden ist, erfüllt die Bedürfnisse der Versorgung für die Jahre 2010 und folgende nicht mehr. Zur Finanzierung dieses Bereichs kommen wir später. Es geht zunächst um das Definieren einer wissenschaftlichen Gebührenordnung, die dringend überfällig ist,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und das nicht nur im zahnmedizinischen Bereich, sondern auch im ärztlichen Bereich; denn die Gebührenordnungen sind nicht mehr zeitgemäß – das müssen wir akzeptieren – und in Anbetracht der Tatsache, dass die derzeitige Gebührenordnung seit 1988 gilt, mache ich keinen Hehl daraus, dass die ein oder andere wirtschaftliche Anpassung dieser Gebührenordnung erforderlich ist.

Das werden wir in einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Politik, Leistungserbringern, aber auch den Kostenerstattern im Bereich der privaten Krankenversicherung sowie der Beihilfestellen lösen. Ich bin zuversichtlich – die Vorgespräche sind gut verlaufen –, dass wir schon in den nächsten Wochen Eckpunkte vereinbaren und zügig, möglichst noch im Laufe dieses Jahres, vorschlagsreif entwickeln können. Die Gebührenordnung für Zahnärzte wird eine Blaupause für das sein, was im ärztlichen Bereich ansteht. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch dort zu tragfähigen und zukunftsfesten Konzepten kommen.

Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, was die Angleichung der Verhältnisse zwischen den neuen Bundesländern und den restlichen Bundesländern angeht, ist eine letzte Aufgabe übriggeblieben, und zwar die Angleichung der Honorare im zahnmedizinischen Bereich. Auch diese Aufgabe müssen wir angehen, das ist längst überfällig. Es ist nicht mehr zu rechtfertigen, dass unterschiedliche Honorare gezahlt werden, wenn man bedenkt, dass sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse zum Großteil angeglichen haben, und auch vor dem Hintergrund, dass in allen anderen Bereichen eine Angleichung bereits durchgeführt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Gesundheitspolitik darf sich nach unserer Überzeugung den notwendigen Neuansätzen nicht länger verweigern. Die älter werdende Gesellschaft in Deutschland, die Folgen der globalisier-

ten Wirtschaft und der medizinische Fortschritt, der allen Patienten in unserem Lande zugänglich sein und bleiben muss, verlangen von uns Mut für Neuerungen. Wir brauchen eine verbesserte **telematische Infrastruktur**. Angesichts der älter werdenden Bevölkerung, aber auch angesichts der zunehmenden Zahl von chronisch erkrankten Menschen, die dank des medizinischen Fortschritts länger leben und damit länger chronisch krank sind, können wir nicht darauf verzichten, uns der neuen technischen Möglichkeiten bei der Betreuung dieser Patienten zu bedienen.

Wir müssen erhebliche Anstrengungen machen, dass die Infrastruktur für telematische Anwendungen in der Bundesrepublik verbessert wird. Wir haben das Problem, dass wir durch die in Teilen sehr skurrile und auch durchaus unsinnige Diskussion über die Einführung und Organisation der E-Card in den letzten Jahren einiges an Gelände verbrannt und Zeit verloren haben. Aber auch dort sind wir willens und in der Lage, die Bestandsaufnahme sehr schnell voranzutreiben und zusammen mit den Kostenerstattern und Leistungserbringern tragfähige Konzepte zu erarbeiten, um zu schlanken Strukturen und datensicheren Verhältnissen zu kommen, um dafür zu sorgen, dass daraus weitere telemedizinische Entwicklungen, Qualitäten und Schnittstellen definiert werden, sodass ein Wettbewerb um die beste Versorgung und die beste Qualität auf dem Markt stattfinden wird.

Wir haben in den nächsten Jahren einiges vor. Unter anderem wollen wir als Querschnittsaufgabe zusammen mit den Kollegen aus dem Bereich des Bundesministeriums für Forschung und Bildung und des Wirtschaftsministeriums dafür sorgen, unseren Nachholbedarf – zum Beispiel die **Versorgungsforschung** in der Bundesrepublik Deutschland – zu beheben und diesen Bereich nachhaltig auf eine bessere Grundlage zu stellen. In den Haushalten der drei Ministerien ist eine entsprechende Steigerung der zur Verfügung stehenden Mittel vorgesehen.

Wir haben eine gute Versorgung, aber um sie besser zu machen, müssen wir wesentlich mehr über die Versorgungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland wissen. Dieses Vorhaben werden wir auf den Weg bringen. Wir wollen, dass Deutschland auch in den nächsten Jahrzehnten eines der international besten Gesundheitssysteme behält. Nach all den Gesundheitsreformen der letzten Jahre, die hauptsächlich der kurzfristigen Kostensenkung dienten, müssen wir das System nachhaltig neu justieren und nicht immer komplizierter, sondern transparenter machen und für alle Beteiligten die Mitwirkungsmöglichkeiten deutlich verstärken. Deshalb richten wir den Blick nach vorne und arbeiten für ein System, das über den Tag hinaus zukunftsfähig sein wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Karl Lauterbach für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich extra an das Ende der Rednerliste meiner Partei setzen lassen,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sie hätten sich auch streichen lassen können! – Heinz Lanfermann [FDP]: Das ist schon in Ordnung!)

weil ich auf die inhaltlichen Aussagen und Ankündigungen des Ministers reagieren wollte. Ich kann nur sagen: Das hat sich nicht gelohnt. Es ist nichts gesagt worden, worauf ich reagieren könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Heinz Lanfermann [FDP]: Dann können Sie sich ja wieder hinsetzen! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Einfach setzen!)

Was haben wir gehört? Was haben wir gelernt?

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Sie haben nichts gelernt!)

Wir haben gelernt, dass es die Wahrheit ist, dass wir älter werden und das Gesundheitssystem teurer wird. Wer hat das je bestritten? Wir haben nicht einen einzigen konkreten **Vorschlag** gehört. Gar nichts.

(Ulrike Flach [FDP]: Doch! Natürlich! Wo waren Sie denn?)

Oder täusche ich mich? Ist hier jemand im Haus, der vom Minister heute einen einzigen konkreten Vorschlag zur Gesundheitspolitik gehört hat?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

– Niemand.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das ist ein einziges Gegröle! – Lars Lindemann [FDP]: Ihr könnt beim nächsten Mal noch rote Fähnchen mitbringen! – Ulrike Flach [FDP]: Sie müssen bei Herrn Gabriel gewesen sein!)

Somit kann ich nur auf das reagieren, was ich schon vor der Rede wusste. Seit Mittwoch gibt es die Kommission zur Gesundheitsreform. So soll die **Kopfpauschale** in Deutschland eingeführt werden. Das ist, wenn man so will, die Abrissbirne für unser Solidarsystem. Das ist, wenn man so will, ein Himmelfahrtskommando. Daher wird sofort das halbe Kabinett zur Verstärkung gerufen, um diese Aufgabe wuppen zu können, weil man ganz genau weiß, wie unbeliebt das ist. Es soll nicht den Ausstieg aus der Kernenergie geben, sondern den

Ausstieg aus dem Solidarsystem, aus einer gerechten und durchfinanzierten Gesundheitsversorgung, und das ist eine Aufgabe.

Bei allem Respekt vor den zum Teil bereits eingearbeiteten, zum Teil fachfremden Ministern: Unterschätzen Sie diese Aufgabe nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist so: Selbst 75 Prozent der FDP-Wähler lehnen die von Ihnen gewünschte Kopfpauschale ab

(Ulrike Flach [FDP]: Das wollen wir ja auch nicht!)

und 80 Prozent der Nicht-FDP-Wähler. Oder sollte ich vielleicht sagen: 75 Prozent der ehemaligen FDP-Wähler lehnen diese Kopfpauschale ab?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Heinz Lanfermann [FDP]: Mit ehemaligen Wählern kennen Sie sich ja aus!)

Herr Rösler, bei allem Respekt, Sie haben sich Sorgen gemacht über die Größe der „ehemals großen“ **Volkspartei SPD**. Zunächst einmal: Der Lack ist noch nicht ganz ab. Größer als Sie sind wir allemal. Machen Sie sich lieber Sorgen über Ihre zukünftige Größe und nicht über unsere. Wir sind im Aufwind, Sie sind im Abwind,

(Ulrike Flach [FDP]: Also, in Nordrhein-Westfalen nicht, lieber Herr Lauterbach!)

und das verdanken wir unter anderem Ihrer Arbeit, Herr Rösler.

(Beifall bei der SPD)

Die einzige Verstärkung im Kabinett, die man sich hier gewünscht hätte, ich sage einmal: die einzige Fachfrau im Kabinett zur Kopfpauschale, ist nicht dabei.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber die Kopfpauschale wollen wir ja nicht!)

Das ist nämlich Frau Merkel selbst. Frau Merkel ist dafür nicht dumm genug. Sie kennt den alten Spruch der Industrie: Einen Fehler zu machen, ist verzeihlich, aber wer den Fehler wiederholt, fliegt raus. Die Gefahr ist hier groß; denn Frau Merkel, die Bundeskanzlerin, ist mit der Kopfpauschale schon einmal auf die Nase gefallen. Sie wird zusehen, wie es Herrn Rösler ergeht. Sie selbst wird sich daran nicht die Finger verbrennen. Das **Leipziger Programm** hat die Union damals Stimmen ohne Ende gekostet. Das ist der Weg, den die FDP jetzt antritt. Das ist das, was Ihnen bei der Nordrhein-Westfalen-Wahl bevorsteht. Erinnern Sie sich an meine Worte.

(Beifall bei der SPD)

Was soll bis zur NRW-Wahl passieren? Mit Täuschungsmanövern soll in der Öffentlichkeit die Absicht der Kommission verschleiert werden. Mal

heißt es, die Kopfpauschale ist gar keine Kopfpauschale, sondern nur eine Prämie pro Kopf. Aber worin liegt der Unterschied zwischen einer Pauschale pro Kopf und einer Kopfpauschale?

(Ulrike Flach [FDP]: Sie werden das nie begreifen!)

Ich frage Sie: Was sollen diese billigen semantischen Tricks? Wen glauben Sie damit noch täuschen zu können?

Dann heißt es, es gäbe einen **Sozialausgleich**. Man kann aber nicht sagen, wer diesen bezahlt, wie er bezahlt und wie lange er bezahlt wird. Das Einzige, was wir hören, ist, dass er automatisch fließen soll. Das erinnert mich an den biblischen Spruch von der wundersamen Brotvermehrung. Bitte machen Sie sich doch nichts vor: Wenn nicht klar ist, wer bezahlt, woher das Geld kommt, wenn Bund, Länder und Kommunen pleite sind, was soll denn dann automatisch fließen? Das ist doch plumpe Wählertäuschung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: Das ist Kasperletheater, was Sie machen!)

Daher würde es mich schon interessieren, was Herr Schäuble wirklich über diese Pläne denkt, was hier seiner Meinung nach wirklich gespielt wird, wer das seiner Meinung nach bezahlen soll. Hier werden bis zu 35 Milliarden Euro notwendig. Aber wir befinden uns im Prinzip in einer Situation, in der wir knapp an einem Nothaushalt vorbeischrammen.

(Lachen des Abg. Heinz Lanfermann [FDP])

Was haben wir in der Gesundheitspolitik bisher erlebt? Wir haben nur eine allgemeine Verunsicherung der Bevölkerung erlebt

(Lars Lindemann [FDP]: Die Sie betreiben!)

und einen absurden Vorschlag zum Thema **Pharmaindustrie**.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Es sind doch Ihre falschen Informationen, die die Leute verunsichern!)

Den Vorschlag, den die Pharmaindustrie selbst unterbreitet hat, wollen Sie uns jetzt verkaufen. Bei dem Vorschlag geht es darum, dass die Pharmaindustrie wie die Teppichhändler erst die Preise um 20 Prozent erhöht, was dann wieder zurückverhandelt werden soll. Dieser Vorschlag ist so schlecht, dass sich sogar die Teppichhändler bei mir beschwert haben, dass sie mit den unseriösen Geschäftspraktiken der FDP nicht in Zusammenhang gebracht werden wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn es so weit ist – bei allem Respekt vor dieser Handelsgruppe; nicht alle Teppichhändler sind unseriös;

(Elke Ferner [SPD]: Aber die FDP schon!)

auch das sind Wähler –, dass selbst die Teppichhändler die ehemalige Wirtschaftspartei FDP schmähen, wie weit ist es gekommen, wie weit sind die Vorschläge, die wir heute hören, von einer seriösen Gesundheits-, Haushalts- und Finanzpolitik entfernt? Wir hören keinen einzigen konkreten Vorschlag. Die Vorschläge, die wir hören, sind entweder unseriös oder nicht finanzierbar oder beides.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Demnächst sollen bis zu 35 Milliarden Euro aus einem – ich nenne es einmal so – automatischen **Sozialausgleich** kommen.

(Ulrike Flach [FDP]: Das haben Sie schon gesagt!)

Dabei sind Sie nicht in der Lage, die sinnvollen Vorbeugeprogramme, die jetzt laufen, ausreichend zu finanzieren. Sie müssen in diesem Haushalt 500 000 Euro bei Programmen für Bewegung und ausgewogene Ernährung sparen. Sie sparen 400 000 Euro bei der Armutsbekämpfung. Sie schränken um 1,24 Millionen Euro bei Programmen gegen den Drogenmissbrauch ein. 400 000 Euro sparen Sie bei der Bekämpfung von HIV-Infektionen. Sie müssen bei den Kränksten und Ärmsten einzelne kleine Eurobeträge einsammeln. Sie müssen die Vorbeugung beschneiden, und erzählen uns hier Märchen über einen – nicht finanzierten – automatischen Sozialausgleich,

(Ulrike Flach [FDP]: Sie erzählen wirklich gerade Unsinn, Herr Lauterbach!)

für den niemand zahlen wird, zuletzt der Gutverdienende, der von Ihren Steuervorschlägen noch eine Entlastung erwartet. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Ich komme zum Ende; dies wird mein letzter Satz. – Die Wahrheit ist: Wir werden älter, und die Gesundheitsversorgung wird teurer. Aber die Wahrheit ist auch: Es darf nicht allein um die Entlastung der Arbeitgeber und der Gutverdiener gehen. Es muss auch um die Weiterführung eines Solidarsystems gehen, auf welches wir bisher gemeinsam stolz waren. Das werden Sie auch mit

der Abrissbirne, mit Ihrem gesamten halben Kabinett nicht abreißen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: Das war nun ein dickes Ende!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Rudolf Henke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Lauterbach, Sie waren jetzt vier Jahre lang in der Schmollecke der SPD-Fraktion.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das wäre das erste Mal in meinem Leben gewesen!)

Vier Jahre lang haben Sie hinnehmen müssen, dass Ulla Schmidt die Gesundheitspolitik gestaltet hat. Sie hatten vier Jahre Zeit, sich auf den Zeitpunkt der Übernahme der gesundheitspolitischen Führungsrolle in der SPD vorzubereiten. Wie schlecht haben Sie sich eigentlich in den vier Jahren vorbereitet, um jetzt in dieser Haushaltsdebatte eine solche Rede zu halten?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hier hätten Sie auftrumpfen können. Hier hätten Sie die ganze Kritik, die Sie seit einem halben Jahr vortragen, und Ihre Alternative beschreiben können.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Sie regieren doch! Wer stellt denn die Regierung? Regieren wir oder Sie? – Elke Ferner [SPD]: Sie regieren!)

Hier hätten Sie sagen können, wie Ihr Konzept einer **Bürgerversicherung** aussieht. Aber weder Sie erläutern Ihr Konzept einer Bürgerversicherung noch die Grünen noch die Linke. Sie tun nur eines: Sie versuchen, mit Blick auf den Muttertag, auf den Termin der nordrhein-westfälischen Landtagswahl,

(Elke Ferner [SPD]: Nein, das machen Sie!)

durch das Erzeugen von Verhetzungspotenzial Stimmung zu machen, Punkte zu machen, eine unsachliche Debatte zu führen und in diese Wahlauseinandersetzung einzugreifen.

(Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie missbrauchen diese Haushaltsdebatte zum Wahlkampf.

(Zuruf von der LINKEN: Wählerhetzer! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Populismus!)

Um das zu verdecken, arbeiten Sie mit semantischen Tricks, die unglaublich sind.

(Elke Ferner [SPD]: Nehmen Sie einmal ein Blutdruckmittel!)

Verehrter Herr Kollege Lauterbach, Sie können das eigentlich besser. Eigentlich sind Sie in der Lage, zu unterscheiden.

(Ewald Schurer [SPD]: Sie scheinen nicht! Sie nicht! Kein Vorschlag!)

– Ich bin sehr gut in der Lage, zu unterscheiden. – Ich habe mir genau gemerkt,

(Ewald Schurer [SPD]: Wieder nicht! Ein Wahnsinn!)

dass Herr Lauterbach hier behauptet und in den Mittelpunkt stellt, dass die Politik der Koalition darauf gerichtet sei, den **Ausstieg aus dem Solidarsystem** herbeizuführen.

(Elke Ferner [SPD]: Ja, natürlich!)

Ich sage Ihnen: Das, was Sie mit Ihrer Bürgerversicherung anstreben, ist die Vorbereitung auf einen Ausstieg aus dem Solidarsystem. Ich werde Ihnen jetzt erklären, warum.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie vorher eine Zwischenfrage des Kollegen Lauterbach?

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Ja, natürlich. Wenn mir das nicht von der Redezeit abgezogen wird, gerne.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Herr Henke, ich bin konkret gewesen und habe ein paar Vorschläge gemacht. Aber hier ist niemand, der sich mit den Vorschlägen von Herrn Rösler beschäftigt hat. Tragen Sie doch Ihre eigenen Vorschläge vor,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

ob positiv oder negativ, was auch immer. Aber ich bin doch noch nicht der Minister,

(Heiterkeit – Heinz Lanfermann [FDP]: Gott sei Dank! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Um Himmels willen! Dazu darf es niemals kommen!)

sondern Herr Rösler ist der Minister. Wo sind denn Ihre konkreten Vorschläge? Nennen Sie Ihre eigenen Vorschläge. Wir regieren doch noch nicht, Herr Henke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Lieber Herr Lauterbach, das, was Sie in den Mittelpunkt der Debatte stellen, ist doch die Frage,

(Zuruf von der SPD: Kommen jetzt mal Vorschläge?)

ob mit einem steuerfinanzierten Sozialausgleich,

(Elke Ferner [SPD]: Wer will den denn?)

wie er in allen Vorschlägen der Koalition und in der gesamten Philosophie des Gesundheitsministers enthalten ist, oder mit einem beitragsfinanzierten **Sozialausgleich** besser auf die heutige Situation reagiert werden kann. Das, was Sie immer in den Vordergrund rücken, ist, dass Sie unter allen Umständen und egal zu welchen Kosten und Bedingungen am beitragsfinanzierten Sozialausgleich als dem einzigen Instrument festhalten wollen, dem Sie überhaupt attestieren, das Prädikat „solidarisch“ zu verdienen. Genau damit zementieren Sie eine finanzielle Engführung dessen, was im Gesundheitswesen zu leisten ist.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gesagt haben, es besteht Konsens darüber, dass wir eine Alterung der Bevölkerung zu verzeichnen haben und dass der demografische Wandel seinen Preis verlangt. Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie sagen, der medizinische Fortschritt führt dazu, dass das Gesundheitswesen teurer wird. Aber dann müssen Sie doch auch eine Antwort auf die Frage geben, wie Sie in dem von Ihnen propagierten Alternativmodell einer Bürgerversicherung den Solidaritätsgleich verbessern wollen.

(Elke Ferner [SPD]: Sagen Sie doch erst einmal, wie hoch Ihre Kopfpauschale sein wird!)

Mit genau dieser Frage möchte ich mich jetzt gerne auseinandersetzen, weil sie die Kernfrage ist: Brauchen wir bei der Finanzierung der Gesundheitsversorgung eine Stärkung der steuerfinanzierten Anteile, oder brauchen wir eine Konzentration allein auf die Beitragsfinanzierung? Das ist die Kernfrage.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie weigern sich natürlich, Ihr angeblich klug konstruiertes Modell auch nur ein einziges Mal konkret zu beschreiben,

(Elke Ferner [SPD]: Legen Sie doch auch mal etwas vor!)

weil Sie wissen, dass dieses Modell ohne Zukunft ist, wenn die Bürger erfahren, wie Ihr Modell konkret aussieht.

(Ewald Schurer [SPD]: Sie haben doch jetzt die Mehrheit! Sie müssen jetzt regieren! Aber Sie machen es nicht!)

Sie wissen, dass es verfassungsrechtlich völlig ausgeschlossen ist, eine Bürgerversicherung einzuführen, in der Abgaben erhoben werden, für die das **Äquivalenzprinzip** verlassen wird. Aber Sie täuschen die Bürger, indem Sie sie darüber im Unklaren lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Elke Ferner [SPD]: Nein! Sie lassen die Bürger im Unklaren!)

Von der vermeintlich idealen Solidaritätsleistung in der Bürgerversicherung sind gerade die Ausgenommen, denen es am besten geht, während gleichzeitig die durchschnittliche Belastung der mittleren Schichten weit stärker steigt, als es bei jedweden einkommensunabhängigen Beitrag mit sozialem Ausgleich je der Fall sein könnte.

Wo wir soziale Verantwortung ernst nehmen, da setzen Sie sich für ein Modell ein, das nichts und niemanden so sehr schont wie den leistungslosen Wohlstand.

(Elke Ferner [SPD]: Ach! Das ist doch Quatsch!)

Mittwochs beklagen Sie hier den leistungslosen Wohlstand, und freitags werben Sie mit Ihrem Eintreten für die Bürgerversicherung dafür, leistungslosen Wohlstand zu belohnen. Unsere Überzeugung ist, dass eine Zusatzfinanzierung, in der Steuermittel den Sozialausgleich organisieren, eine stärkere Beteiligung derer sicherstellt, die auf der sonnigsten Seite des Lebens stehen. Das ist der Unterschied: Wir nehmen das Solidaritätsgebot ernst, aber Sie tun nur so, als nähmen Sie es ernst, und versuchen, ein Verwirrspiel zu spielen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Sie wollen den Sozialstaat plattmachen! Das ist die Wahrheit!)

Herr Lauterbach, vielleicht gestatten Sie mir, dass ich Ihnen in Erinnerung rufe, was die SPD-Fraktion zu Zeiten Ihrer Vorgänger über die Bürgerversicherung gedacht hat:

Eine ganz entscheidende Frage bei der Bürgerversicherung ist, bis zu welchem Einkommen Beiträge gezahlt werden müssen.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Darum geht es heute doch überhaupt nicht! Es geht um Ihre Vorschläge!)

Hier gibt es die Überlegung, die Beitragsbemessungsgrenze deutlich anzuheben oder sie ganz aufzuheben. Das wird uns aus verfassungsrechtlichen Gründen aber nicht gelingen. Man kann nicht die Beitragsbasis beliebig ausweiten, ohne die Leistungen anzupassen. Das hat das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen deutlich gemacht. Daher wird die Grenze wohl in der Nähe des heutigen Betrags ... bleiben ... Das heißt, auch bei einer Bürgerversicherung werden die Gutverdienenden auf einen großen Teil ihres Einkommens keine Beiträge zahlen.

(Ulrike Flach [FDP]: So ist es! Das verschweigt die SPD!)

Besonders deutlich wird das Problem, wenn auch noch Zinsen oder Mieteinnahmen einbezogen werden. Davon sind dann nämlich nur die Bezieher von geringen und mittleren Einkommen betroffen. Die Reichen werden verschont. Das ist nicht das, was ich mir unter einer guten Bürgerversicherung vorstelle.

Das hat Frau Schaich-Walch, damals stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, im Jahr 2003 erklärt.

(Zuruf von der SPD: Fast zehn Jahre her!)

Daran hat sich nichts geändert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Ja. – Wir haben diese Debatte fortgeführt. Deswegen sind wir überzeugt, denn je, dass es richtig ist, den Solidarausgleich stärker auf Steuermittel abzustellen, als Sie es wollen.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist der konzeptionelle Unterschied, der in dieser Debatte deutlich wird.

(Zuruf von der SPD: Wieder nichts Neues!)

Ich bedanke mich sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15 – Bundesministerium für Gesundheit – in der Ausschussfassung. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 17/1037? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist bei Zustimmung der Fraktion Die Linke mit den Stimmen des übrigen Hauses abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 17/1038? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit der gleichen Mehrheit wie zuvor abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 17/1039? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Linksfraktion bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt.

Wir kommen nun zu der Abstimmung über den Einzelplan 15 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan 15 ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan **32**
Bundesschuld

– Drucksache 17/621 –

Berichterstattung:

Abgeordnete	Norbert	Barthle
Carsten	Schneider	(Erfurt)
Otto		Fricke
Dr. Gesine		Lötzsch
Alexander Bonde		

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einzelplan 32 – Bundesschuld – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Einzelplan ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen angenommen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt auf:

Einzelplan **60**
Allgemeine Finanzverwaltung

– Drucksache 17/622 –

Berichterstattung:

Abgeordnete	Norbert	Barthle
Carsten	Schneider	(Erfurt)
Otto		Fricke
Dr. Gesine		Lötzsch
Alexander Bonde		

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Bevor wir dem Einzelplan 60 in der Ausschussfassung zustimmen können, müssen wir über zwei Änderungsanträge befinden, die die Fraktion Die Linke eingebracht hat.

Wir kommen zunächst zu dem Änderungsantrag auf der Drucksache 17/1040. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/1041? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan 60 – Allgemeine Finanzverwaltung – in der Ausschussfassung ab. Stimmt jemand gegen diesen Einzelplan 60? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan ist in der

Ausschussfassung damit mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nun auf:

Haushaltsgesetz 2010

– Drucksachen 17/624, 17/625 –

Berichterstattung:

Abgeordnete	Norbert	Barthle
Carsten	Schneider	(Erfurt)
Otto		Fricke
Roland		Claus
Alexander Bonde		

Auch hier ist eine Aussprache in der zweiten Beratung nicht vorgesehen.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz in der Ausschussfassung. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf der Drucksache 17/1009 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt für das Haushaltsgesetz 2010 in der Ausschussfassung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Haushaltsgesetz ist mit der Mehrheit der Koalition gegen die Oppositionsfaktionen angenommen.

Wir kommen nun zum Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013 auf den Drucksachen 16/13601 und 17/626. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/626, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die erkennbar große Mehrheit des Hauses ist bereit, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen, was hiermit so protokolliert wird.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt II auf:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/601 bis 17/616, 17/619 bis 17/622, 17/623, 17/624, 17/625, 17/1077 –

Berichterstattung:

Abgeordnete	Norbert	Barthle
Carsten	Schneider	(Erfurt)
Otto		Fricke
Roland		Claus
Alexander Bonde		

Es wurden insgesamt 13 Entschließungsanträge eingebracht, über die wir nach der Schlussabstimmung abstimmen werden. Ich weise darauf hin, dass wir später über das Haushaltsgesetz so-

wie über einen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD namentlich abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Petra Merkel für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Schlussrunde der ersten Lesung des Haushalts 2010 im Januar stand ich auch hier und habe gesprochen. Wenn ich jetzt überlege, was in den letzten acht Wochen dazwischen passiert ist, dann stelle ich fest, dass wir lange und intensive Beratungen hinter uns haben.

Die einzelnen Fachausschüsse haben zum Haushalt 2010 getagt. Meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss haben in Berichterstatterrunden beraten. Vor allen Dingen gab es lange Sitzungen im Haushaltsausschuss: 8 Sitzungen, runde 80 Stunden, über 1 130 Anträge haben wir im Haushaltsausschuss abgestimmt, damit wir hier im Plenum in dieser Woche die abschließenden Beratungen des Haushalts 2010 durchführen konnten. Wir sind jetzt wenige Meter vor dem Ziel.

„Sind Sie denn mit dem Ergebnis zufrieden?“, wurde ich am Tag nach der Bereinigungssitzung von der Presse gefragt. Na ja, ich war erst einmal froh, dass ich nach der 14-stündigen Bereinigungssitzung, die erst gegen 3.30 Uhr morgens beendet war, wieder aus den Augen gucken konnte. Das ging sicherlich allen Kolleginnen und Kollegen so. Natürlich kann kein Haushälter und keine Haushälterin mit einer Nettokreditaufnahme von 80,2 Milliarden Euro zufrieden sein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist wahr!)

Das ist nun einmal eine **Rekordverschuldung**.

(Otto Fricke [FDP]: Stimmt!)

Das ist wahrlich kein Grund zum Jubeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Jetzt kommt sicherlich der Hinweis darauf, dass im Verlauf der parlamentarischen Beratungen immerhin 5,6 Milliarden Euro eingespart werden konnten. Ja, das stimmt.

(Otto Fricke [FDP]: Auch das!)

Aber das ist nicht Ihr Verdienst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der schwarz-gelben Koalition. Das ist auf eine bessere Konjunktur und auf zum

Glück weniger Ausgaben für Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

80,2 Milliarden Euro schmerzen mich besonders, weil Peer Steinbrück 2008 dicht vor dem Ziel war, keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen. Dann kam die Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir haben gehandelt. Wir mussten riesige Summen in die Hand nehmen und wieder Schulden machen, um der Krise zu begegnen.

Das war erfolgreich. Die Konjunkturpakete haben gewirkt, die Kurzarbeit ist ein gutes Instrument, die **wirtschaftliche Entwicklung** verlief besser als erwartet. Der Haushalt 2009 – Steinbrücks letzter – konnte mit fast 15 Milliarden Euro geringerer Schuldenaufnahme als geplant abgeschlossen werden. So weit zum vergangenen Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Davon profitieren jetzt Sie von der schwarz-gelben Koalition. Sie haben erst einmal noch einen kräftigen Schluck genommen, statt sofort die zusätzlichen Einnahmen zu nutzen und auf die Schuldenaufnahme zu verzichten; denn das neue Jahr begann mit dem Inkrafttreten Ihres schwarz-gelben Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, das seinem Namen nicht gerecht werden wird. Selbst der Sachverständigenrat mahnt Sie in seinem Jahresgutachten, die Zukunft nicht aufs Spiel zu setzen.

Zurück zu den 80,2 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung in diesem Jahr. Ein Leitartikel in der *Berliner Morgenpost* – wahrlich kein sozialistisches Kampfblatt, Herr Koschorrek – stammt von Jochim Stoltenberg und ist überschrieben mit: „Ein Haushalt ohne politischen Ehrgeiz“. Ich zitiere daraus:

Das können die Schönfärber in der schwarz-gelben Koalition selbst wohl nicht ganz ernst meinen: Als Sparkurs zu bewerten, was jetzt nach den sogenannten Bereinigungsverhandlungen im Haushaltsausschuss mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP für den Bundesetat 2010 beschlossen worden ist, kommt im freundlicheren Betrachtungsfall ritualhafter Parteilichkeit gleich, bei realistischer Bewertung verantwortungsloser finanzpolitischer Ignoranz.

Ich habe mich morgens nach der Bereinigungssitzung mit kleinen Augen, aber wachem Verstand immer wieder gefragt: Warum hat Schwarz-Gelb nicht wenigstens versucht, unter 80 Milliarden Euro Neuverschuldung zu bleiben? Warum ist es nicht „nur“ eine Verschuldung, die im Bereich der 70er-Marge bleibt? Meine Erfahrungen in einer Regierungsfraktion liegen ja noch nicht so lange zurück. Ich bin mir sicher, Peer Steinbrück hätte uns getrieben, dass wir unter 80 Milliarden Euro kommen – ganz sicher.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]:
Egal, ob vernünftig oder nicht: Ihr hättet

das einfach gemacht! Hauptsache 79, weil sich das besser anhört! So seid ihr!)

Was fällt auf? Bei Steinbrück lag die **strukturelle Verschuldung**, nämlich die Verschuldung, die Investitions- und Wachstumsförderung bedingt, bei knapp 40 Milliarden Euro. Ihre liegt jetzt bei 68 Milliarden Euro. Sie müssen doch erklären, warum Sie trotz besserer wirtschaftlicher Entwicklung und trotz einer nicht so stark wie befürchtet gestiegenen Arbeitslosigkeit eine so hohe Verschuldung aufnehmen. Sie hätten locker unter eine Neuverschuldung von 80 Milliarden Euro kommen können. Wenn Sie gewollt hätten, dann hätten Sie durchaus bei 77 bis 78 Milliarden Euro landen können. Das alles hat mit der Schuldenbremse zu tun.

Vom Haushalt 2011 an gilt die **Schuldenbremse**, das Ergebnis der Föderalismuskommission II. Ich war dort Mitglied und kann mich gut an die Verhandlungen erinnern. Damals war die Haltung der Vertreter von Schwarz und der Vertreter von Gelb – noch nicht in einer Koalition, aber ganz im Geiste eines unsichtbaren Bandes – eindeutig: Erklärtes Ziel war die Nullschuldenregel. Der Staat sollte keinen Puffer haben und keine strukturellen Schulden aufnehmen dürfen, also nicht die Möglichkeit haben, Investitionen und Wachstum mit Schulden zu fördern – weder der Bund noch die Länder. Die Regel konnte gar nicht streng genug sein. Und jetzt dieses Ergebnis im Haushalt 2010!

Eines steht fest: Mit diesem Haushalt verschafft sich Schwarz-Gelb ein Polster. Mit diesem Haushalt legt Schwarz-Gelb die Höhe der Stufen für die nächsten sechs Jahre fest; denn 2016 muss eine Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eingehalten werden. Anders ausgedrückt: 2016 dürfen die strukturellen Schulden nicht höher als ungefähr 8 Milliarden Euro sein. Das bedeutet pro Jahr durchschnittlich 10 Milliarden Euro bis zu 15 Milliarden Euro – wenn die Zinsen steigen – Kürzungen im Haushalt. Sie schaffen sich jetzt das Polster, aus dem Sie dann zumindest in den ersten Jahren wie bei einer Luftmatratze die Luft rauslassen können.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD] – Otto Fricke [FDP]: Großer Applaus!)

Ich komme jetzt zum nächsten Punkt. Das ist Haushaltstechnik. Hier sehe ich gerade uns Haushälter gefordert. Gerade bei einer so hohen Neuverschuldung müssen wir viel stärker als früher den **tatsächlichen Mittelabfluss** kontrollieren.

Man wirft uns ja durchweg in allen Fraktionen Buchhaltermentalität vor. Manchmal ist Buchhaltung aber ganz gut. Wir müssen das Soll durchgehend mit dem Ist vergleichen. Wir müssen den aktuellen Stand des gesamten Haushalts regelmäßig bei der Verwaltung abfragen und von ihr erhalten. Nur so können wir Haushälter erkennen, wo die Mittel abfließen, wo Reste sind und wo Luft ist. Es

reicht nicht mehr aus, einmal im Jahr die Liste mit den Istmitteln in die Hand zu bekommen.

Wir wissen doch: Der Bund hat kein Geld, die Kommunen erst recht nicht, und die Länder auch nicht. Gerade weil das so ist, muss es zumindest jetzt einen Konsens dahin gehend geben, dass die Steuern in allen Bundesländern in gleichem Maße erhoben werden müssen, Stichwort: **Bundessteuerverwaltung**. Meine Fraktion hat sich im Rahmen der Föderalismuskommission dafür eingesetzt, dieses Thema endlich in Angriff zu nehmen. Schätzungen zufolge wurde von jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von mindestens 8 Milliarden Euro ausgegangen. Die Bundessteuerverwaltung bringt auch eine Vereinfachung und eine Entbürokratisierung mit sich. Herr Finanzminister Schäuble, auch Sie müssen ein Interesse daran haben. Diskutieren Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern, auf welche Weise Steuern zu erheben sind. Diskutieren Sie mit ihnen bitte noch einmal über eine Regelung in Bezug auf eine Bundessteuerverwaltung. Es gibt verschiedene Modelle; diese liegen alle vor.

Es ist wirklich ein Skandal, wenn in einem Bundesland Steuerfahnder aus dem Amt gedrängt oder gemobbt werden, weil sie zu erfolgreich sind. In einer Zeit, in der diskutiert wird, ob Steuerdaten-CDs aus der Schweiz gekauft werden, um so Steuerhinterzieher zu verfolgen, müssen wir im eigenen Land doch alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die dem Staat zustehenden Steuern zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Für mich war es eine Premiere; denn es war der erste Etat, den ich als Vorsitzende des Haushaltsausschusses begleiten konnte. Deshalb möchte ich mich jetzt bei einigen Menschen bedanken: Herr Finanzminister Schäuble, ich danke Ihnen ganz besonders, dass Sie heute an der Abschlussrunde teilnehmen. Gestatten Sie mir außerdem ein ganz persönliches Wort: Wir alle haben uns Sorgen um Sie gemacht. Wir hoffen sehr, dass Sie die nächste Zeit nutzen, um Kraft zu tanken, und sich diese Zeit auch nehmen können. Sie haben harte Wochen und Monate vor sich. Denn Sie müssen Ihre Kolleginnen und Kollegen von einem rigiden Sparkurs überzeugen.

(Otto Fricke [FDP]: Nein! Überzeugen muss er nicht!)

Dafür wünschen wir Ihnen viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich ganz offiziell bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für die gute Zusammenarbeit bedanken. Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des gesamten Haushaltsausschussesekretariats, die die

langen Sitzungen vorbereitet, nachbereitet und uns während der Sitzungen bis in die Morgenstunden begleitet haben. Einige von ihnen haben hinter der Bundesratsbank Platz genommen.

(Beifall)

Ich bedanke mich außerdem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, beim Parlamentarischen Staatssekretär Steffen Kampeter, beim Rechnungshof und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen sowie aus den Abgeordnetenbüros. Auch wenn Sie es nicht so recht glauben: Ich freue mich schon auf die Beratungen für den nächsten Haushalt, die im Herbst stattfinden werden.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Ich glaube ihr das!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zunächst freuen wir uns auf die nächste Rede, die vom Kollegen Norbert Barthle für die CDU/CSU-Fraktion gehalten wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich weise vorsichtshalber darauf hin, dass die vorgesehene Redezeit zur Verlesung des dicken Bandes, das Sie mitgebracht haben, sicher nicht reicht.

(Heiterkeit)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

In Ordnung. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will sagen: Heute ist ein schöner und ein guter Tag.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein schlechter Tag! – Zuruf von der LINKEN: Für wen denn?)

Denn wir können heute den Bundeshaushalt 2010 abschließend beraten. Nach langer harter Arbeit wird er dem Bundespräsidenten und dem Bundesrat übergeben und somit in das Gesetzblatt gehievt. Damit endet nicht nur der Winter, sondern auch die vorläufige Haushaltsführung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich nach diesen Beratungen zunächst allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss und deren Mitarbeitern einen ganz herzlichen Dank aussprechen. Ich weiß, wie viel Arbeit dahintersteckt. Ich möchte auch dem Haushaltsausschussesekretariat, das uns unter neuer Führung hervorragend unterstützt hat, ganz herzlich danken: herzliches Dankeschön. Ich danke natürlich auch der Frau Vorsitzenden für die gute

Führung. Liebe Frau Kollegin, ich wünsche Ihnen noch eine jahrelange, vielleicht auch jahrzehntelange Ausübung dieser Aufgabe.

(Heiterkeit und Beifall – Petra Merkel [Berlin]
[SPD]: Keine Hoffnung!)

Mein herzlicher Dank richtet sich auch an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und seine Staatssekretäre. Dies gilt natürlich auch für sein Haus, das uns unter neuer Führung bestens unterstützt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich nun auf den Haushalt zurückkommen. Die Fakten bleiben Tatsachen, auch wenn es vonseiten der Opposition immer wieder anders dargestellt wird. Wir befinden uns in einer **historischen Krisensituation**. Dieser historischen Krisensituation ist auch eine historisch hohe **Nettokreditaufnahme** geschuldet. Das erfreut niemanden in diesem Hause, im Gegenteil. Nicht nur wir Haushälter sehen das mit großer Sorge und empfinden diesen Schuldenberg sozusagen fast als körperlich spürbare Last. Ich bin deshalb unserer Bundeskanzlerin sehr dankbar, dass sie diese bedrückende Situation in aller Deutlichkeit dargelegt hat.

Aber der Schuldenberg liegt nicht am mangelnden **Sparwillen** der christlich-liberalen Koalition,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber auch!)

weit gefehlt. Denn trotz der Krise haben wir die Nettokreditaufnahme durch schwierige, schmerzhaft Einschnitte um 5,6 Milliarden Euro abgesenkt;

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hatten wir doch schon mal!)

das sind 6,5 Prozent. Eigentlich waren es sogar 5,9 Milliarden Euro. Da wir aber auf der Einnahmeseite sehr vorsichtig kalkuliert haben, verbleiben 5,6 Milliarden Euro. Nennen Sie mir eine andere Koalition als die der christlich-liberalen, die so etwas schon einmal geschafft hätte! Da werden Sie wahrscheinlich sprachlos bleiben müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Schauen wir uns einmal die Sparbemühungen der Opposition an. Denn eines muss festgehalten werden: Eine um 1 oder 2 Milliarden Euro niedrigere Nettokreditaufnahme rettet die Welt nicht. Mehr war aber auch bei der Opposition nicht zu sehen.

Schaue ich mir die Änderungsanträge der SPD an, stelle ich fest, dass mit ihnen unter dem Strich eine um 2 Milliarden Euro niedrigere Nettokreditaufnahme vorgesehen ist als bei der Koalition. So weit, so gut. Bei genauerer Betrachtung der Einzelpläne aber sieht man, dass in Summe 840 Millionen Euro mehr ausgegeben werden sollten, die Einsparungen aber nur durch niedrigere

Zinsausgaben, eine globale Minderausgabe und unrealistisch angesetzte Steuermehreinnahmen erreicht werden sollten. Das sind, mit Verlaub, Luftbuchungen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Stimmt ja gar nicht!)

– Doch, schauen Sie es nach.

Ähnlich sieht es bei den Grünen aus. Die Grünen wollten über alle Haushalte hinweg 14 Milliarden Euro mehr ausgeben. Auch hier sollten Einsparungen nur durch unrealistische Steuermehreinnahmen und eine um 1,1 Milliarden Euro geringer veranschlagte Position bei den Zinsausgaben erfolgen. Auch das sind Haushaltstricks.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Dass die Grünen überdies im Verteidigungset mal eben 1,8 Milliarden Euro kürzen wollten, will ich nur am Rande erwähnen, vielleicht auch in Richtung des Kollegen Johannes Kahrs, der unsere Einsparungen vehement kritisiert hat, obwohl auch die SPD-Fraktion fast 140 Millionen Euro in diesem Etat einsparen wollte. Dann weiß der Kollege Kahrs, wo seine wahren Freunde sind.

Jetzt lassen Sie mich noch auf die Linken blicken. Die Änderungsanträge der Linken zeigen, dass trotz einer Kürzungsorgie von 3,7 Milliarden Euro im Verteidigungset

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

unter dem Strich 44 Milliarden Euro mehr ausgegeben werden sollten, frei nach dem Motto: Im Himmel ist Jahrmarkt, wir schöpfen aus dem Vollem.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Barthle, der Kollege Bonde wollte vermutlich zu Ihren Anmerkungen zu den Vorschlägen der Grünen noch eine Zwischenfrage stellen.

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Gerne.

Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Barthle, sind Sie bereit, Ihre doch sehr reduzierten Lesekünste auf das gesamte Antragswerk der Grünen auszuweiten und zu bestätigen, dass wir mit den Haushaltskonzepten, die wir Ihnen vorgelegt haben, unter anderem durch den Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen in Höhe von 9 Milliarden Euro und durch eine vorgeschlagene Reduzierung im Haushalt in einer Größenordnung von 4,7 Milliarden Euro, ein Paket geschnürt haben, mit dem wir einerseits belegt haben, dass wir sowohl die eine oder andere von uns gewünschte Investition mehr hätten tätigen können, aber andererseits auch gezeigt ha-

ben, dass die Nettoneuverschuldung für dieses Jahr um 7,5 Milliarden Euro niedriger hätte liegen können als bei Ihrer Rekordverschuldung?

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Lieber Herr Kollege Bonde, ich gehe gerne nochmals mit Ihnen jeden einzelnen Antrag der Grünen durch. Ich habe die Auflistung in meinem Büro; wir können sie uns gerne anschauen. Dann kann ich Ihnen zeigen, dass Sie zwar innerhalb der einzelnen Einzelpläne durchaus Gegenfinanzierungen für die von Ihnen geplanten Mehrausgaben vorgesehen hatten, dass aber über alle Einzelpläne hinweg – mit Ausnahme der Einzelpläne 32 und 60 – unter dem Strich 14 Milliarden Euro Mehrausgaben blieben. Das können wir uns gerne noch einmal anschauen; dann werden auch Sie vielleicht schlauer werden. – Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund erscheinen viele der in dieser Woche hier aus den Reihen der Opposition vorgetragenen Vorwürfe in einem ganz anderen Licht. Da wurde immer wieder behauptet, wir wollten gar nicht, nicht ernsthaft oder zu wenig sparen. Das relativiert sich sehr schnell.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch kurz zurückkommen auf die ominöse 900-Millionen-Euro-Sperre bei den **Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose**.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist in der Tat ominös, was Sie da gemacht haben!)

Das war schon eine besondere Nummer. Da stellen die Haushälter der SPD-Fraktion diese Sperre als Kürzung dar. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bringt es gar fertig, öffentlich per Pressemitteilung nur noch von Kürzung zu reden. Dabei kennen die erfahrenen Kollegen im Haushaltsausschuss den Unterschied zwischen einer Sperre und einer Kürzung ganz genau. Darüber hinaus wissen sie sogar, dass wir in aller Regel – mit wenigen Ausnahmen – diese Sperre irgendwann im Haushaltsausschuss aufheben.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das muss aber schnell passieren! In der April-Sitzung!)

Sie wird also nicht zu einer Kürzung führen. Das wissen Sie genau. Trotzdem stellen Sie es in der Öffentlichkeit anders dar. Das finde ich nicht korrekt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

An diesem geradezu paradigmatischen Beispiel kann man sehen, dass viele der hier aus den Reihen der Opposition vorgetragenen Kritikpunkte billige Effekthascherei und teilweise Polemik waren. Leider ist in dieser Woche die Kritik teilweise in persönliche Diffamierungen ausgeartet. Da wün-

sche ich mir für künftige Haushaltsberatungen wieder etwas mehr Kultur in den Debatten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Barthle, möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hagedorn beantworten?

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Gerne.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich will zwischendurch darauf hinweisen, dass ich aufgrund der von uns vereinbarten Gesamtdebattezeit nicht geneigt bin, eine sich abzeichnende substanzielle Ausweitung der Debattezeit durch eine Fülle von Zusatzfragen und Kurzinterventionen zuzulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte daher schon jetzt um eine freiwillige Sortierung entsprechender Wünsche bitten. – Bitte, Frau Kollegin Hagedorn.

Bettina Hagedorn (SPD):

Die Anzahl der Wünsche nach Zwischenfragen wird sich sicherlich reduzieren, wenn das, was hier vorgetragen wird, auch den Tatsachen entspricht.

Herr Kollege Barthle, zu der 900-Millionen-Euro-Sperre. Ich habe nicht von einer Kürzung, sondern von einer faktischen Kürzung gesprochen. Sie haben vorhin gesagt, dass jede Sperre irgendwann einmal aufgehoben wird.

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Nicht jede, aber viele.

Bettina Hagedorn (SPD):

Irgendwann, haben Sie gesagt.

Als wir in der Bereinigungssitzung mit Frau von der Leyen über die Sperre gesprochen haben, habe ich sie gefragt, wann diese Sperre aufgehoben sein muss, damit die 900 Millionen Euro noch in diesem Jahr für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben werden können. Die Ministerin hat daraufhin gesagt, sie müsste spätestens in der Plenarwoche im April aufgehoben werden, damit das Geld noch ausgegeben werden kann. Können Sie das bestätigen? Wird Schwarz-Gelb die Sperre am 21. April in der Haushaltsausschusssitzung aufheben?

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Verehrte Frau Kollegin, ich möchte Ihnen Folgendes antworten:

Erstens. Sie haben tatsächlich von einer faktischen Kürzung gesprochen. Aber darunter ver-

steht die Öffentlichkeit eben eine Kürzung. Ihre feine Unterscheidung versteht kein Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Zweitens. Sie haben vollkommen recht: Die Frau Ministerin hat im Ausschuss dargelegt, dass es sinnvoll und gut wäre, wenn diese Sperre noch in den ersten beiden Quartalen aufgehoben werden könnte, möglichst bis Ende April. In diesem Monat haben wir noch eine Sitzungswoche. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es unserer Ministerin, die sehr tüchtig ist, gelingen wird, bis zu diesem Termin ein Konzept vorzulegen, das zeigt, wie dieses Geld zweckentsprechend, zielgerichtet und ökonomisch sinnvoll eingesetzt werden kann.

Verehrte Frau Kollegin, ich muss Ihnen noch eines sagen: Die SPD hat dieses Land elf Jahre lang regiert. Da kann es nicht falsch sein, einmal nachzuschauen, ob das Geld tatsächlich ökonomisch sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt wird. Dies ist im Sinne von uns Haushaltern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zurück zum Haushalt 2010. Wir haben erste Signale hin zu einer **Konsolidierungspolitik** für künftige Haushalte bereits in diesem Gesetz gegeben. Ich erinnere daran: Im Bereich der Verwaltungs- und Personalkosten haben wir 500 Millionen Euro eingespart. Rund 2 600 Stellen brutto werden durch eine wieder eingeführte pauschale Stelleneinsparung abgebaut.

An dieser Stelle möchte ich gerne mit Erlaubnis des Präsidenten aus der *Neuen Osnabrücker Zeitung* zitieren. Dort gab es am 16. März Lob vom Bund der Steuerzahler. Das ist ja eher die Ausnahme als die Regel. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Herr Däke, wird folgendermaßen zitiert:

Die Änderungen zeigten, „dass das Parlament sein Budgetrecht ernst nimmt und nicht jedem Wunsch der Bundesregierung erliegt“ ...

Das bestätigt die Anstrengungen von uns Haushaltern. Ich gebe dieses Lob gerne an die gesamte christlich-liberale Koalition weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir alle wissen, dass man es sich beim Sparen bei den Ausgaben nicht leicht machen darf. Das ist ein schwieriges Unterfangen. Dabei gibt es immer wieder auch scharfen Gegenwind aus den Reihen der Fachpolitiker, aus den Ländern, aus den Kommunen. Deshalb haben wir uns in mühevoller Kleinarbeit darangemacht, diese 5,9 Milliarden Euro einzusparen. Das lassen wir uns von niemandem, auch nicht von der Opposition, madigmachen. Das ist eine großartige Leistung in diesem Haushalt.

Wir haben den Blick schon auf die Maastricht-Kriterien und auf die **Schuldenbremse** gerichtet. Das steht vor uns. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede dazu gesagt: Es wird eine Herkulesaufgabe sein, die Vorgaben zu erfüllen. Wir werden uns mit großem Elan daranmachen.

Die Schuldenbremse ist ein historischer Erfolg der letzten Legislaturperiode. Gerade in dieser Krisenzeit zeigt die Schuldenbremse bereits, dass sie ihre Wirkung entfalten wird. Das wird den Druck zur Konsolidierung aufrechterhalten, und dafür bin ich sehr dankbar.

Nun gab es in diesen Tagen die Aufforderung der EU-Kommission an Deutschland, noch mehr zu sparen. Das betrifft aber nicht den jetzigen Haushalt; das betrifft kommende Haushalte. Das betrifft natürlich insbesondere unsere Partnerländer. Wenn ich dorthin schaue, stelle ich fest, dass wir mit unserer **Defizitquote** von 5,5 Prozent an der Spitze liegen. Das ist im Vergleich zu Frankreich – 8 Prozent –, Spanien – rund 10 Prozent – und Großbritannien – rund 13 Prozent – deutlich besser. Das heißt, dieses Land wurde und wird gut regiert. Wir stehen in dieser Krisenzeit besser da als so manch andere. Deshalb hat Jean-Claude Juncker dieser Tage das deutsche Modell der Schuldenbremse als ein Modell für die Euro-Zone in ganz Europa dargestellt. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Dann können wir ja aufhören!)

Meine Damen und Herren, damit Sie auch sehen, dass wir nicht nur in Milliarden- oder Millionenbeträgen denken, habe ich den ersten Band des Haushalts 2009 mitgebracht. Der gesamte Haushalt erscheint ja in zwei Bänden. Die sind mir zu schwer; deshalb habe ich nur einen Band mitgebracht. Wir Haushalter haben auch im Kleinen gespart. Wir werden den Haushalt 2010 nicht mehr vielhundertfach in zwei solch dicken Bänden drucken, sondern nur noch in geringer Stückzahl. Wir werden ihn für die Kolleginnen und Kollegen in elektronischer Form zur Verfügung stellen. Dann kann sich jeder den Part ausdrucken, den er braucht, und wird nicht von zwei schweren Bänden sozusagen erschlagen. Auch da sparen wir also Geld ein.

Sie sehen: Wir Haushalter lassen keine Gelegenheit aus, mit dem Geld der Steuerzahler sorgsam umzugehen. In diesem Sinne freue ich mich auf die künftigen Haushaltsberatungen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Kahrs das Wort.

Johannes Kahrs (SPD):

Lieber Norbert, du hast gesagt, dass die SPD sich zu Recht über die **Kürzungen im Verteidigungsbereich** aufgeregt hat.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Nein!)

Den Vorgang muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Der Inspekteur des Heeres hat alle 91 Flugabwehrpanzer Gepard, jede Menge Schützenpanzer Marder und die Panzerhaubitzen stillgelegt, weil schon jetzt kein Geld mehr für Munition und Instandhaltung vorhanden ist. In dieser Situation der Bundeswehr – mit Einsätzen in Afghanistan, auf dem Balkan und anderswo – habt ihr in laufender Sitzung über 450 Millionen Euro aus dem Verteidigungsetat herausgestrichen: 100 Millionen Euro beim A400M, 30 Millionen Euro beim Tiger, 30 Millionen Euro beim NH-90 usw. Zu allem gibt es feste Verträge. Da kommt man gar nicht heran. Das heißt, der Staatssekretär Wolf muss im laufenden Haushaltsjahr 450 Millionen Euro aus dem Verteidigungsetat herausstreichen, wo doch schon jetzt Panzer stillgelegt werden, weil nicht genug Geld da ist.

Das Ganze habt ihr gemacht, ohne eure eigenen Fachpolitiker, die von der CDU/CSU, zu beteiligen. Das Ganze habt ihr gemacht ohne Wissen eures Ministers. Das Ganze habt ihr gemacht ohne Absprachen mit den Staatssekretären. Das heißt, ihr habt in einer Nacht-und-Nebel-Aktion den Verteidigungshaushalt rasiert. Nichts gegen Sparen, aber es muss schon schlau sein. Das ist hier nicht der Fall.

Im nächsten Jahr werden die Soldaten an allen Ecken und Enden bespart werden: bei Infrastruktur, bei Instandhaltung; das tägliche Leben wird eingeschränkt – und das nach all den warmen Worten, die ihr bei dem Beschluss zu Afghanistan gefunden habt, dass nämlich den Soldaten, die wir irgendwo hinschicken, immer das beste Gerät mitgegeben wird. Ich finde, das ist schäbig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihr hättet wenigstens mit euren Fachpolitikern, dem Kollegen Beck und den anderen Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss, reden können, um zu erfahren, was sie zu dem Thema sagen. Fragt doch mal den Minister, warum er in der Debatte über den Einzelplan seines Ministeriums nicht geredet hat! Fragt doch mal die Staatssekretäre und die Berichterstatter!

Ich finde, so kann man mit der Bundeswehr, der Truppe nicht umgehen: auf der einen Seite schöne, wohlfeile Sonntagsreden halten und auf der anderen Seite unabgestimmt einen Haushalt regelrecht rasieren, der sowieso schon knapp genäht ist, ohne eine Alternative anzubieten. Norbert, das hat nichts mit Sparen zu tun. Das ist eine unintelligente Schikane eines Ministers. Das hat die Armee nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Barthle, da Sie offenbar erwidern wollen: Ich habe eigentlich den Eindruck, dass es noch genügend Redner gibt – angefangen mit dem Finanzminister bis zu den Kollegen aus der Fraktion –, die auf die angesprochenen Fragen antworten können, sodass wir wiederum im Sinne des vereinbarten Gesamtzeitbudgets auf eine weitere Erwidern verzichten können. Können wir das machen?

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Nur einen Satz. Ich mache es ganz kurz.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Gut, einen Satz.

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Herr Kollege Kahrs, ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, da das zu weit führen würde. Nur so viel: Wir erleben hier ein Phänomen, das man häufiger beobachten kann. Dort, wo wir gespart haben, schreien die jeweiligen Fachpolitiker: Hilfe, bei uns nicht, lieber woanders! – Dort, wo es Zuwächse gibt, heißt es: Ihr habt zu wenig draufgelegt. Warum nicht mehr? – Das kann man durch jeden Einzelplan durchdeklinieren. Aber dieses Spiel hilft uns nicht weiter.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Gesine Löttsch ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie, Frau Bundeskanzlerin Merkel, haben am Mittwoch in Ihrer Rede kein Wort darüber verloren, wie Sie den Haushalt langfristig sanieren wollen. Wir reden hier über 80 Milliarden Euro Neuverschuldung. Hinzu kommen über 27 Milliarden Euro Kapitalhilfen und fast 17 Milliarden Euro für den Tilgungsfonds. Das macht in der Summe über 124 Milliarden Euro. Frau Merkel, mehr Haushaltsnotstand geht wirklich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Merkel, Sie haben eine Rede gehalten, die ich – um einen Begriff der Börsensprache aufzugreifen – als einen typischen Leerverkauf bezeichne.

(Otto Fricke [FDP]: Da kennst du dich ja mit aus!)

Sie haben eine große **Steuerreform** versprochen, ohne dafür einen einzigen Euro in der Tasche zu haben. Was Sie wirklich haben, ist über 1 Billion Euro Schulden. Damit sich die Zuschauer das vorstellen können: 1 Billion ist eine Zahl mit zwölf Nullen. Sie, Frau Merkel, gehen riskante Wetten ein und hoffen, dass die Einnahmeverluste durch Wunder ausgeglichen werden. Aber solche Wunder gibt es in der Politik nicht. Machen Sie endlich eine vernünftige, nachhaltige Politik und sichern Sie die Einnahmeseite des Haushaltes!

(Beifall bei der LINKEN)

Statt die Einnahmen zu sichern, diskutieren Sie über eine wirklich irrwitzige Idee. Sie wollen noch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen quasi als Geschenk für die Wählerinnen und Wähler – eigentlich als Geschenk für Herrn Rüttgers, den Sie vor dem Untergang retten wollen – Steuersenkungen mit einem Volumen von 10 Milliarden Euro beschließen. Sie haben das halbherzig dementiert. Aber ich glaube, wenn wir am kommenden Sonntagabend den Fernseher einschalten, dann werden wir sehen, dass Sie Ihre Meinung geändert haben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Für mich wäre es wirklich ein Missbrauch der Demokratie, wenn die Vorsitzenden der Koalitionsparteien am Sonntag eine Blitzsteuerreform, wie sie es offensichtlich geplant haben, beschließen würden. Es darf nicht sein, dass wir hier im Parlament eine ganze Woche um einen vernünftigen Haushalt ringen und dann am Wochenende eine Steuerreform von drei Parteivorsitzenden beschlossen wird. So sieht seriöse, demokratische Politik nicht aus, Frau Merkel.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen erklären, welche Gemeinsamkeiten zwischen der Arbeit der Bundesregierung und dem **Kölner U-Bahn-Bau** bestehen. Beide haben die Stützpfeiler verkauft und wundern sich nun, dass alles zusammenbricht. Der Bundeshaushalt, über den wir reden, hat nur noch zwei Stützpfeiler: die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer. Den Stützpfeiler Gewinnsteuer haben die Regierungen der letzten 20 Jahre für ein paar Spenden an ihre Klientel verkauft.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Anteil der Einnahmen aus der Gewinnsteuer am gesamten Steueraufkommen betrug 1960, also vor 50 Jahren, 35 Prozent. Heute beträgt er nur noch 20 Prozent. Das heißt, um es zu übersetzen: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen nahezu die gesamte Steuerlast allein tragen. Das ist verantwortungslos, und das ist keine soziale Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich füge hinzu: Der Pfeiler Lohnsteuer gerät durch den wachsenden Niedriglohnsektor weiter unter Druck. Wer prekäre Arbeitsverhältnisse zum Standard machen will, der darf sich nicht wundern,

wenn Steuern und Sozialabgaben spärlicher fließen. Darum brauchen wir endlich den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn und vernünftige Arbeitsverhältnisse.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit hätten wir nebenbei endlich auch **europäischen Standard** erreicht, wo sich die Regierung doch gerne als Lehrmeister Europas aufspielt. Wenn wir uns an europäischen Standards orientieren würden, dann müssten wir diese Maßnahme endlich im Bundestag beschließen.

Wir als Linke wollen nicht, dass der Bundeshaushalt das gleiche Schicksal wie das Kölner Stadtarchiv erleidet. Darum fordern wir, dass wieder starke Pfeiler in unser Steuersystem eingezogen werden. Das ist nämlich die Voraussetzung für einen funktionierenden Sozialstaat. Wir, die Linke, sind die einzige Partei, die wirklich eine deutliche Umverteilung von oben nach unten will. Ich sage Ihnen, meine Herren und Damen von der FDP, auch: Armut kann man nur bekämpfen, wenn man Reichtum begrenzt. Das ist unsere Position. Ihre ist es nicht, das weiß ich.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundeskanzlerin und auch andere haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wir immer mehr Geld für Soziales ausgeben müssen. Das wird als Ausweis einer besonders guten **Sozialpolitik** angeführt. Das stimmt nicht. Das ist kein Ausweis einer guten Sozialpolitik, sondern Ausweis einer ganz schlechten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn diese Regierung prekäre Arbeitsverhältnisse und Minijobs zur Dauereinrichtung machen will, dann wird sich diese Situation immer mehr verschärfen. Wir brauchen, um unseren Haushalt zu stützen, um die Sozialkassen zu stärken und um den Menschen die Möglichkeit zu geben, in Würde zu arbeiten, endlich gute Arbeit zu guten Löhnen, aber keine prekären Verhältnisse.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundeskanzlerin hat die Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelobt und die Gier der **Manager** getadelt. Schauen wir uns einmal an, ob die Manager diesen Tadel beherzigen. Er hat sie überhaupt nicht beeindruckt. Es ist doch geradezu unanständig, dass Herr Ackermann, der diese Krise durch sein Verhalten mit verursacht hat und der durch hochriskante Spekulationen sein Geld verdient, jetzt schon wieder ein Gehalt von fast 10 Millionen Euro im Jahr bekommt. Da können Sie sehen, Frau Merkel, wie Ihre Tadel wirken. Augenscheinlich sind die gar nicht ernst gemeint. Was tun Sie wirklich, um die Gier zu begrenzen? Wir brauchen endlich Gesetze zur Finanzmarktregulierung.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Internationale Währungsfonds, IWF, soll noch in diesem Jahr einen Vorschlag zur Beteiligung der Banken an den Krisenkosten vorlegen. Warum eigentlich nur eine Beteiligung? Warum, frage ich Sie, gilt nicht die alte Regel, dass derjenige, der einen Schaden verursacht, auch dafür aufkommen muss? Wir als Linke werden uns nicht damit abfinden, dass die Banken nur einen symbolischen Beitrag zahlen sollen. Wir haben klare Forderungen an die Banken. An dieser Stelle zeigt sich, dass unsere Forderung richtig war, den Rettungsschirm für die Banken mit klaren Bedingungen zu verbinden. Sie haben das abgelehnt. Jetzt haben Sie keinerlei Druckmittel gegen die Banken in der Hand. Das ist nicht hinnehmbar. Sie lassen sich weiter von den Banken erpressen. Diese Politik muss endlich beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich die Kanzlerin am Mittwoch richtig verstanden habe – davon gehe ich aus –, dann will sie den **Bankenschirm** zu einer Dauereinrichtung machen. Das heißt im Klartext: Die Banken können jetzt die Gewissheit haben, dass der Staat sie immer auffangen wird, auch wenn sie in den Casinos der Welt weiter zocken und die Banker dicke Boni einstreichen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Eben nicht!)

Ich kann wiederholen, was ich schon am Dienstag gesagt habe: Dieser Haushalt ist gut für Spekulanten, aber schlecht für Menschen, die einer ehrlichen Arbeit nachgehen, und ganz schlecht für Arbeitslose. Kehren Sie endlich um! Gestalten Sie eine soziale, gerechte und nachhaltige Politik! Die ist an diesem Haushalt nicht ablesbar. Darum werden wir ihn ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den vielen Beratungen im Haushaltsausschuss und den vielen Debatten hier im Plenum zum Bundeshaushalt 2010 wird heute ein Bundeshaushalt in schwieriger finanz- und wirtschaftspolitischer Zeit verabschiedet. Genauso wie meine Vorredner möchte ich erst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Haushalts-

ausschusses einen ganz herzlichen Dank sagen. Ich möchte mich auch für die faire Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen bedanken, bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger; das ist ganz klar.

Wir hatten einen schwierigen Haushalt zu beraten. Schwierig war er dadurch, dass er noch vom Finanzminister Steinbrück vorgelegt wurde.

(Johannes Kahrs [SPD]: Steinbrück, guter Mann! – Zurufe von der SPD)

– Ja, sicher. Das ist doch bekannt; das ist kein Geheimnis. – Er hatte eine sehr hohe **Neuverschuldung** vorgesehen. Unsere Koalition hatte sich ganz fest vorgenommen, sich mit einer Neuverschuldung in der von Steinbrück geplanten Höhe nicht der deutschen Öffentlichkeit zu präsentieren. Uns war zwar klar, dass wir mit einer hohen Neuverschuldung leben müssen; aber sie sollte weniger hoch ausfallen.

Kollegin Merkel von der SPD – Sie sind hier heute als haushaltspolitische Sprecherin aufgetreten –, Sie sagen, die Neuverschuldung könnte geringer als 80 Milliarden Euro sein.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Deutlich!)

– „Deutlich“. – Dazu sage ich Ihnen Folgendes:

Erstens. Wir betreiben keine Schönfärberei, sondern wir wollen **Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit**.

Zweitens. Dieser Vorwurf geht doch ins Leere. Würden wir all den von Ihnen gestellten Erhöhungsanträgen folgen, dann würde die Neuverschuldung noch höher als von Steinbrück vorgesehen ausfallen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

– Empören Sie sich ruhig. – Ich nenne nur ein Beispiel: Haben Sie in der Kulturdebatte hier einen einzigen Streichvorschlag gemacht, oder haben Sie eine einzige Kürzung für in Ordnung erklärt? Stattdessen haben Sie zig Erhöhungsvorschläge gemacht und haben uns dafür kritisiert, dass wir an diversen Stellen nicht mehr Mittel zur Verfügung stellen. Lesen Sie nach, was Sie gesagt haben, als Sie hier am Rednerpult gestanden haben. Ähnlich war es bei allen anderen Beratungen: Sie haben nur Erhöhungsvorschläge gemacht.

Ich sage Ihnen bei dieser Gelegenheit auch: Ich bin sehr stolz darauf, dass wir über 50 Prozent der Punkte unseres **Liberalen Sparbuchs** – wir haben es hier lange Zeit präsentiert – durchgesetzt haben.

(Beifall bei der FDP – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist eigentlich aus dem Vorschlag geworden, Staatssekretäre abzuschaffen?)

Ich schaue jede Woche in die *Spiegel*-Bestsellerliste. Allmählich müsste auch das *Liberale Sparbuch* dort erscheinen, so oft ist das zitiert worden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das Verlangen danach ist anscheinend groß. Vielleicht stimmt mit dieser Liste etwas nicht. Ich kann nur sagen: Wir haben das *Liberale Sparbuch* nicht zu den Akten gelegt. Wir arbeiten die darin enthaltenen Punkte weiter ab.

Ich muss die Opposition fragen: Wo sind Ihre **Einsparvorschläge** gewesen? Sie können uns kritisieren, auch im Hinblick auf dieses Sparbuch – das muss man aushalten können –; aber legen Sie doch selber einmal ein solches Sparbuch vor. Das tun Sie nicht; denn dann müssten Sie Farbe bekennen und erklären, an welchen Stellen gespart werden sollte. Allerdings täten Sie damit auch Ihrer Klientel weh, und deswegen verweigern Sie sich dem. Sie sind nicht in der Lage, ein solches Sparbuch vorzulegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich fordere Sie auf, bis zu den nächsten Haushaltsberatungen selber ein solches Sparbuch vorzulegen.

Die einzige Alternative zu unserer Politik und zur Politik dieser Koalition, die ich in dieser Woche gehört habe, war die Kritik der Sozialdemokraten an der Erhöhung des Kindergeldes.

(Nicolette Kressl [SPD]: Das ist nicht wahr!
Das war der Freibetrag!)

– Das können Sie nachlesen. Auch der Kollege Schneider hat diese Erhöhung in seiner Rede kritisiert. – Ich nenne Ihnen den Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik: Wir haben das Kindergeld angehoben. Wir sind für eine gerechte Familienbesteuerung. Sie hingegen haben – das war eine Ihrer letzten großen Taten – 5 Milliarden Euro für die Abwrackprämie bereitgestellt. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der FDP)

Ein Wort zu den Grünen. Wenn wir hier noch eine Woche länger debattiert hätten, dann hätte ich womöglich geglaubt, die FDP sei der **Erfinder von Hartz IV** gewesen; so haben Sie hier diskutiert. Sonst kam gar nichts. Sie hatten nur ein einziges Motto: Sie haben sich am Parteivorsitzenden der FDP, am Außenminister, abgearbeitet.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Erfolgos!)

Ich will das einmal an einem Beispiel erläutern: Es ist doch peinlich, wenn man hier in einer Diskussion über den Justizetat fast den Eindruck gewinnt, Herr Westerwelle sei der neue Justizminister, da Sie sich hauptsächlich mit ihm beschäftigen. Warum konnten Sie nicht zur Sache kommen? Warum

konnten Sie mit uns nicht sachlich diskutieren? Sie hatten nur ein Thema. Das war mehr als peinlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte auf einen weiteren Aspekt aufmerksam machen. Hier ist kritisiert worden, wir hätten keine Sympathie für die **Kommunen**, die sich in einer schwierigen Finanzsituation befänden. Ich kann Ihnen sagen: Es stimmt, deren Finanzsituation ist schwierig. Nur, darauf haben wir Freien Demokraten, zum Beispiel meine Kollegin Piltz und andere, schon seit mehreren Jahren hingewiesen.

Was haben Sie denn gemacht? Sie haben sich doch darum überhaupt nicht gekümmert. Soll ich Ihnen sagen, was Sie gemacht haben? Ich sage es Ihnen:

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gewerbesteuer abschaffen!)

Peer Steinbrück hat mehrfach in seinen Reden bis zum Schluss hier erklärt, dass es den Städten doch besser gehe als dem Bund. Das hat er hier wörtlich erklärt. Sie hatten damals Redeverbot; Sie durften nichts dazu sagen.

(Widerspruch bei der SPD – Bettina Hagedorn [SPD]: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Jetzt sind Sie in der Opposition und beklagen die Situation der Kommunen. Auch dieses Themas werden wir uns annehmen.

Schade, dass Peer Steinbrück sich hier nicht selber äußern kann; denn man liest ja im *Spiegel*, Peer Steinbrück habe Redeverbot – nicht von der SPD; das kommt vielleicht noch – bis zum Sommer, bis zum Erscheinen seines Buches, für das er ein Honorar in Höhe von 200 000 Euro bekommt. Bis dahin dürfe er keine Aussage machen. Das finde ich interessant. Ich hätte gerne einmal gehört, wie der Abgeordnete Steinbrück zu den Aussagen in seinen früheren Reden steht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: Ich glaube, Sie brauchen dringend seinen Rat!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Verabschiedung des Etats 2010 werden wir Haushaltspolitiker der Koalition uns umgehend mit den Vorarbeiten zum Haushalt 2011 beschäftigen. Es ist uns klar, beim Haushalt 2011 müssen wir noch größere Anstrengungen unternehmen. Das haben wir uns als Ziel vorgenommen. Es muss ein **Haushalt der Bescheidenheit** werden.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der jetzige ist schon bescheiden!)

Wir müssen weitergehen auf dem Wege der Konsolidierung, und vor allem sollten Sie, damit meine ich alle Minister und Ministerinnen, bei Ihren Vorschlägen für den Haushalt 2011 darauf achten, dass wirklich nur Notwendiges von Ihnen ge-

wünscht und verlangt wird. Möglichkeiten zur Erhöhung sehe ich nicht. Ehe Sie auf die Idee kommen, starke Anhebungen zu fordern oder Wunschkataloge vorzulegen, sollten Sie sich vielleicht vorher lieber mit den Haushaltspolitikern in Verbindung setzen, damit Sie nicht nur eine Absage vom Finanzminister bekommen. Von unserer Seite sehe ich keine Chance für solche Pläne. Also, auch für Sie gilt schon für den Entwurf: Sparen, sparen und noch einmal sparen! Das halten wir für einen wichtigen Schritt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als Obmann der FDP-Fraktion im Haushaltsausschuss möchte ich mich ganz herzlich vor allem natürlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der Union für eine sehr, sehr faire und sachliche **Zusammenarbeit** bedanken. Hierbei denke ich vor allem an den Obmann Barthle; das ist ganz klar. Wir sind miteinander immer in einem guten Gespräch gewesen. Ich möchte aber auch Ihnen, Herr Minister Schäuble, Ihrem Ministerium und Ihrem Staatssekretär Kampeter Dank sagen. Es war eine hervorragende Zusammenarbeit, es war eine harmonische Zusammenarbeit. Man hatte kaum den Eindruck, dass da Vertreter mehrerer Parteien zusammensitzen; das sage ich sogar in Richtung CSU. Es war eine hervorragende Zusammenarbeit, für die ich mich zu bedanken habe.

Ich bin guten Mutes, dass wir in dieser Art der guten Zusammenarbeit den Haushalt 2011 ebenfalls meistern werden – der Kollege Meister redet ja gleich noch – in der Verantwortung gegenüber dem deutschen Steuerzahler. Ansonsten sind wir niemandem verantwortlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Kollege Sven Kindler für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sven-Christian Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit ich letzten Oktober in den Bundestag gewählt wurde, werde ich häufig gefragt, warum ich unbedingt Mitglied des Haushaltsausschusses werden wollte.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das haben wir uns auch gefragt!)

Ich werde gefragt: Ist das nicht langweilig? Geht es da nicht um trockene Rechnerei und endlose Zahlenkolonnen? Ich antworte immer: Das ist eine hochspannende, hochinteressante Aufgabe, weil ja der Haushalt in Zahlen gegossene Politik darstellt. Außerdem finden die meisten politischen Projekte

ja schon lange Eingang in den Bundeshaushalt, bevor sie dann Realität werden. Der Bundeshaushalt ist also eigentlich auch in Zahlen dargestellte politische Zukunft; das gilt aber nicht für diesen Bundeshaushalt: Er ist leider in Zahlen gegossene Vergangenheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundeskanzlerin predigt ja immer, die Bundesrepublik müsse gestärkt aus der **Krise** herausgehen. Das ist auch richtig. Wir haben nicht nur eine extrem schwere Wirtschafts- und Finanzkrise. Wir haben auch eine sehr gefährliche Klimakrise. Wir haben eine globale Ernährungskrise; denn es hungern über 1 Milliarde Menschen. Wir brauchen Antworten auf diese verschiedenen Krisen, die sich gegenseitig bedingen. Aber diese Antworten finden wir nicht im Bundeshaushalt, und das trotz einer Rekordverschuldung, einer Neuverschuldung in Höhe von 80,2 Milliarden Euro. Und das ist noch nicht einmal das ganze Ausmaß der Verschuldung; denn die Schattenhaushalte, die sich nicht im Haushalt finden lassen, lassen Sie immer gerne unter den Tisch fallen. Nimmt man nämlich die krisenbedingten Sonderausgaben für Bankenrettung und für den Investitions- und Tilgungsfonds hinzu, liegt die wahre Neuverschuldung im Jahr 2010 sogar bei 126 Milliarden Euro.

Der bisherige Schuldenrekordhalter war ja Bundesfinanzminister Theo Waigel mit rund 40 Milliarden Euro im Jahr 1996. Auch das geschah damals unter einer schwarz-gelben Regierung. Doch jetzt verdreifachen Sie, Herr Schäuble, diese einheitsbedingte **Rekordverschuldung**. Respekt: Verdreifachung! Da heißt es immer, Mitte-Links-Regierungen könnten nicht mit Geld umgehen. Wenn ich mir Ihren Haushalt so anschau, muss ich sagen: Sie, Konservative und Wirtschaftsliberale, können nicht mit Geld umgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es stimmt: Dieser Haushalt wird in einer wirtschaftlich schwierigen Lage aufgestellt. Es stimmt auch, dass die hohe Verschuldung größtenteils darauf zurückzuführen ist. Politik muss darauf reagieren – Herr Schäuble, ich komme gleich darauf zu sprechen –, besser gesagt: müsste; denn Sie reagieren nicht. Sie schrauben die Ausgaben nach oben, aber ändern nichts an der Struktur. Sie steuern nicht um. Dieser Haushalt ist ein Haushalt der verpassten Chancen, weil er keine Rendite für die Zukunft bringt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die schwarz-gelbe Koalition rühmt sich, dass sie die Neuverschuldung gesenkt hätte. Aber haben Sie wirklich gespart? Haben Sie unsinnige Ausgaben gekürzt? Haben Sie falsche Subventionen gestrichen? Das alles haben Sie nicht gemacht. Sie

haben leider nichts anderes gemacht, als die konjunkturelle Entwicklung und ihre positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Das alles haben wir aber der Leistung von Betrieben, Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdanken. Mit **Sparanstrengung** hat das nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen aufgezeigt, wie man sparen kann. Es ist nicht so, als ob es kein Sparpotential im Haushalt gebe, zum Beispiel bei den Subventionen, mit denen Sie immer noch den Klimawandel befeuern statt ihn zu bekämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Staat fördert mit Milliardensummen die Anschaffung von schweren Dienstwagen mit hohem CO₂-Ausstoß, die schmutzige Kohleenergie und befreit die Flugunternehmen bei Inlandsflügen von der Kerosinsteuer. Der Abbau dieser ökologisch schädlichen **Subventionen und Steuervergünstigungen** würde allein im Bundeshaushalt 2010 rund 8,5 Milliarden Euro bringen. Wir hätten damit eine doppelte Rendite: Einerseits hätten wir Einsparungen, andererseits betrieben wir Klimaschutz. Es kann nicht sein, dass wir weiterhin mit Milliardensummen den Klimawandel subventionieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber wenn schon nicht gespart wird, wird dann wenigstens gestaltet? Werden im Haushalt neue Schwerpunkte gesetzt? Wird in Zukunftsbereiche wie Bildung oder Umwelt investiert? Werden soziale Ungleichheiten angegangen? Stellt sich die Koalition ihrer internationalen Verantwortung? Das kann man anhand einiger Beispiele prüfen.

Zu den **Zukunftsinvestitionen**. Umweltminister Röttgen hat während der Haushaltsdebatte am Dienstag wieder einmal sehr allgemein über die Verbindung von Ökologie und Ökonomie gesprochen. Er hat aber nicht erklären können, warum ausgerechnet im Umweltetat bei dem Titel zur Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien 20 Millionen Euro gekürzt werden und rund ein Viertel – 115 Millionen Euro – gesperrt ist. Wenn die Sperre nicht zurückgenommen wird, muss Minister Röttgen – im schlechtesten Fall – eine Kürzung von 135 Millionen Euro verantworten, und das bei einem Titel, bei dem es um konkrete Maßnahmen geht, wie zum Beispiel den Austausch von Wärmepumpen oder Mini-KWK-Anlagen. Dadurch werden Energiekosten gespart, das entlastet die Umwelt, und es schafft vor allen Dingen Arbeitsplätze beim Handwerk und bei kleinen und mittleren Unternehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das ist das Fatale an der Kürzung und der Sperre: Sie wracken nicht nur den Klimaschutz ab, sondern Sie gefährden gleichzeitig auch Arbeitsplätze. Mit der Verbindung von Ökonomie und Ökologie hat das nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

Ich komme zum Thema **soziale Ungerechtigkeiten**. Was machen Sie in diesem Bereich? Setzen Sie sich dafür ein, die soziale Schere in unserem Land zu schließen? Nein, das machen Sie nicht! Das Verfassungsgericht hat festgestellt, dass das Hartz-IV-Niveau nicht verfassungskonform berechnet wird. Zusammen mit den Wohlfahrts- und Sozialverbänden setzen wir uns dafür ein, dass die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II auf mindestens 420 Euro steigen. Außerdem müssen wir Kinderarmut bekämpfen. Dazu brauchen wir eine eigenständige Berechnung der Kinderregelsätze und perspektivisch eine Kindergrundsicherung.

Wir fordern das nicht einfach nur, sondern wir haben im Haushaltsverfahren eine solide Gegenfinanzierung vorgelegt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war keine Überraschung, dass Sie auf unsere Vorschläge nicht eingegangen sind. Was machen Sie stattdessen? Sie sperren 900 Millionen Euro für die Wiedereingliederungshilfe von Langzeitarbeitslosen. Herr Kollege Koppelin, dass der selbsternannte Sozialstaatsbeauftragte der Bundesregierung, Herr Westerwelle, von spätromischer Dekadenz spricht

(Otto Fricke [FDP]: Meine Güte!)

und gegen angeblich leistungsunwillige Arbeitslosengeld-II-Empfänger hetzt, finde ich extrem unseriös, vor allem angesichts der Tatsache, dass nur sehr wenig Sanktionen verhängt werden und insgesamt 1,4 Millionen Menschen aufstocken, also ALG II beziehen, obwohl sie arbeiten gehen. Es ist also nicht nur inhaltlich falsch, sondern extrem unanständig. Das vergrößert die Spaltung unserer Gesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich komme jetzt zu den **internationalen Verpflichtungen**, die die Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist. Die Bundesrepublik hat als Industriestaat im Norden eine besondere Verantwortung für globale Probleme wie den Klimawandel oder den Hunger. Deshalb hat sich die Bundesregierung auch verpflichtet, die ODA-Quote zu erfüllen und 2010 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammen-

arbeit bereitzustellen. Außerdem haben sich Kanzlerin Merkel und Umweltminister Röttgen in Kopenhagen verpflichtet, 420 Millionen Euro zusätzlich – ich betone: zusätzlich – für Klimaschutz in Entwicklungsländern bereitzustellen. Doch in beiden Fällen haben sie unversehens und ohne Scham die Versprechen gebrochen. Das ist eine Bankrotterklärung der Bundesregierung. Damit verspielen Sie die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik auf dem internationalen Parkett.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damit ist klar: Die richtigen Schwerpunkte werden in diesem Haushaltsentwurf nicht gesetzt. Die Rekordverschuldung wird nicht genutzt, um Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen. Das ist ganz und gar nicht generationengerecht. Der Gestaltungsspielraum wird durch zusätzliche Zinsbelastungen weiter eingeschränkt, und Sie investieren nicht in Projekte, von denen Kinder und Jugendliche heute und in Zukunft profitieren würden. Warum nicht? Sie meinen, dafür sei kein Geld da. Aber warum ist kein Geld da? Weil Sie, statt in den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft zu investieren, lieber Klientelgeschenke verteilen. Das konnte man ganz klar am „Schuldenbeschleunigungsgesetz“ sehen, mit dem Sie vor allem Erben, Gutverdiener und Hoteliers entlastet haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer aber in die Zukunft und in soziale Gerechtigkeit investieren will, darf die Einnahmen des Staates nicht weiter verkleinern, weil er ihn sonst irgendwann handlungsunfähig macht. Im Gegenteil: Für eine gerechte Zukunft brauchen wir eine **Einnahmeverbreiterung**. Diejenigen, die vor der Finanzkrise von den laxen Regulierungen profitiert haben, müssen jetzt, in der Krise, an den Kosten der Krise beteiligt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb fordern wir eine Abgabe auf große Vermögen und setzen uns für eine Finanztransaktionssteuer ein, damit auch die Spekulationen auf den Finanzmärkten eingeschränkt werden. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sich verbal für eine solche Steuer eingesetzt, gemacht haben Sie bisher aber noch gar nichts. Dieser Haushaltsentwurf macht klar: Ihnen fehlt der Wille, aus der Finanzkrise zu lernen und endlich umzusteuern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wie geht es nun weiter?

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das fragen wir uns auch!)

Sie denken kein Stück über das Jahr 2010 hinaus. Sie haben keinen aktuellen Finanzplan vorgelegt.

Sie haben vergessen, einen einzubringen. Stattdessen haben Sie, Herr Schäuble, in allerletzter Minute den alten Finanzplan Ihres Vorgängers vorgelegt. Dass dieser Finanzplan völlig veraltet und damit wertloser Schrott ist, ist Ihnen offensichtlich total egal. Hauptsache, Sie müssen vor der NRW-Wahl keine Giftlisten vorlegen, in denen aufgeführt wird, wo gestrichen werden soll.

(Otto Fricke [FDP]: Aber Sie haben uns doch gerade Giftlisten vorgeworfen!)

Dabei wäre es doch für alle interessant, auch für die Wählerinnen und Wähler, wie das alles zusammengehen soll. Einerseits haben Sie eine Rekordverschuldung, die Sie in den kommenden Jahren abbauen müssen, andererseits haben Sie die Steuern gesenkt. Sie diskutieren über die Abschaffung der Gewerbesteuer, obwohl die **Kommunen** sowieso schon unter Ihrem Steuersenkungswahn leiden,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Wer hat Ihnen diesen Unsinn aufgeschrieben?)

und jetzt wollen Sie auch noch Ihren Kopfpauschalennonsens finanzieren und weitere Steuersenkungen durchführen.

Das heißt dann: 10 Milliarden Euro Senkung der Neuverschuldung, 10 Milliarden Euro Kopfpauschale und bis zu 20 Milliarden Euro Steuersenkungen. Insgesamt sind das bis zu 40 Milliarden Euro, die Sie finanzieren müssen. Herr Schäuble, wo wollen Sie das eigentlich hernehmen? Das passt alles nicht zusammen. Damit treiben Sie den Bundeshaushalt und die Kommunen weiter in den Ruin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn man wie ich frisch in den Bundestag gewählt worden ist, ist am Anfang vieles neu und ungewohnt.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Das merkt man!)

Da ist es wirklich schön, wenn einem eine Sache vertraut ist, wenn da etwas ist, das man kennt. So hat sich bei mir ein Gefühl eingestellt, das mich durch meine ganze Kindheit und meine Jugendzeit begleitet hat und mich der Politik nahegebracht hat. Schon damals habe ich verstanden – das bestätigt sich leider jeden Tag aufs Neue –: Schwarz-Gelb kann es einfach nicht.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gegen Ende der Haushaltsberatungen möchte ich mich zunächst bedanken bei den Mitgliedern und der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, bei den Mitarbeitern des Haushaltsausschusses und allen Abgeordneten, bei den Mitarbeitern des Bundesfinanzministeriums, besonders bei den Parlamentarischen und beamteten Staatssekretären. Dass wir am 19. März 2010 im Bundestag den Haushalt 2010 verabschieden können, beruht auf einer Anstrengung aller, in ungewöhnlich kurzer Zeit die vorläufige Haushaltsführung zu Ende zu bringen. Ich möchte mich für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ich bedanke mich auch für die guten Wünsche an mich; ich kann sie gebrauchen und werde davon Gebrauch machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie auch immer Sie das interpretieren wollen.

Herr Kollege Kindler, die Argumente sind zwar schon oft vorgebracht und oft widerlegt worden, aber – vielleicht haben auch Sie das früher gehört – repetitio est mater studiorum, die Wiederholung ist die Mutter des Lernens. Warum haben wir es geschafft, den Haushalt so schnell vorzulegen, den Entwurf so schnell zu beraten und zu verabschieden? Wir sind von einem Haushaltsentwurf ausgegangen, den wir schon in der vergangenen Legislaturperiode aufgestellt haben. Sonst wäre das nicht möglich gewesen.

(Zuruf des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diesen haben wir um bestimmte Sofortmaßnahmen zum 1. Januar 2010 ergänzt. Wir haben darauf verzichtet, eine Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung vorzulegen, was gesetzlich möglich war. Sie wird mit dem nächsten Haushaltsentwurf vorgelegt. Ferner haben wir die wirtschaftliche Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt dazu genutzt, die **Verschuldung** weiter zurückzuführen. Die Neuverschuldung ist mit 80,2 Milliarden Euro außergewöhnlich hoch, und das macht Sorgen. Übrigens, Frau Kollegin Merkel, ob es nun 79,9 oder 80 Milliarden Euro sind, ist nicht so wichtig.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: 77 Milliarden Euro!)

– Na gut. – Wissen Sie, es hat mit Kosmetik zu tun, ob man die Zahl nun knapp unter oder knapp über 80 Milliarden Euro ansetzt. Wir haben uns bei

den Haushaltsberatungen sehr bewusst für Substanz statt Kosmetik entschieden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dahinter verbirgt sich genau wie hinter Ihrer Doppelkritik ein Problem – liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen wir doch alle; Kollege Koppelin hat es gerade noch einmal beschrieben und glossiert –: Sie kritisieren natürlich auf der einen Seite, dass die Verschuldung viel zu hoch ist. Zugleich kritisieren Sie, dass wir viel zu wenig ausgeben. Das passt nicht richtig zusammen. Sie müssten dann Steuererhöhungen fordern. Sie nennen das Subventionsabbau, aber in Wahrheit meinen Sie, wenn Sie Subventionsabbau sagen, Steuererhöhungen; damit wir uns da klar verstehen.

(Widerspruch bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abbau von Privilegien!)

Wir glauben, dass in der gegebenen wirtschaftlichen Gesamtsituation **Steuererhöhungen** für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Gift wären.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun stehen wir vor dieser außergewöhnlich anstrengenden und herausfordernden Aufgabe, die die Bundeskanzlerin am Mittwoch in der Generalaussprache beschrieben hat: Auf der einen Seite müssen wir in einer ungewöhnlich schwierigen und unsicheren wirtschaftlichen Lage Schritt für Schritt die Voraussetzungen für wirtschaftliche Nachhaltigkeit, Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten. Übrigens ist in diesem Haushalt eine Stärkung der Aufwendungen für Forschung und Bildung von 12 Milliarden Euro für diese Legislaturperiode enthalten. Das sind Aufwendungen für die Infrastruktur, für die Zukunftssicherung unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf der anderen Seite müssen wir die kurzfristig zu hohe Neuverschuldung in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden zurückführen.

Die Bundeskanzlerin hat zu Recht gesagt, dass dies vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft geschehen muss, einer Gesellschaft, die durch rückläufige Geburtenzahlen und – das ist ein Glück für uns alle – steigende Lebenserwartung geprägt ist.

Diesen Dreiklang müssen wir leisten. Er ist ungewöhnlich herausfordernd. Deswegen ist es richtig, dass wir den Haushalt für das Jahr 2010 mit dieser Neuverschuldung, auf Sicht und mit den Impulsen, die wir gesetzt haben, so umsetzen, wie wir ihn jetzt zur Verabschiedung vorschlagen. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zum Bundeshaushalt 2010.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im internationalen bzw. europäischen Vergleich sind wir übrigens gar nicht so schlecht. Die britische Zeitschrift *The Economist* – in britischen Zeitschriften werden wir nicht immer nur gelobt – hat davon gesprochen, Deutschland sei wirtschaftspolitisches Vorbild.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das ist aber nicht Ihr Verdienst! – Gegenruf des Abg. Otto Fricke [FDP]: Es ist doch ganz egal, wessen Verdienst das ist!)

– Daran haben wir alle mitgewirkt. Herr Kollege Schneider, Sie sollten bei Ihrer Kritik gelegentlich bedenken, dass ich immer erwähnt habe: Der erste Entwurf dieses Haushalts ist noch von meinem Vorgänger Steinbrück in der vergangenen Legislaturperiode vorgelegt worden. Warum die Gräben tiefer machen, als sie sind? Die Aufgabe ist groß genug. Wir sollten die Gräben nicht tiefer machen, als sie sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch hinter mancher kritischen Aussage unserer französischen Freunde verbirgt sich ein Stück weit Lob dafür, dass Deutschland seine Aufgabe relativ gut macht.

(Beifall der Abg. Peter Altmaier [CDU/CSU] und Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP])

Ich glaube, dass wir in **Europa** alle miteinander darauf setzen müssen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; das ist auch der Inhalt der Lissabon-Strategie. Deswegen werde ich weiterhin dafür eintreten, dass Deutschland wettbewerbsfähig bleibt und dass sich die, die vielleicht ein bisschen schwächer sind, anstrengen und nicht umgekehrt. Sonst wird das nämlich nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Den Entwurf dieses Haushalts werden wir im Kabinett vor der Sommerpause verabschieden, einschließlich einer Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung. Diese wird so ehrgeizig, wie es der Kollege Koppelin gerade beschrieben hat. Das erfordert das Grundgesetz. Diese Herausforderung müssen wir vor dem Hintergrund unseres **föderalen Systems** bewältigen.

Frau Kollegin Merkel, es nützt nichts: Ob eine Bundessteuerverwaltung leistungsfähiger wäre oder nicht, darüber kann man endlos streiten. Aber die Ordnung des Grundgesetzes ist so, wie sie ist.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Aber man kann sich doch bemühen, etwas noch ein bisschen besser zu machen!)

Deswegen werden wir diese Herausforderung im föderalen Verständnis unseres Bundesstaates bewältigen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Nicht hinter dem Grundgesetz verstecken! Das kann man durchaus verändern! – Fritz Kuhn

[BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! So ist es nicht! Natürlich kann man eine Bundessteuerverwaltung machen!)

– Bitte?

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstverständlich kann man eine Bundessteuerverwaltung machen! – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Genau!)

– Dazu muss man das Grundgesetz ändern.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Ja! Na und? Dann machen wir das!)

Aber dafür hatten Sie in der Föderalismusreformkommission II keine Mehrheit. Das Grundgesetz gilt in der Form, in der es jetzt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Otto Fricke [FDP], zur SPD gewandt: Das wollen doch eure Länder auch! Die SPD-Länder wollen das doch auch!)

Ich bin überzeugt, dass unser föderales System leistungsfähig ist. Ich bin überzeugt, dass wir diese Aufgaben meistern. Deswegen hat die Koalition beschlossen, dass wir uns zunächst der nachhaltigen Stärkung der Finanzbasis der Kommunen widmen; mit dieser Arbeit haben wir genauso begonnen wie mit der Arbeit an der Reform unseres Gesundheitssystems. Das ist die Grundlage unseres föderalen Systems: eine nachhaltige Stärkung der Selbstständigkeit und Leistungsfähigkeit unserer kommunalen Selbstverwaltung. Dabei muss man die Ausgaben- und die Einnahmeseite betrachten und ohne Tabus vorgehen. Nur so können wir diese Aufgabe bewältigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schuldenbremse des Grundgesetzes werden wir in der Tat erfüllen müssen. Das heißt, wir müssen das strukturelle Defizit in den kommenden Jahren um etwa 10 Milliarden Euro jährlich zurückführen. Ich warne Neugierige: Im Jahre 2011 ist die Anstrengung vergleichsweise gering. Im Jahre 2012 wird sie größer, und im Jahre 2013 wird sie noch größer. Das muss jeder und jede wissen. Aber diese Aufgabe müssen wir erfüllen. Damit halten wir den **Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt** ein. Sollte ihn die Bundesrepublik Deutschland nicht einhalten, würde er scheitern. Wenn er scheitert, scheitert mehr als nur der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig! So ist das!)

Wir brauchen in dieser Welt der Globalisierung ein starkes, ein verlässliches, ein handlungsfähiges Europa und eine starke europäische Währung. Wir müssen unsere Verantwortung auch vor diesem Hintergrund sehen.

Mit dem Dank für die gute Zusammenarbeit bei der Beratung des Haushalts 2010 verbinde ich die Bitte um Unterstützung und gute Zusammenarbeit bei der Bewältigung der noch schwierigeren Aufgabe der Beratung des Haushalts 2011 und bei der mittelfristigen Finanzplanung.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU], an die SPD-Fraktion gewandt: Ein bisschen mehr Beifall, ihr müden Krieger!)

Joachim Poß (SPD):

Sie können ja mitklatschen, Herr Kauder.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Vor sieben Monaten hätte ich es noch gemacht!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Schäuble, wir wollen die Gräben nicht tiefer machen; aber wir wollen die Realität in diesem Lande beschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Auch nach Ihrer Rede gilt: Sie haben in keinem Bereich ein Konzept für die nächsten Jahre: nicht für die Stabilisierung der Finanzsituation der Kommunen, nicht für die Haushalts- und nicht für die Steuerpolitik und auch nicht dafür, wie es an den Finanzmärkten weitergehen soll. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Zur Realität gehört, dass in Ihrem Ministerium, dem Finanzministerium – einem der wichtigsten Ministerien –, Stillstand herrscht, weil der Ressortchef seinem Haus jegliche Aktivität verboten hat. Die Bundeskanzlerin redet zu allen möglichen Fragen viel – so hier am Mittwoch –; aber bei keinem der Schlüsselprobleme der deutschen Politik bekommt sie in dieser Koalition Boden unter die Füße. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Hervorragende Rede! Die müssen wir mal nachlesen!)

Diese Regierung, lieber Kollege Barthle, haben die Bürgerinnen und Bürger – das kann man nach dieser Woche wohl sagen – nicht verdient. Sie versagen angesichts der Probleme, die Sie lösen sollen. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD)

Davon haben Frau Merkel und Herr Schäuble in dieser Woche mit betulichen Reden abzulenken

versucht. Auch der europäische Währungsfonds ist so ein Ablenkungsthema. Man könnte noch mehr sagen, zum Beispiel dazu, was die Äußerungen von Frau Merkel europapolitisch bedeuten und wie das zu bewerten ist; aber dazu bleibt hier nicht die Zeit. Sie haben in dieser Woche versucht, sich in einer bestimmten Weise zu inszenieren. Ihre Redebeiträge hatten ein Ziel: zu zeigen, dass die Kanzlerin und der Finanzminister alles im Griff haben und beide stetig und solide an der Lösung auch der größten Probleme arbeiten;

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist die Realität!)

denn damit hätten Sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verdient. Das ist Ihnen aber nicht gelungen, Frau Merkel, Herr Schäuble.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Fakten und die Wirklichkeit lassen sich durch eine Rede nicht verdecken.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen sind kritisch geworden in den letzten Wochen und Monaten, und sie werden immer kritischer.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Gegenüber der SPD, ja!)

Deswegen ist in den letzten Tagen wieder die Steuerpanik bei Ihnen ausgebrochen. Immer, wenn Sie nicht weiterwissen, kommen Sie – das ist schon irrational – auf das Steuerthema. Dabei hatten Sie einander im „Borchardt“ versprochen, bis zur **NRW-Wahl** Ruhe zu halten. Einige Wochen hat das erstaunlicherweise geklappt. Aber jetzt geht es wieder rund, und jeder ist sich selbst der Nächste, wie in diesen Tagen wieder zu hören und zu lesen ist. Zu Recht wächst bei Ihnen die Angst vor der Wahl in NRW. Die Regierungskoalition sucht ihr Heil jetzt in hektischen Aktivitäten. Entgegen Ihrer Inszenierung wurde in dieser Woche überdeutlich: Frau Merkel hat nichts im Griff, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

An keiner Stelle arbeiten Sie seriös und überlegt an der Lösung der anstehenden Probleme. Schon Ihre Koalitionsvereinbarung passt nicht zur Lage. Von Anfang an haben Sie die wirtschaftliche, die soziale und die finanzielle Realität ignoriert. An dieser Realität scheitern Sie zurzeit; der Realität kann man sich eben nicht entziehen.

Jetzt kommt Frau Merkel und verlangt „neues Denken“. Was soll das heißen? Mit welchem neuen Denken wollen Sie die Probleme, von denen ich gerade gesprochen habe, bewältigen? Sie haben keine Antworten, und auch in dieser Woche sind keine gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen verspielen Sie schrittweise das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Taktisch versuchen Sie da-

mit umzugehen, indem Sie die Regierungstätigkeit bis zur Landtagswahl einstellen, und haben daher strikte Weisung an Ihr Haus erteilt, Herr Schäuble, nicht zu arbeiten, weder an einem Haushaltskonsolidierungskonzept noch an steuerpolitischen Positionen. Aus der Finanzmarktabteilung kommt auch nichts Eigenes. Die wenigen Finanzmarktgesetze, die Sie bisher in fünf langen Monaten vorgelegt haben, sind weitgehend die Umsetzung von EU-Verordnungen und -richtlinien; nichts darüber hinaus.

Die letzten Wochen waren mit Blick auf die NRW-Wahl voll von Ankündigungen aus Ihren Reihen: Bankenabgabe, neues Bankeninsolvenzrecht, die Neustrukturierung der Aufsicht oder auch das Verbot von Leerverkäufen. All das soll bald kommen. Aber, Herr Schäuble, warum soll irgendjemand Ihnen in den letzten Wochen gemachten Ankündigungen Glauben schenken, wo doch Ihre bisherige Regierungszeit an dieser Front so gar nichts bewegt hat? Warum sollte Ihnen da jemand glauben, Herr Schäuble? Mit dieser Vorgehensweise vertreten Sie keine glaubwürdige Politik mehr. Ankündigungspolitik ist das, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind doch mit Ihrem Koalitionspartner in allen Fragen über Kreuz. Ihre Kanzlerin hat Sie vorgestern im Bundestag bei der Bankenabgabe höchstselbst gestoppt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was?)

– Ja, lesen Sie einmal nach, was Frau Merkel zur Bankenabgabe gesagt hat

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das hat sie nicht gesagt!)

und in welchem Verhältnis das zu Ihrer Ankündigung steht, Sie würden noch im April ein Konzept vorlegen. So sieht es aus, wenn die neue Regierung an den Problemen arbeitet.

Herr Schäuble, Sie werden schon im Bundeskabinett keinen Entwurf zu einer Bankenabgabe durchbekommen, weder im April noch später,

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie träumen!)

weil Sie dazu nie und nimmer einen Konsens in der Regierungskoalition erreichen werden. Sie und die Kanzlerin sind zu schwach, um sich gegen die Bankenlobbyisten in der FDP und in Ihrer eigenen Partei durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere aus dem *Handelsblatt* vom Dienstag zum Thema Bankenabgabe:

In der Union zeigte man sich überrascht über die Ankündigung,

– die Ankündigung Schäubles –

schon im April einen Regierungsbeschluss herbeizuführen.

Herr Wissing von der FDP wird zitiert: „Noch ist kein Konsens in Sicht.“

(Otto Fricke [FDP]: Guter Mann, der Wissing!)

Das ist Ihre **Finanzmarktpolitik**: reine Ankündigungen vor der NRW-Wahl, die dann auch noch in der Koalition relativiert und dementiert werden.

In der Steuerpolitik, Herr Schäuble, sind Sie der verantwortliche Minister. Aber ich frage Sie zur Idee eines 5- bis 10-Milliarden-Euro-Paketes, die jetzt in der Koalition herumgeistert: Was wissen Sie eigentlich davon? Werden Sie hier von der Kanzlerin und den Koalitionspartnern vorgeführt?

Es gibt keine einzige Vorstellung, kein Papier aus dem Hause Schäuble darüber, was steuerpolitisch jetzt passieren soll. Sie überlassen das Feld den Steuerfantasten der FDP und in Ihren eigenen Reihen. Es kann doch wohl nicht angehen, dass ein so wichtiges Land wie unser Land de facto von Steuerfantasten geführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Politische Führung, lieber Herr Kollege Schäuble, lieber Herr Minister, sieht anders aus.

Von Ihnen kommt immer nur ein Satz, nämlich der Verweis auf die **Steuerschätzung** im Mai. Als ob man im Mai etwas grundlegend Neues für die Entscheidungen in der Steuerpolitik erfahren würde! Eine solch billige Ausrede ist weit unter Ihrem Niveau.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch Sie gehen die Dinge ausschließlich parteipolitisch-taktisch an, so wie die Bundeskanzlerin.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Was machen Sie?)

Aber allein mit Taktik löst sich kein einziges Sachproblem. Bisher haben Sie kein einziges Sachproblem gelöst.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen schauen auch **internationale Organisationen** mit immer größerer Sorge auf die politischen Führungsprobleme in unserem Lande. Dass jetzt wieder die Steuerpanik in der Regierung ausbricht, wird mit Sicherheit nicht zur Beruhigung unserer Partner in Europa und beim Internationalen Währungsfonds beitragen. Die EU-Kommission hat Ihnen in dieser Woche eine schwere Rüge erteilt. Die deutsche Regierung, so die Kommission, müsse ihre Konsolidierungsstrategie endlich präzisieren.

(Otto Fricke [FDP]: Dann hat sie ja eine!)

Bisher reiche die Konsolidierung allerdings nicht aus. Die größten Gefahren seien die Steuersenkungspläne der Koalition. – Ein klarer Schuss vor den Bug der Bundesregierung!

Die EU-Kommission zeigt die Klarheit, die Sie verweigern, die die Menschen aber immer stärker

von Ihnen einfordern werden. Die Wunschkombination Schwarz-Gelb scheitert an der Praxis. Das konnten wir in den letzten Monaten jeden Tag erleben. In dieser Woche konnten wir es noch besser beobachten als sonst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Otto Fricke ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzter Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Poß, eigentlich fühlt man sich ja zu einer sofortigen Replik veranlasst, aber das will ich heute nicht tun.

Ich will auf etwas hinweisen, was mir gestern Abend aufgefallen ist: Ich war in der vergangenen Nacht vor 20 Jahren zum ersten Mal in meinem Leben in Berlin, und es war für mich, damals noch als Student in einer spontanen Aktion aus Freiburg kommend, schon bemerkenswert, zu sehen, was alles in einem Land möglich ist, wenn man ein Ziel hat. Schauen Sie sich an, was wir in den 20 Jahren alles geschafft haben, was das für eine Herkulesaufgabe in diesen 20 Jahren war, wer die Verantwortung gehabt hat, wie Wahlen überraschend ausgehen können und wie dann andere Leute Verantwortung übernehmen und die Arbeit machen.

Sie werden sich wundern, was diese Koalition in den vier Jahren, für die sie den Auftrag hat – Sie können so viel reden, wie Sie wollen: Sie wird den Auftrag behalten –, noch erreichen wird. Sie werden sich auch über das wundern, was im Bereich des Haushalts noch alles kommen wird und was ohne auch nur einen einzigen konstruktiven Vorschlag von der Opposition gemacht werden muss, weil Sie nicht in der Lage sind, Wahrheiten auf den Tisch zu legen, sondern nur kritisieren können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es ist viel von Herkulesaufgaben geredet worden. Dabei ist mir als Erstes eingefallen, dass es ja eigentlich „Herakles“ – er war ja ein Grieche – heißt und dass „Herkules“ der lateinische Name ist. Bleiben wir aber bei dem Begriff der Herkulesaufgaben.

Es waren die zwölf Arbeiten des Herkules – oder des Herakles; wie man will –, die wichtig waren. Wenn ich nach links gucke, würde mir bei manchen Dingen als Erstes der Augiasstall einfallen, aber belassen wir es lieber bei der Aufzählung von zwölf Punkten.

Wir haben 310 Ausgabensenkungen vorgenommen, bei denen Sie fast immer mit Nein gestimmt haben, weil Ih-

nen nichts anderes einfiel. Wir haben kurzfristig die Hilfe für Haiti gesichert. Wir haben mehrere Steuersenkungen – unsere Steuersenkungen und übrigens auch Ihre Steuersenkungen aus den Zeiten der Großen Koalition – und unsere Kindergelderhöhung eingearbeitet. Wir haben Subventionen gekürzt. Sicherlich kann man noch viel weiter gehen, aber wir haben damit angefangen. Wir haben die CO₂-Gebäudesanierung gesichert. Wir haben bei den Flexibilisierungen pauschale Kürzungen vorgenommen. Wir haben Deckungsverbünde entflochten. Wir haben nicht bei den Sozialleistungen gekürzt. Wir haben die NKA so weit wie noch nie reduziert. Wir haben andererseits die Mittel für Bildung und Forschung und für die Kultur erhöht. Wir haben die Verwaltungsausgaben des Staates, des Bundes, reduziert, was anderen Ebenen unseres Landes sehr schwerfällt, und wir haben den Personalabbau vorangetrieben. Schließlich – das ist der zwölfte Punkt; zählen Sie nach – haben wir die Investitionen konstant gehalten.

(Ulrike Flach [FDP]: So ist es!)

Das ist eine Herkulesaufgabe, die wir in dieser Legislaturperiode wiederholen werden. Das ist die erste, und es werden weitere folgen. Sie werden weiterhin auf den Zuschauerplätzen sitzen bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die sich in den letzten Wochen ja mehr oder weniger im Windschatten befunden hat und meint, es seien eigene Leistungen, hat hier gerade wieder wunderbar vorgetragen, wie viel anders sie das machen würde und dass sie ja ganz gerechte Steuererhöhungen vorschlagen würde.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Wenn es dann aber um die konkreten Steuererhöhungen und darum geht, den Bürgern konkret zu sagen, wo Sie ihnen in den nächsten Jahren das Geld aus der Tasche nehmen wollen, dann bleiben Sie die Antwort schuldig,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

bewegen Sie sich in grünen Fantastereien und erzählen, es sei alles gerecht. Rechnen Sie einmal aus, was Ihre Anträge bedeuten!

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir ausgerechnet!)

Bei dem Papier, das wir erhalten haben, kann ich das im Übrigen auch der SPD nur empfehlen.

Sie versuchen das immer auf 2 Milliarden Euro herunterzurechnen, wenn es im wirklichen Leben tatsächlich 8 oder 9 Milliarden Euro sind, und dann sagen Sie immer: Tut uns leid, wir haben uns halt verrechnet.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Jemand, der das Wachstumsbeschleunigungsgesetz

beschlossen hat, sollte lieber ruhig sein! Wirklich!)

Ich glaube nicht, dass es Ihnen gelingen wird, auf Dauer in diesem Windschatten zu fahren. Sie müssen dann auch Farbe bekennen,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben wir doch!)

und die Farbe ist dann leider nicht grün, sondern eher grau.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen ganz wichtigen Punkt noch einmal klarmachen, weil das auch seitens der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses angesprochen wurde, die ich zu ihrer Arbeit, aber natürlich auch zu ihrem Sekretariat beglückwünschen möchte.

Frau Merkel,

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Herr Fricke!)

Sie sagen immer, die Koalition habe das nur durch günstigere **wirtschaftliche Bedingungen** erreicht.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Genau!)

Ich erinnere die Bürger draußen daran: Es hat in der Vergangenheit immer wieder günstigere wirtschaftliche Bedingungen gegeben.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: 10 Milliarden Euro habt ihr verprasst! Lobbyistenregierung!)

Der Unterschied war aber: Wann immer die SPD an der Regierung war, haben Sie gesagt: Oh, wir haben günstigere wirtschaftliche Bedingungen. Könnte nicht der Sozialminister Scholz noch ein paar Milliarden Euro ausgeben? Könnte man nicht da und nicht dort noch ein bisschen mehr ausgeben? – Jedes Mal, sobald die wirtschaftlichen Bedingungen besser waren, haben Sie die Ausgaben gesteigert.

Das tun wir nicht. Im Gegenteil: In vertrauensvoller Zusammenarbeit – ich will das nochmals betonen – senken wir die Ausgaben in einem Rekordtempo, was Sie uns nicht zugetraut haben, worüber Sie jetzt aber gar nicht mehr gerne reden wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte noch auf den Stil der Haushaltsberatungen zu sprechen kommen. Ich habe hier wirklich viele Stunden gesessen und mir Reden zu unterschiedlichen Bereichen angehört. Im Rahmen der Fachdiskussionen hat niemand gesagt – das sollte der Bürger bei aller Kritik an einer Regierung in einer Demokratie berücksichtigen –: Lassen Sie uns an dieser Stelle mehr sparen. Lassen Sie uns da weniger ausgeben. Lassen Sie uns an jener Stelle etwas herunterfahren. –

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das stimmt ja gar nicht!)

Die Linken sprechen immer von Verteilung – das ist ungefähr alles, was sie wollen – und fordern, international eingegangene Verpflichtungen aufzukündigen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Wir wollen keinen Krieg! Das ist alles!)

Andere sprechen von Ökologie. Über die SPD wollte ich an dieser Stelle eigentlich nicht mehr reden. Ein großer Sozialdemokrat, der aufgrund seiner Lebensleistung in die Geschichtsbücher eingegangen ist, hat aber einmal gesagt: Opposition ist Mist. – Deswegen muss man aber keinen Mist machen und erst recht nicht Mist reden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort der Kollegin Barbara Höll für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Barthle, vorneweg eine Bemerkung: Diesen Haushalt als Kunstwerk zu bezeichnen, ist eine Beleidigung der Kunst.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Im Gegenteil!)

Die Bundeskanzlerin nannte am Mittwoch hinsichtlich der Verschuldung zwar Zahlen. Das war aber nicht einmal die halbe Wahrheit; denn gerade in der Debatte über den Bundeshaushalt müssen wir die Situation des gesamten Gemeinwesens im Blick haben. Genau in diesem Moment beträgt die Verschuldung der öffentlichen Haushalte 1,684689 Billionen Euro. Die letzten Zahlen ändern sich so schnell, dass ich sie hier gar nicht vorlesen kann. Die Schulden nehmen pro Sekunde um 4 481 Euro zu. Das macht eine Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 20 610 Euro. Das sind die Fakten, denen wir uns stellen müssen.

Sie aber betreiben eine Politik nach dem Sankt-Florians-Prinzip – verschon' mein Haus, zünd' andre an –, indem Sie die Belastungen auf die Länder und insbesondere die Kommunen, auf die Bürgerinnen und Bürger abwälzen. So haben Sie zum Beispiel den Zuschuss des Bundes für die Unterkunftskosten der Bezieherinnen und Bezieher von Hartz-IV-Leistungen rückwirkend ab Januar gekürzt, und zwar von 26 Prozent auf 23,6 Prozent.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Das heißt, Sie lassen die Kommunen auf Problemen sitzen, die sie weder verursacht haben noch lösen können. Gerade für Städte wie meine Heimatstadt Leipzig bedeuten diese verringerten Bundeszuschüsse enorme Mehrkosten. Das geht zu Lasten der Erfüllung von freiwilligen Aufgaben wie Kultur und Sport, aber auch Bildung insbesondere der jüngeren Generation.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern Sie auf: Sorgen Sie für die Umsetzung der **finanziellen Eigenverantwortung der Kommunen**. Geben Sie ihnen ausreichende Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung. Wandeln Sie die Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer um. Unser Vorschlag dazu liegt auf dem Tisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sparen bei den Kommunen; Sie sparen aber auch an vielen anderen Stellen. Herr Bundesfinanzminister Schäuble sagte, dieser Haushalt sei ein Haushalt der Notwendigkeit. Da stellt sich schon die Frage: Sind alle Dinge, die im Haushalt zu finden sind, notwendig? Ist der Eurofighter notwendig,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Nein!)

der untaugliche NATO-Hubschrauber,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Nein!)

das Großraumtransportflugzeug A400M?

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Nein!)

Wir als Linke sagen klar: Nein.

(Beifall bei der LINKEN)

Notwendig sind lebenswerte Kommunen, in denen sich alle Bürgerinnen und Bürger, Kinder, Rentner, Kulturschaffende und Arbeiter, wohlfühlen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Merkel, Ihrer Regierung und Ihrer Koalition fällt nichts weiter ein als Sparmaßnahmen auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Am Mittwoch kündigten Sie notwendige jährliche Einsparungen in Höhe von 10 Milliarden Euro an. Die Vermögen und die Unternehmen werden sicher nicht belastet werden.

Ich möchte ein Beispiel aus diesem Haushalt nennen. Es gab einmal einen **Goldenen Plan Ost** – wir waren immer für einen Goldenen Plan Ost und West – für die Förderung von Sportstätten. Dafür waren 2 Millionen Euro vorgesehen. Diese sind in der letzten Sitzung, der Bereinigungssitzung, gestrichen worden. Dadurch können in den neuen Bundesländern jährlich drei bis vier Sportstätten nicht mehr saniert werden. Diese Sanierung aber wäre lebenswert, nicht der Eurofighter.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wozu haben wir denn ein Konjunkturprogramm?)

Wir suchen trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vergebens eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder. Wir suchen vergebens die überfällige Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West. Ebenso suchen wir vergebens die Schließung der Überführungslücke im Rentenrecht. Ich kann Ihnen sagen: Die in der DDR geschiedenen Frauen sind sehr verbittert, dass diese Regierung scheinbar auf eine biologische Lösung hofft.

Trauen Sie sich doch endlich einmal an den Geldbeutel derjenigen heran, die das finanziell locker verkraften: an die Profiteure der Finanzkrise, Vermögende und Spitzenverdiener! Die Idee einer **Bankenabgabe** ist endlich auch bei Ihnen angekommen; aber mit der Umsetzung lassen Sie sich fahrlässig viel Zeit. Angekündigt ist wieder: irgendwie vor dem Sommer, vielleicht, ein bisschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem spielen Sie die Bankenabgabe auch noch gegen die notwendige **Finanztransaktionssteuer** aus, statt die Kraft und den Mut zu entwickeln, beides durchzusetzen; denn beides ist notwendig, um Finanzmärkte zu regulieren, Spekulationen zu begrenzen und Einnahmen zu erzielen. Doch Ihnen fällt lediglich eine Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung ein, sozial ungerecht wie Ihre gesamte Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern Sie als Linke auf: Führen Sie endlich den **gesetzlichen Mindestlohn** ein,

(Beifall bei der LINKEN)

da auch dadurch die sozialen Sicherungssysteme gestärkt und die Steuereinnahmen erhöht werden! Ein Mindestlohn gibt vielen Menschen ihre Würde zurück – das sollte für uns entscheidend sein –,

(Beifall bei der LINKEN)

Menschen, die heute trotz Erwerbsarbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Des Weiteren würde ein gesetzlicher Mindestlohn dafür sorgen, dass die Binnennachfrage gestärkt wird und Handelsungleichgewichte abgebaut werden.

Damit sind wir beim Thema Gerechtigkeit. Gerechtigkeit heißt auch, gerecht zu besteuern. Ihr laut Koalitionsvertrag geplanter Stufentarif für die **Einkommensteuer**, von dem wir nicht wissen, wann er kommen wird, ist alles andere als gerecht. Jeder Stufentarif verstößt gegen das Gerechtigkeitsprinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit; denn er entlastet vorrangig Bezieher hoher Einkommen und reißt riesige Finanzlöcher, die im Endeffekt zu weiteren Einsparorgien führen. Laut Bundesfinanzministerium ist zumindest der FDP diese Entlastung der Rei-

chen 67 Milliarden Euro wert. Dabei muss der Bund in diesem Haushalt 80 Milliarden Euro Schulden aufnehmen. Trotzdem sind Sie der Ansicht, dass Sie die 67 Milliarden Euro für den Stufentarif aufbringen können, nach dem Motto: Das Geld haben wir locker, auch wenn wir uns wieder Geld borgen müssen.

Besteuern Sie endlich Kapitalerträge genauso hoch wie Lohn Einkommen! Die Abgeltungsteuer gehört abgeschafft. Erhöhen Sie den Spitzensteuersatz! Heben Sie die Körperschaftsteuersätze an! Drücken Sie bei der Bankenabgabe und der Finanztransaktionssteuer aufs Tempo! Und erheben Sie endlich wieder die Vermögensteuer!

(Beifall bei der LINKEN)

Dadurch ließen sich die 25 Milliarden Euro für Kinderbetreuung, die Anhebung des Rentenwertes Ost auf das Niveau West, einen Hochschulpakt und die Aufstockung der Hartz-IV-Regelsätze locker finanzieren.

Herr Barthle, es ist schlicht gelogen, wenn Sie am Ende der Haushaltsberatungen sagen, wir hätten keine **Gegenfinanzierungsvorschläge** gemacht.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Eine Streichorgie bei der Bundeswehr! Das habe ich doch gesagt!)

Eine Vielzahl von Vorschlägen liegt auf dem Tisch. Man muss sich natürlich die Mühe machen, diese zu lesen und vielleicht auch geistig zu verarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Nehmen Sie das zurück!)

Tun Sie nicht so, als ob es keine Vorschläge gäbe! Wir Linken bieten konkrete Alternativen für eine sozial gerechte, demokratische Politik. Ihren Haushalt können wir nur ablehnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Michael Meister ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Barthle ist ein aufrechter und wahrhafter Kollege. Die Beleidigung lassen wir uns als Fraktion nicht gefallen.

(Lachen bei der LINKEN)

Der Kollege Barthle macht hervorragende Arbeit im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich stelle erstens fest, dass die Bundesrepublik Deutschland hervorragend vorbereitet in die **Wirtschafts- und Finanzkrise** gegangen ist – das ist ein Verdienst der Arbeit, die wir seit 2005 geleistet haben – und dadurch überhaupt in der Lage war, Krisenbekämpfung aktiv zu betreiben.

Ich stelle zweitens fest: Wir haben in dieser Haushaltsdebatte gesehen, dass das außergewöhnliche Defizit – ein Defizit in Höhe von 80 Milliarden Euro hatten wir noch nie – eine Folge bewusst getroffener politischer Entscheidungen ist, durch Konjunkturprogramme und über das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren der Wirtschafts- und Finanzkrise entgegenzusteuern. Damit haben wir die Krise entschärft. Die Folge ist das extrem hohe Defizit, das wir dieses Jahr in Kauf nehmen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich stelle drittens fest: Wir, die christlich-liberale Koalition und die Bundesregierung, haben eine Strategie, wie wir dieses extrem hohe Defizit zurückführen können.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Jetzt bin ich gespannt!)

Diese Strategie, die deutlich geworden ist, besteht aus drei Elementen. Diese Elemente sind: erstens sparsame Haushaltsführung, zweitens Anregen von Wachstum und drittens die Bereitschaft, Strukturen in diesem Land auf den Prüfstand zu stellen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Aha!)

Zu diesen drei Elementen will ich etwas sagen.

Zum ersten Element. Wir haben in den Haushaltsberatungen mit der Rückführung der **Nettokreditaufnahme** um 5,6 Milliarden Euro unseren Sparwillen klar und deutlich bewiesen. Herr Kollege Schneider hat vorhin dazwischengerufen. Deswegen möchte ich ihm direkt antworten. Sie haben zu Beginn der Haushaltswoche ein Programm vorgelegt, das den Bund jedes Jahr 14 Milliarden Euro mehr kosten würde. Wo ist denn Ihr Beitrag zum Sparen? Sie machen Vorschläge, die uns auf Dauer jedes Jahr teuer zu stehen kommen würden. Wir haben den Willen, zu sparen. Wir haben eine andere Strategie als Sie, Herr Schneider.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will betonen: Für uns heißt Sparen nicht Einnahmeverbesserung durch Steuererhöhungen. Das war die Antwort, die der Kollege vom Bündnis 90/Die Grünen gegeben hat. Er hat davon gesprochen, man müsse die Basis verbreitern, auf der Steuern erhoben werden.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, auch! Und Subventionen weg!)

Er hat davon gesprochen, dass wir in Deutschland keine energieintensive Industrie mehr haben wollen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht!)

Schauen Sie sich doch mal Großbritannien an. Dort hat die Industriepolitik dazu geführt, dass es keine Industrie mehr gibt. Wir können sehen, was mit einem solchen Land in der Finanz- und Wirtschaftskrise geschieht. Das, was Sie hier vorschlagen, ist doch keine zukunftsfähige Politik für die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zum zweiten Element. Sparen alleine reicht nicht. Wir müssen auch gezielt **Wachstumsimpulse** setzen, um die Einnahmehasis zu stärken, zu stabilisieren und auszuweiten.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Darauf warten wir!)

Wir sind sehr wohl der Meinung, dass es richtig war, die Menschen im Jahr 2010 in der Krise um 24 Milliarden Euro zu entlasten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Sozialbeiträge nicht ansteigen. Das war eine richtige politische Entscheidung als Impuls für mehr Wachstum.

Ich will Ihnen noch Folgendes sagen: Wir werden eine Steuerreform auf den Weg bringen, die das Ziel hat, das deutsche Steuerrecht einfacher zu gestalten; denn die Komplexität des Steuerrechts ist ein massives Hindernis für Wirtschaftswachstum in diesem Land. Deswegen ist Steuervereinfachung für uns ein wichtiges Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen die Menschen auch motivieren, mehr Leistung zu erbringen. Wenn sie mehr Leistung erbringen, dann können wir ihnen aber nicht gleichzeitig einen Großteil der Mehreinnahmen, die sie erwirtschaften, wegbesteuern. Deswegen werden wir etwas gegen die kalte Progression und den Mittelstandsbauch im Steuerrecht tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Macht doch! Das hätten Sie schon längst machen können!)

Jetzt sagen viele, wir wären nach der **Steuerschätzung** nicht schlauer. Ich sage, wir werden im Mai schlauer sein als heute.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach der NRW-Wahl!)

Die letzte Steuerschätzung, mit der der mittelfristige Finanzplanungszeitraum in Augenschein genommen wurde, datiert vom Mai 2009. Damals gab es ganz andere Beschäftigungszahlen und Wachstumsszahlen, als wir sie heute erwarten können. Deshalb gehe ich fest davon aus, dass uns die Steuerschätzung im Mai neue Erkenntnisse

bringen wird, auf deren Basis wir in sachlicher und nicht in politischer Weise diesen Wachstumsimpuls geben können. Diese Geduld muss man an den Tag legen. Wir haben sie. Wir werden dann handeln, wenn wir die sachlichen Grundlagen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Das ist vernünftig!)

Zum dritten Element. Ja, wir brauchen **Strukturänderungen** in diesem Land. Wir brauchen mehr Forschung und Entwicklung. Wir brauchen weniger Bürokratie. Dies sind nur zwei Beispiele. Auch hier will ich darauf hinweisen, lieber Herr Schneider: Was haben Sie denn vorgeschlagen? Sie haben zu Beginn dieser Woche nicht vorgeschlagen, wie Strukturen zukunftsfähig weiterentwickelt werden können, sondern Sie haben vorgeschlagen, durchgeführte Strukturreformen zurückzudrehen. Zurück in die Vergangenheit – das ist nicht die Antwort, die wir brauchen. Wir brauchen keine Verfestigung der Arbeitslosigkeit, sondern Flexibilität, um Arbeitslosigkeit in Deutschland abzubauen. Deshalb müssen wir für neue Strukturreformen offen sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Haben Sie denn schon was gemacht? Ein Beispiel!)

Diese Strategie hilft übrigens auch den **Kommunen**. Ein riesiges Problem der Kommunen sind steigende Arbeitslosenzahlen und, dadurch verursacht, steigende Sozialausgaben. Deshalb ist jeder Beitrag, den wir zu mehr Beschäftigung leisten, auch eine Maßnahme zugunsten der kommunalen Haushalte.

(Bettina Hagedorn [SPD]: So ein Schwachsinn!)

Deshalb sind wir an der Stelle auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen nicht das, was Sie verkünden. Wir möchten die Kommunen nicht in eine stärkere Abhängigkeit von Bund und Ländern bringen, sondern wir stehen für eine Politik, die mehr kommunale Selbstverwaltung zum Ziel hat.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit weniger Geld!)

Deshalb wollen wir den Kommunen nicht Schecks aus Berlin überbringen, sondern wir wollen mit ihnen darüber diskutieren, wie die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dafür müssen wir den Kommunen auf der Ausgabe Seite mehr Freiraum geben, und wir müssen ih-

re Einnahmeseite verstetigen und stabilisieren. Deshalb freue ich mich darüber, dass der Bundesfinanzminister die Gemeindefinanzkommission eingerichtet hat. Ich möchte an Sie appellieren, möglichst zügig und schnell zu arbeiten, damit wir über die Kommunen nicht nur reden, sondern ihnen am Ende des Tages auch helfen; denn das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt möchte ich einmal etwas zur Frage der **Wettbewerbsfähigkeit** sagen. Alle Debatten, die wir nach dem Motto „Wir sind zu wettbewerbsfähig“ führen, sind doch nicht von dieser Welt.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Deutschland braucht den Mindestlohn! Das sagen so gar die konservativen Franzosen!)

Wir mögen das in Deutschland diskutieren. Es gibt vielleicht noch den einen oder anderen, der das in Europa diskutiert. Aber die eigentliche Herausforderung liegt nicht in Deutschland oder in Europa; die eigentliche Herausforderung liegt darin, was in Asien – in China, in Japan, in Indien – geschieht. Es geht darum, dass wir als Europäer und als Deutsche in diesem Wettbewerb bestehen können. Ich behaupte: Da sind wir zwar fit, aber nicht so fit, dass wir auf dem Stand stehen bleiben dürfen. Deshalb müssen wir an dieser Stelle weiter nach vorn gehen, Forschung, Innovation, Flexibilität in unserem Land nach vorn bringen.

Ich trete dafür ein, dass wir im Haushalt trotz des Sparens die Mittel für Projektförderung ausweiten und mehr Geld dahin lenken, gleichzeitig aber über die Frage nachdenken, ob wir neben der Projektförderung eine steuerliche Forschungsförderung einführen können. Das haben wir uns im Koalitionsvertrag gemeinsam als Prüfaufgabe gestellt. Wir werden prüfen, ob wir damit einen Schritt weiterkommen und Deutschland für die Zukunft innovationsfähiger aufstellen können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Die FDP ist begeistert!)

Jetzt komme ich zum Thema **Finanzmärkte**. Das ist eine wesentliche Basis für die Frage, ob es uns gelingt, den Staatshaushalt, die Finanzen für künftige Generationen wohl zu ordnen. Wir haben die klare Botschaft gesendet: Wir wollen Märkte, Marktteilnehmer, Produkte in Zukunft beaufsichtigen, und zwar umfassend, was nicht heißt, dass wir keine Wettbewerbswirtschaft mehr zulassen. Wir definieren aber, dass wir eine bessere Regulierung für alle Marktteilnehmer, für alle Produkte und für alle Finanzmärkte brauchen.

An dieser Stelle möchte ich an etwas erinnern, Herr Schneider; vielleicht haben Sie damals noch nicht so gut aufgepasst.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Na ja!)

Die Finanzmarktpolitik in Deutschland, wie sie heute ist, wurde wesentlich von Ihnen mitbestimmt. Sie wurde in der Zeit zwischen 1998 und 2005 gemacht. Deshalb müssten Sie, wenn Sie hier alles kritisieren, einmal in den Spiegel schauen und nicht immer zu anderen hin. Das würde der Debatte guttun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen eindeutig Vergütungsregeln ändern – das haben wir bereits gemacht –, weil wir glauben, dass Vergütungsregeln ein Problem waren. Wir sind dabei, ein Gesetz zum Thema Rating zu machen, um das Problem der Ratingagenturen aufzugreifen und zu erreichen, dass sie nicht unreguliert tätig sind. Wir sind dabei, ein neues Insolvenzrecht für Banken zu erarbeiten, damit in Zukunft nicht mehr derjenige aufgefangen wird, der Misswirtschaft betrieben hat, sondern das System stabilisiert wird und wieder die Grundregel gilt: Wer in der Marktwirtschaft Misswirtschaft betreibt, geht aus dem Markt und wird nicht künstlich im Markt gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind richtige Positionen. Die werden wir umsetzen – in aller Ruhe und Gelassenheit,

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Wann denn?)

sodass die nächste Krise vielleicht weniger wahrscheinlich wird.

Wir werden als Nächstes das Thema **Verbraucherschutz** angehen, weil wir natürlich auch einen Schirm für unsere Mitbürger brauchen. An der Stelle werbe ich für ein bestimmtes Verbraucherbild. Wir dürfen dem Verbraucher die Entscheidung nicht abnehmen; aber wir müssen darauf achten, dass er wirklich in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen. Deshalb brauchen wir Information und Transparenz für einen mündigen Verbraucher. Wir brauchen Verantwortung für all diejenigen, die Information kommunizieren und Entscheidungen treffen. Deshalb wird das Thema „Verantwortung und Haftung“ im Mittelpunkt stehen müssen. Außerdem rate ich uns, Verbraucherschutz nicht als Instrument zu nehmen, Wettbewerb auszuhebeln. Wir brauchen wettbewerbsneutrale Lösungen: mehr Schutz für die Verbraucher, aber kein Aushebeln des Wettbewerbs; denn der ist auch im Interesse der Verbraucher dringend notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Letzte Bemerkung zum Thema Finanzmarkt. Mich hat in dieser Woche gestört, dass wir – bedauerlicherweise – aufgrund der Haltung der britischen Regierung nicht in der Lage waren, auf europäischer Ebene Regelungen betreffend die **Hedgefonds** zu treffen. Ich appelliere an unsere Bundesregierung, in dieser Richtung weiter tätig zu

sein; denn es kann nicht sein, dass wir einfach so lange zuschauen, bis das nächste Problem da ist. Wir wissen, dass es Probleme geben kann. Deshalb brauchen wir eine vernünftige Aufsicht und Transparenz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sehe das Bankenthema wenig entspannt. Ich glaube, wir sind noch mitten in der Finanzkrise. Wir haben sie noch nicht hinter uns. Die Anforderung der Märkte an uns wird über die Finanzkrise hinaus sein, das Eigenkapital der Banken zu stärken. Deshalb müssen wir das Ganze von der Zeitschiene und vom Zusammenwirken her so klug organisieren, dass es noch möglich ist, dass sich die Realwirtschaft und die Privaten von den Banken finanzieren lassen können. Deshalb appelliere ich, keine Schnellschüsse zu machen. In Zukunft darf nicht der Steuerzahler, sondern muss das Finanzsystem selbst die Kosten von Fehlentwicklungen tragen. Wenn die Bundesregierung uns zeitnah Vorschläge dazu macht, Herr Finanzminister, werden wir sie wohlwollend prüfen und diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Klaus Brandner ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Brandner (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der Abschlussrunde der Haushaltsberatungen kann man nur ein Resümee ziehen: Diese Regierung ist rekordverdächtig. Kollege Meister, Sie haben gerade ein weiteres Beispiel für diesen Rekordverdacht gegeben, indem Sie einen Kanon an Unverbindlichkeiten und Ankündigungen angestimmt haben. Das passt genau zur Politik der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Die Regierung ist rekordverdächtig, wenn es um negative Schlagzeilen geht. Sie ist rekordverdächtig, wenn es um Zank, Streit und Chaos geht. Sie ist rekordverdächtig wegen einer Neuverschuldung von sage und schreibe 80,2 Milliarden Euro. Für diese Rekorde können Sie keine Medaillen erwarten; denn für diese Resultate haben Sie – Kollege Barthle, Sie haben uns einen schönen Tag angekündigt – die Note „mangelhaft“ verdient. Das kann man nicht anders beschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt die Schulden abzubauen, betreiben Sie Klientelpolitik und verteilen Steuergeschenke an reiche Erben und Hoteliers.

(Otto Fricke [FDP]: Warum haben Sie alle denselben Redenschreiber?)

Als angeblich soziale Komponente erhöhen Sie zwar das Kindergeld. Aber das kommt bei den Grundsicherungsempfängern gar nicht und bei den Beziehern hoher Einkommen doppelt an. Das nennen Sie auch noch sozial. Die Belastungen aufgrund der hohen Schulden haben zukünftige Generationen zu tragen. Für die Mehrheit der Bürger enthält das von Ihnen verpackte Geschenk unangenehme Überraschungen. Statt dafür zu sorgen, dass die Bürger mehr netto vom Brutto haben, wie Sie es gebetsmühlenartig wiederholen, holen Sie die Kosten durch Abgaben, Gebühren und Zinsen wieder herein.

(Joachim Poß [SPD]: Hat heute keiner mehr von denen gesagt!)

In diesem Zusammenhang darf ich auf Sie verweisen, Herr Meister. Sie haben wieder ein einfacheres Steuersystem angemahnt. Ihre Gesetzgebung zur Hoteliersteuer ist der beste Beweis dafür, dass Sie den Bürokratieabbau nicht ernst nehmen. Herr Meister, Sie haben damit ein Meisterstück dafür abgeliefert, wie man es nicht machen darf.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihrer Politik muss ich an eine Inschrift an einem Fachwerkhaus in der alten Stadt Rheda-Wiedenbrück in meinem Wahlkreis Gütersloh denken: „Hüte dich vor den Katzen, die vorne lecken und hinten kratzen.“ Ihre Politik ist ein gigantisches Täuschungsmanöver. Auch das ist rekordverdächtig.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Täuschungsmanöver setzt schon jetzt bei den Jüngsten an. Wir alle sind uns wohl darüber einig, dass gute **Bildung** der Schlüssel für den Einstieg in ein erfolgreiches Berufsleben und der Ausgangspunkt für die Teilhabe in unserer Gesellschaft ist. In eine gute Bildungsinfrastruktur müssen vorrangig die Finanzmittel fließen. Stattdessen setzen Sie die finanzielle Grundlage der Kommunen aufs Spiel. Ob bei der Erbschaftsteuer, den Unternehmensteuern, der Mehrwertsteuer oder dem Kindergeld, überall zahlen die Kommunen mit. Im Gegenzug werden die Kitagebühren erhöht, die Schulbibliotheken werden nicht mehr ausreichend gefördert, Schwimmbäder und Theater werden geschlossen, und für die Benutzung von Sportplätzen und Sporthallen müssen Gebühren eingeführt oder deutlich erhöht werden. Das führt nicht zu mehr netto vom Brutto, sondern das führt zu weniger netto vom Brutto.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Aufgabe wäre stattdessen, durch Investitionen in Bildung dafür zu sorgen, dass junge Menschen auf die Arbeit von morgen vorbereitet sind. Dabei geht es aber nicht um Arbeit um jeden Preis. Nicht billig ist besser. Auch gilt nicht der Satz: „So-

zial ist, was Arbeit schafft“, sondern: „Sozial ist, was gute Arbeit schafft“. Wir brauchen gute Arbeit zu fairen Bedingungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Was unternehmen Sie? Nehmen wir das Beispiel der Generation Praktikum. Der Missbrauch von Praktikanten wird nicht beendet. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen immer weiter zu. Was lesen wir heute? Anstatt sie einzuschränken, sollen sie erleichtert werden. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie im Koalitionsvertrag als Sicherung des Kündigungsschutzes beschrieben haben. Sie sorgen für mehr Unsicherheit anstatt für mehr Sicherheit. Da sollten Sie den Hebel ansetzen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zur Leiharbeit und dem **gesetzlichen Mindestlohn** kommen. Das sind Baustellen, wo Sie die Würde der Arbeit wiederherstellen könnten. Aber bei Ihnen ist hier durchweg Fehlanzeige. Jetzt lese ich, dass sich die konservative französische Regierung wegen des fehlenden Mindestlohns in Deutschland über eine Wettbewerbsverzerrung zwischen den beiden Volkswirtschaften beschwert. Auf Exportüberschüsse, die mit Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen erzielt werden, dürfen wir nun gerade nicht stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten vielmehr auf Arbeit, die unter guten Bedingungen qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen schafft, stolz sein. Ich kann Ihnen nur anheimstellen, sich daran zu orientieren.

Bei einigen Themen spitzen Sie, immer wenn es eng wird, die Lippen. Dann kündigen Sie an, was Sie vielleicht vorhaben. Ich denke an die Ankündigungen von Frau von der Leyen im Zusammenhang mit der **Zeitarbeit** oder auch an Herrn Rüttgers, der Hartz IV als himmelschreiendes Unrecht empfindet. Das gilt auch für den nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann, den ich sonst schätze, der nach einem gesetzlichen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche ruft. Aber wenn es konkret wird, dann bleiben die Ergebnisse aus. Es reicht nicht, dass man die Lippen spitzt, man muss auch pfeifen. Man muss die Dinge konkret angehen. Ansonsten bleibt man unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie, außer bei der Neuverschuldung, mit Ihrem Haushalt kein ausreichendes Wachstum erzeugen, führen Ihre Maßnahmen zu allem Möglichen, aber nicht zu mehr qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen. Genau das aber wäre die Voraussetzung für einen nachhaltigen Schuldenabbau.

Auch den Rentnern in unserem Land bietet die Regierung nichts. Es gibt keine Rentenerhöhung auf lange Sicht. Wir müssen uns vor Augen führen, dass in diesem Jahr die Renten in Westdeutschland um 2,1 Prozent gesenkt werden müssten. Das ist einmalig in Deutschland. Würde es passieren, dann würde das zu großer Verunsicherung und zu einer weiteren Schwächung der Binnennachfrage führen. Man kann nur durch ordentlich bezahlte Arbeit einen solchen Trend stoppen. Auf dem Gebiet ist bei Ihnen Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Haushaltsjahr stellen Sie die falschen Weichen. Ihr sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist doch in Wahrheit, wie Sie selbst wissen und wie in vielen Presseveröffentlichungen nachzulesen war, ein Wachstumsverhinderungsgesetz.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Ein Umverteilungsbeschleunigungsgesetz!)

Statt einer Traumkoalition erleben wir jeden Tag einen Regierungsalbtraum, verzweifelte Kommunen und einen Anstieg von Gebühren und Abgaben. Ihnen fehlen wegen Ihrer inneren Zerrissenheit der Mut und die Kraft, aus der Krise die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wachstum erzielt man anders. Wachstum und Arbeit schaffen wir durch höhere Bildungsinvestitionen. Wachstum und Arbeit schaffen wir durch finanziell gesunde Kommunen. Sie stemmen den Löwenanteil öffentlicher Investitionen, Investitionen in neue Technologien für die Märkte von morgen, in Schlüsselfelder wie Energieeffizienz, Materialeffizienz, erneuerbare Energien, Antriebstechnologien und in eine verbesserte Kommunikationsinfrastruktur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wachstum und Arbeit schaffen wir durch mehr Binnennachfrage, nicht zuletzt durch bessere Löhne und mehr Einkommensgerechtigkeit sowie durch Entlastungen für die Menschen, die es am meisten brauchen.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wachstum und Arbeit schaffen wir auch durch mehr solidarische Beteiligung derer, die es am besten verkraften können. Dieser Aspekt fehlt in Ihrem Haushalt 2010. Angesichts solch gravierender Mängel können wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Dr. Hans Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltswoche neigt sich dem Ende entgegen. Es ist an der Zeit, ein Fazit zu ziehen: Unsere christlich-liberale Koalition steht für eine Krisenbewältigung und für einen Neuaufschwung. Die Opposition dagegen redet alles schlecht. Das ist der Unterschied, den wir heute zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wo bleibt denn Ihre Alternative? Neid, Angst, Mangelverwaltung, Steuererhöhungen, Ausgabenmehrungen sind eben keine Alternative.

Wir reagieren in kurzer Zeit auf die tiefgreifende Finanzmarktkrise und den schwersten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit. Das sind die Tatsachen. Wir lassen, ökonomisch richtig, die automatischen Stabilisatoren wirken. Wir stellen wirtschaftliche Dynamik in den Mittelpunkt, und wir schaffen eine neue Vertrauensbasis für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Es ist eine Tatsache: Dieser Haushalt ist antizyklisch, krisenbekämpfend, arbeitsplatzschaffend, wachstums- und investitionsfreundlich. Wir verfolgen eine klare Wachstumsstrategie für neue Sicherheit, Konsolidierung und wirtschaftlichen Aufschwung.

Für die Realwirtschaft ist wichtig, dass wir zunächst einmal für einen **stabileren Finanzmarkt** sorgen. Die christlich-liberale Koalition hat bewirkt, dass die Politik – das ist wesentlich – wieder das Primat über die Finanzmärkte hat. Diese Koalition hat die Finanzierungschancen für die Wirtschaft wieder in Gang gebracht. Das hilft allen, insbesondere im Hinblick auf Investitionen und Arbeitsplätze in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Sven-Christian Kindler [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben bisher gar nichts gemacht!)

Wir sanieren und regulieren die Finanzmärkte neu. Wir haben Schutzschirme aufgespannt und Konjunkturpakete geschnürt. Wir haben den Kreditmediator eingeführt. Wir haben bereits neue Finanzmarkttrichtlinien verabschiedet. Wir haben die Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht vorgenommen. Wir haben die Regelungen über die Angemessenheit der Vorstandsvergütung und das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz verabschiedet.

Zweifelloos müssen wir noch mehr verabschieden. Denn eine solche Finanzmarktkrise darf sich nie mehr wiederholen. Das ist die Botschaft, die wir senden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden ein neues Insolvenzrecht, neue Ratingverordnungen, ein Verbot ungedeckter Leer-

verkäufe und sicher auch eine Regelung zur Kostenbeteiligung der Banken auf den Weg bringen. Hier ist Vernunft angesagt. Wer nationale Alleingänge startet, begibt sich nämlich auf den Holzweg. Das Beschreiten **internationaler Wege** ist notwendig, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten wollen.

Wir wollen natürlich keine Substanzbesteuerung. Eines darf nicht passieren: dass die Bankkunden und die Kreditnehmer in Zukunft über eine Bankenabgabe die Zeche zahlen; das wollen wir nicht. Vielmehr wollen wir Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Basis und die Stärkung unserer Realwirtschaft.

Wir kämpfen gegen die Verletzung des **Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts**, für dessen Schaffung Theo Waigel mitverantwortlich ist. Wir als wirtschaftliche Lokomotive in Europa müssen bei der Einhaltung dieses Pakts natürlich Vorbild sein. Ich bin zuversichtlich, dass wir über die mittelfristige Finanzplanung diese Vorbildfunktion in Europa übernehmen. Wer soll denn das sonst tun, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen ist es so wichtig, dass keine **Nivellierung der Wirtschaftsleistung Deutschlands** stattfindet. Diese wirtschaftsstarke Nation ist für ganz Europa wichtig und bedeutend. Wenn man nämlich zwei Kranke ins Bett legt, kommt noch lange kein Gesunder heraus. Deswegen ist Nivellierung das Falscheste, was man in diesem Bereich tun könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das kommt darauf an!)

Wir haben ein klares Konzept zur Stabilisierung des Finanzmarktes. Vonseiten der Regierungskoalition möchte ich Ihnen einmal sagen: Rot-Grün hat in der Vergangenheit die Kasinotüren weit geöffnet. Heute tun Sie so, als ob Sie nicht gewusst hätten, dass man da Roulette spielt. Sie haben nämlich letzten Endes die Deregulierung der **Hedgefonds** vorgenommen.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das wollten Sie doch auch!)

Sie haben die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Konzernen eingeführt. Da wurde Roulette gespielt. Das ist der Ausgangspunkt für das Finanzmarktkasino.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Sie von Rot-Grün sind die Verursacher hiervon. Das ist Tatsache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Unschuldige sind Sie auch nicht!)

Im Übrigen, der Finanzminister hieß damals Hans Eichel.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass unsere Realwirtschaft wieder neue Leistungsanreize bekommt. Für die **Stärkung der Binnenwirtschaft** haben wir Steuersenkungen beim Tarif in Höhe von 20 Milliarden Euro, Kindergelderhöhungen und Korrekturen bei den krisenverschärfenden Elementen der Unternehmen- und Erbschaftsteuer vorgenommen. Ich kann nicht verstehen, wenn ausgerechnet Manager dies nicht anerkennen. Es war eine große Leistung, dass wir Korrekturen bei der Substanzbesteuerung vorgenommen haben und damit die Möglichkeiten der Verlustnutzung in den Unternehmen zur Sanierung und Erhaltung der Arbeitsplätze wieder gestärkt haben. Das war eine großartige Leistung, die wir hier vollbracht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen weiterhin eine **Steuerreform**, die zu mehr Vereinfachung und Gerechtigkeit führt, zum Beispiel durch Reduzierung der kalten Progression, weil das den Menschen, der Wirtschaft und den Arbeitsplätzen in unserem Land dient. Hierzu gibt es keine Alternative. Wir wollen, dass sich Leistung in Deutschland wieder lohnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das musste jetzt auch noch einmal gesagt werden!)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sagen, bei all dem handle es sich letztendlich um Steuergeschenke, dann entgegne ich Ihnen darauf: Sie haben ein falsches Staatsverständnis. Sie glauben, dass alles Geld der Bürger zunächst dem Staat gehört.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Das lasse ich mir aber von Ihnen nicht vorschreiben! Das ist ja unglaublich!)

Das Geld gehört aber zunächst den Bürgern selbst; diese müssen bereit sein, einen entsprechenden Obolus zu leisten. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen Ihrer und unserer Philosophie.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Reden Sie doch einmal mit den Bürgern! – Zuruf des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Abschließend möchte ich folgendes Fazit ziehen: Wir werden die Haushaltskonsolidierung vornehmen, neues Wachstum schaffen, die Sozialsysteme stabilisieren. Die Herausforderung ist zweifellos groß, weil das Ganze mit einer dramatischen Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft einhergeht.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen laufen die Wähler davon!)

Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Wir werden diese Herausforderung offensiv und positiv angehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war aber ein schwacher Auftritt!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Florian Toncar (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Haushalt ist das Beste, was man in der jetzigen Lage aus der Haushaltssituation machen kann. Er ist ein Haushalt, der angesichts der Lage, in der wir uns befinden, ausgesprochen gelungen ist.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Glauben Sie doch selber nicht!)

Ich möchte schon sagen, weil Sie, Kollege Bonde, wie eigentlich immer bei mir üblich, dazwischenrufen: Es ist unredlich,

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da muss man doch zwischenrufen!)

dass die Opposition hier den Eindruck erweckt, dass man mit einer **Neuverschuldung** in einer ganz anderen Größenordnung arbeiten könnte.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 7,5 Milliarden Euro weniger!)

Man kann über jeden einzelnen Posten sprechen und sagen, da oder da wäre etwas anderes sinnvoller. Aber der Eindruck, den Sie erwecken, der ist einfach unredlich.

Ich möchte einmal daran erinnern, Kollege Bonde, womit Sie abgetreten sind, als Sie im Jahre 2005 von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt worden sind.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

Da hatten wir nicht einmal eine im Ansatz vergleichbare Wirtschaftskrise. Die Neuverschuldung, für die Sie auch persönlich mit verantwortlich waren, betrug 4,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Deutschland war damals eines der Sorgenkinder Europas. Heute ist das nicht der Fall. Heute gehört Deutschland, was die Neuverschuldung angeht, zur Spitzengruppe Europas.

(Joachim Poß [SPD]: Aber weshalb?)

Ich glaube, das ist ein beträchtlicher Unterschied, auf den man hinweisen sollte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben schon mitbekommen, dass wir eine Rekordverschuldung haben!? – Zuruf der Abg. Petra Merkel [Berlin] [SPD])

– Das sind Tatsachen. Sie kennen die gesamte Problematik. Bei Rot-Grün war das jahrelang ein Problem.

Es ist mitnichten so, dass die Höhe der diesjährigen Neuverschuldung irgendjemanden beruhigen könnte. Sie wissen, wie das alles zusammenhängt. Das hat mit der Krise zu tun, die weltweit zuschlägt.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Regierungskrise!)

Herr Kollege Bonde, es wäre redlich, wenn Sie darauf hinweisen würden, wie hoch die Neuverschuldung in den Ländern ist, die mit Deutschland verglichen werden können: in den USA zweistellig, Großbritannien zweistellig, Frankreich über 8 Prozent, Italien fast zweistellig und Spanien zweistellig. Das sind Industrieländer wie Deutschland, die von uns nicht weit weg sind. Die Neuverschuldung liegt dort weit höher als in Deutschland. Es wäre redlich, das zu erwähnen. Bei all den Sorgen, die wir uns um den Haushalt machen müssen, stelle ich fest: Wir machen es besser als alle vergleichbaren Länder um uns herum.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Wo gibt es denn so was?)

Sie als Opposition haben darauf hingewiesen, dass es im vorliegenden Haushalt im Vergleich zum Regierungsentwurf – auch im Vergleich zum Entwurf von Minister Steinbrück im letzten Jahr – **Entlastungen** durch die konjunkturelle Entwicklung und eine günstigere Arbeitsmarktentwicklung gegeben hat. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass wir die frei gewordenen Mittel für den Abbau der Staatsschulden verwenden.

Sie haben verschwiegen – das wäre bei einer vollständigen Darstellung Ihrerseits zu erwarten gewesen –, dass wir im selben Zeitraum erhebliche **Zusatzbelastungen** hatten,

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Ja, die Hotelsteuer zum Beispiel!)

für die wir Vorsorge treffen mussten. Als Ihre Regierungsmitglieder im letzten Oktober abgetreten sind, haben Sie uns ein heruntergewirtschaftetes Gesundheitssystem hinterlassen. Einen Monat nach der Wahl ist herausgekommen, dass der Gesundheitsfonds eine Lücke von 3,9 Milliarden Euro aufweist, die wir mit Mitteln aus dem vorlie-

genden Haushalt stopfen müssen. Es sind Belastungen hinzugekommen, die Sie uns aufgebürdet haben und die wir im vorliegenden Haushalt berücksichtigen mussten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Da muss die Frau Merkel aber versagt haben!)

Selbstverständlich gab es weitere Belastungen, die wir einarbeiten mussten, wie die Afghanistankonferenz und die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kopenhagen haben Sie nicht eingearbeitet!)

Man muss feststellen: Wir haben trotz dieser Zusatzbelastungen und unter Berücksichtigung der Entlastungen einen Haushalt hinbekommen, der hinsichtlich der geplanten Neuverschuldung deutlich unter dem liegt, was im letzten Jahr von Herrn Steinbrück und auch im zweiten Regierungsentwurf vorgesehen war.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie verteilen Klientelgeschenke!)

Die Frage ist, wie wir wieder zu mehr **Wirtschaftswachstum** kommen. Die Kolleginnen und Kollegen von der Union haben bereits darauf hingewiesen, dass die Koalition beabsichtigt, in diesem Jahr das Thema **Steuern** anzugehen.

(Joachim Poß [SPD]: Welche Rede haben Sie vor einem Jahr gehalten?)

Ich kann mich dieser Absicht nur anschließen, und zwar aus zwei Gründen. Was das Wirtschaftswachstum angeht, haben wir in der momentanen Situation zwei Probleme: Das eine ist der Bereich der **privaten Investitionen**. Sie bleiben aus, weil Unternehmen oft nicht richtig planen können und daher zurückhaltend sind. Das andere – das ist eine dauerhafte Schwäche Deutschlands – ist der **private Konsum**, also das, was die Bürgerinnen und Bürger für ihren Bedarf ausgeben bzw. ausgeben können. An diesen beiden Punkten können Steuersenkungen ansetzen und für die Wirtschaft tatsächlich etwas erreichen. Wir wollen diese Punkte angehen. Wir wollen eine Entlastung der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, weil das fair ist und vor allem die Schwäche unserer Binnenkonjunktur beseitigt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass es wirtschaftlich wieder bergauf gehen kann.

Darüber hinaus wollen wir eine Entlastung im investiven Bereich, Stichwort **steuerliche Forschungsförderung**. Es stellt sich die Frage, wie wir mit Investitionen, Abschreibungen und all den Instrumenten umgehen, die Unternehmen jetzt brauchen, damit sie wieder investieren können. Diese Strategie ist abgestimmt. Wir werden im nächsten Jahr die Schuldenbremse, die es in

Deutschland zum Glück gibt, penibel einhalten. Wir werden den Haushalt Schritt für Schritt konsolidieren. Dieser Haushalt ist ein Anfang. Wir haben bereits einiges eingespart. Diesen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts gespart habt ihr! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht gespart! Klientelgeschenke habt ihr verteilt!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun bitte ich Sie noch um Aufmerksamkeit für den letzten Redner in dieser Debatte. Es ist der Kollege Leo Dautzenberg für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Haushalt ist ausreichend viel gesagt worden. Darüber ist ausreichend debattiert worden. Ich möchte für meine Fraktion dennoch einige Dinge zur Finanzmarktpolitik und zur Finanzmarktproblematik darlegen, weil der Bund bei vielen finanzmarktpolitischen Aufgaben in einer finanziellen Verantwortung steht. Dieser Verantwortung kommen wir in Form bestimmter Sonderfonds und Sonderhaushalte nach. Deshalb gehört es zu einer Haushaltsdebatte, dass wir auch Bereiche des Finanzmarktes beleuchten. Aufgrund der Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wurde der Bund schließlich in erheblichem Maße in Anspruch genommen.

Verehrter Herr Kollege Poß, Ihr Vorhalt geht im Grunde fehl. Ich glaube, Sie sollten unser gemeinsames Wirken hier nicht unter Wert verkaufen.

(Joachim Poß [SPD]: Das mache ich nicht!)

Das gilt insbesondere für das, was wir mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und den Weiterentwicklungen dieses Gesetzes auf den Weg gebracht haben, und dafür, wie wir die Stabilisierung des Finanzmarktes betrieben haben.

(Joachim Poß [SPD]: Auch die Konjunkturpakete und die Managervergütung waren nicht schlecht!)

Wir als Union werden die Politik auf dieser Grundlage fortsetzen.

Wenn Sie dem Minister hier vorhalten, er hätte sich vorschnell zum EWF, zum **Europäischen Währungsfonds**, geäußert, sage ich Ihnen: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass er unabhängig von der Situation Griechenlands das Erfordernis anderer Strukturen und Mechanismen als Handlungskasten sieht, um den Euro zukünftig weiterhin

stabil zu halten. Wenn man das unter das Thema „Europäischer Währungsfonds“ subsumiert, kann das von der Aufgabenstellung her im Grunde nur richtig sein. Was damit in keiner Weise beabsichtigt war – das ist hier immer klargestellt worden –, ist, den Eindruck zu vermitteln, dass wir nur vordergründig einen Fonds gründen wollen, der nichts anderes als einen Finanzausgleich herbeiführen soll. Das kann vielleicht am Ende eines Prozesses stehen, wenn der Instrumentenkasten für eine Fortentwicklung des Stabilitätspaktes und der Maastricht-Verträge für alle Staaten vorhanden ist. Von daher war das ein richtiger Beitrag, der in die Zukunft wies.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was haben wir bisher schon auf den Weg gebracht? Das waren **nationale Stützungsmaßnahmen**. Es gibt jetzt eine stärkere Aufsicht über die Ratingagenturen; das werden wir umsetzen. Es gibt höhere Eigenkapitalvorgaben, auch vom Baseler Ausschuss, die wir umzusetzen haben. Außerdem haben wir ein Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung auf den Weg gebracht.

(Joachim Poß [SPD]: Richtig! Alles Vorschläge der SPD!)

Außerdem kann die Aufsicht über die Finanzinstitute jetzt aufgrund der Aufsichtsrichtlinie auch auf die Vergütungssysteme in den Banken im Bereich unterhalb der Vorstandsebene Einfluss nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das sind doch entscheidende Beiträge, die wir schon auf den Weg gebracht haben.

Herr Kollege Poß, es wäre hilfreich gewesen, wenn Sie es positiv unterstützt hätten, als sich unsere Regierung und unser Finanzminister am Montag auf der Finanzministerkonferenz für eine Regulierung von **Hedgefonds** eingesetzt haben. Da Großbritannien sich gegen die Umsetzung sperrt, müssen wir doch nachdrücklich um Unterstützung nachsuchen, damit wir auch auf diesem Gebiet eine Regulierung auf den Weg bringen können.

(Joachim Poß [SPD]: Da sind wir uns einig!)

damit wir das umsetzen können, was in unserem Koalitionsvertrag steht. In Zukunft soll es keine Finanzmärkte, keine Finanzprodukte mehr geben, die nicht einem Mindestmaß an Regulierung unterliegen.

(Joachim Poß [SPD]: Da sind wir uns ja einig!)

Von daher sollten wir positiv registrieren, dass die Vorschläge, die Obama vorgelegt hat, zeigen, dass in den USA zumindest Handlungsbedarf erkannt worden ist. Wir sollten die Zeit nutzen, um das auch auf unserer Ebene, auf europäischer Ebene nach vorne zu bringen. Wir sollten mit nationalen Maßnahmen anfangen.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig!)

Wir haben schon vor Monaten Eckpunkte vorgestellt – das war nicht überraschend; denn daran arbeiten wir schon seit Monaten – und gesagt, wo wir auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Handlungsbedarf hinsichtlich der Regulierung der Finanzmärkte sehen. Das ist im Grunde – ich nenne das einmal so – unser Dreiklang: eine verbesserte, effektivere Finanzaufsicht – durch Bündelung der Finanzaufsicht bei der Bundesbank – verbunden mit einem weiter gehenden Insolvenzrecht für Finanzinstitute und einem Restrukturierungsfonds, der diese Maßnahmen begleiten und auf den Weg bringen soll.

Das wollen wir mit einer **Sonderabgabe für den Finanzsektor** verbinden. Ich betone bewusst Finanzsektor, weil wir neben den Banken auch den Versicherungsbereich einbeziehen müssen. Von daher sollte Herr Brüderle überlegen, ob es sinnvoll ist, von Anfang an bestimmte Bereiche des Bankensektors davon auszuschließen. Gehen Sie davon aus, dass wir eine solche Sonderabgabe in den jeweiligen Säulen des Bankensektors nach Risikogewichtung und nicht pauschal für den ganzen Banken- und Finanzsektor vornehmen werden.

(Joachim Poß [SPD]: Da sieht man, dass die Koalition nicht handlungsfähig ist! Er spricht Herrn Brüderle an!)

Von daher, Kollege Poß, sind wir hier auf gutem Wege. Gehen Sie davon aus, dass der Finanzminister und die Bundesregierung uns auf Grundlage dieser Forderungen im Frühjahr rechtzeitig Eckpunkte zu diesen Bereichen präsentieren werden.

(Joachim Poß [SPD]: Was sagt die FDP? Was sagt Herr Brüderle?)

Wir gehen davon aus, dass wir dies dann auch auf europäischer Ebene durchsetzen können.

(Joachim Poß [SPD]: Sie gegen die FDP zu unterstützen, das könnten wir uns überlegen!)

Wir müssen aufpassen, dass die Maßnahmen, die wir national in Gang setzen, mit den EU-Vorgaben kompatibel sind; sonst wäre das im Endeffekt kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Noch eines: Denen, die hier immer betonen, man sollte einige Bereiche des Finanzsektors von der Sonderabgabe ausschließen, weil sie die Krise nicht mit verursacht haben, muss ich sagen: Wenn der Staat und damit der Steuerbürger die erfolgten Rettungsaktionen nicht unternommen hätte, wäre der gesamte Finanzbereich in Mitleidenschaft gezogen worden. Deshalb sollte man keinen Bereich von Anfang an aus einer bestimmten Pflicht entlassen. Wie gesagt, die Sonderabgabe wird risikoadjustiert sein.

Daran sehen Sie: Die Union bleibt in der Finanzpolitik auf Kurs.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf dem falschen Kurs!)

Schritt für Schritt werden wir die richtigen Maßnahmen umsetzen. Wir setzen darauf, dass wir sie auch auf internationaler Ebene umsetzen können, um damit einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2010. Es geht dabei um die Drucksachen 17/200, 17/201, 17/601 bis 17/616, 17/619 bis 17/625 sowie 17/1077. Es ist namentliche Abstimmung verlangt. Ich weise darauf hin, dass nach dieser namentlichen Abstimmung noch eine weitere namentliche sowie zahlreiche einfache Abstimmungen über Entschließungsanträge folgen werden.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre vorgesehenen Plätze an den Urnen einzunehmen. – Ist dies erfolgt? Sind die Plätze an den Urnen alle besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme bei dieser ersten namentlichen Abstimmung nicht abgegeben hat? – Ich frage vorsichtshalber noch einmal, da gerade noch Stimmen abgegeben wurden: Haben alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹

Wir setzen die Abstimmungen fort und kommen nun zu den Entschließungsanträgen. Wir beginnen mit der Abstimmung über drei Entschließungsanträge der Fraktion der SPD.

Über den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1083 soll namentlich abgestimmt werden. Dazu bitte ich die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre Plätze wieder einzunehmen. Ist das erfolgt? Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das die Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte auch hier die Schriftführer um

¹Ergebnis Seite 3007 C

die Auszählung. Auch dieses Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.²

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie, nach Möglichkeit Platz zu nehmen, damit wir die weiteren Abstimmungen vornehmen können und wir hier eine Übersicht über die Mehrheitsverhältnisse haben.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1082. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1088. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist ebenfalls abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion Bündnis 90/Grünen und der Fraktion Die Linke bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion.

Wir stimmen nun über sechs Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke ab, zunächst über den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1081. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD abgelehnt gegen die Stimmen der Linken.

Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1084. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Auch dieser Entschließungsantrag ist abgelehnt mit dem gleichen Stimmenverhältnis.

Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1086. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Auch dieser Entschließungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenergebnis abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1087. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist ebenfalls abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Linken.

Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1089. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen.

Nun kommen wir zum Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1090. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion Bündnis

90/Die Grünen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

Nun kommen wir zur Abstimmung über vier Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Zunächst der Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1085. Wer ist dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der Linken bei Enthaltung der Fraktion der SPD gegen die Fraktion der Grünen.

Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1091. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist ebenfalls abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der Grünen.

Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1092. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Grünen mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1093. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Auch dieser Entschließungsantrag ist mit dem gleichen Stimmenergebnis abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen liegen noch nicht vor. Deshalb unterbreche ich die Sitzung bis zum Vorliegen der Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen.

(Unterbrechung von 13.36 bis 13.43 Uhr)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Es liegen nun die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen** vor, die ich Ihnen gerne bekannt geben möchte.

Zunächst das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung, das heißt über das Haushaltsgesetz 2010: abgegebene Stimmen 569. Mit Ja haben gestimmt 313, mit Nein haben gestimmt 256, Enthaltungen gab es keine. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

²Ergebnis Seite 3009 D

Endgültiges Ergebnis
 Abgegebene Stimmen: 569;
 davon
 ja: 313
 nein: 256

Ja

CDU/CSU

Ilse Aigner
 Peter Altmaier
 Peter Aumer
 Dorothee Bär
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Günter Baumann
 Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen)
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Dr. Christoph Bergner
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Dr. Maria Böhmer
 Wolfgang Börnsen
 (Bönstrup)
 Wolfgang Bosbach
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Gitta Connemann
 Leo Dautzenberg
 Alexander Dobrindt
 Thomas Dörflinger
 Marie-Luise Dött
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann
 Ingrid Fischbach
 Hartwig Fischer (Göttingen)
 Dirk Fischer (Hamburg)
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
 Dr. Maria Flachsbarth
 Klaus-Peter Flosbach
 Herbert Frankenhauser
 Dr. Hans-Peter Friedrich
 (Hof)
 Michael Frieser
 Erich G. Fritz
 Dr. Michael Fuchs
 Hans-Joachim Fuchtel
 Alexander Funk
 Ingo Gädechens
 Dr. Peter Gauweiler
 Dr. Thomas Gebhart
 Norbert Geis
 Alois Gerig
 Eberhard Gienger

Josef Göppel
 Reinhard Grindel
 Hermann Gröhe
 Michael Grosse-Brömer
 Astrid Grotelüschen
 Markus Grübel
 Manfred Grund
 Monika Grütters
 Dr. Karl-Theodor Freiherr
 zu Guttenberg
 Olav Gutting
 Florian Hahn
 Holger Haibach
 Dr. Stephan Harbarth
 Jürgen Hardt
 Gerda Hasselfeldt
 Dr. Matthias Heider
 Ursula Heinen-Esser
 Frank Heinrich
 Rudolf Henke
 Michael Hennrich
 Jürgen Herrmann
 Ansgar Heveling
 Ernst Hinsken
 Peter Hintze
 Robert Hochbaum
 Karl Holmeier
 Franz-Josef Holzenkamp
 Joachim Hörster
 Anette Hübinger
 Thomas Jarzombek
 Dr. Dieter Jasper
 Dr. Franz Josef Jung
 Dr. Egon Jüttner
 Bartholomäus Kalb
 Steffen Kampeter
 Alois Karl
 Bernhard Kaster
 Volker Kauder
 Siegfried Kauder
 (Villingen-Schwenningen)
 Dr. Stefan Kaufmann
 Roderich Kiesewetter
 Eckart von Klaeden
 Volkmar Klein
 Jürgen Klimke
 Julia Klöckner
 Axel Knoerig
 Jens Koeppen
 Manfred Kolbe
 Dr. Rolf Koschorrek
 Hartmut Koschyk
 Michael Kretschmer
 Gunther Krichbaum
 Dr. Günter Krings
 Dr. Martina Krogmann
 Rüdiger Kruse
 Bettina Kudla
 Dr. Hermann Kues
 Günter Lach
 Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
 Andreas G. Lämmel
 Dr. Norbert Lammert
 Katharina Landgraf
 Ulrich Lange
 Dr. Max Lehmer
 Paul Lehrieder

Dr. Ursula von der Leyen
 Ingbert Liebing
 Matthias Lietz
 Dr. Carsten Linnemann
 Patricia Lips
 Dr. Jan-Marco Luczak
 Dr. Michael Luther
 Karin Maag
 Dr. Thomas de Maiziére
 Andreas Matfeldt
 Stephan Mayer (Altötting)
 Dr. Michael Meister
 Dr. Angela Merkel
 Maria Michalk
 Dr. h. c. Hans Michelbach
 Dr. Mathias Middelberg
 Philipp Mißfelder
 Dietrich Monstadt
 Marlene Mortler
 Dr. Gerd Müller
 Stefan Müller (Erlangen)
 Nadine Müller (St. Wendel)
 Dr. Philipp Murmann
 Michaela Noll
 Dr. Georg Nüßlein
 Franz Obermeier
 Eduard Oswald
 Henning Otte
 Dr. Michael Paul
 Rita Pawelski
 Ulrich Petzold
 Dr. Joachim Pfeiffer
 Sibylle Pfeiffer
 Beatrix Philipp
 Ronald Pofalla
 Christoph Poland
 Ruprecht Polenz
 Eckhard Pols
 Lucia Puttrich
 Daniela Raab
 Thomas Rachel
 Dr. Peter Ramsauer
 Eckhardt Rehberg
 Lothar Riebsamen
 Josef Rief
 Klaus Riegert
 Dr. Heinz Riesenhuber
 Johannes Röring
 Dr. Norbert Röttgen
 Dr. Christian Ruck
 Erwin Rüddel
 Albert Rupprecht (Weiden)
 Anita Schäfer (Saalstadt)
 Dr. Wolfgang Schäuble
 Dr. Annette Schavan
 Dr. Andreas Scheuer
 Karl Schiewerling
 Norbert Schindler
 Tankred Schipanski
 Georg Schirmbeck
 Christian Schmidt (Fürth)
 Patrick Schnieder
 Dr. Andreas Schockenhoff
 Dr. Ole Schröder
 Dr. Kristina Schröder
 (Wiesbaden)

Bernhard Schulte-Drüggelte
 Uwe Schummer
 Armin Schuster (Weil am Rhein)
 Detlef Seif
 Johannes Selle
 Reinhold Sendker
 Dr. Patrick Sensburg
 Thomas Silberhorn
 Johannes Singhammer
 Jens Spahn
 Carola Stauche
 Erika Steinbach
 Christian Freiherr von Stetten
 Dieter Stier
 Gero Storjohann
 Stephan Stracke
 Max Straubinger
 Karin Strenz
 Thomas Strobl (Heilbronn)
 Lena Strothmann
 Michael Stübgen
 Dr. Peter Tauber
 Antje Tillmann
 Dr. Hans-Peter Uhl
 Arnold Vaatz
 Volkmar Vogel
 (Kleinsaara)
 Stefanie Vogelsang
 Andrea Astrid Voßhoff
 Dr. Johann Wadephul
 Marco Wanderwitz
 Kai Wegner
 Marcus Weinberg (Hamburg)
 Peter Weiß (Emmendingen)
 Sabine Weiss (Wesel I)
 Ingo Wellenreuther
 Karl-Georg Wellmann
 Peter Wichtel
 Annette Widmann-Mauz
 Klaus-Peter Willsch
 Elisabeth Winkelmeier-Becker
 Dagmar Wöhlrl
 Dr. Matthias Zimmer
 Wolfgang Zöller
 Willi Zylajew

SPD

Marco Bülow

FDP

Jens Ackermann
 Christine Aschenberg-Dugnus
 Daniel Bahr (Münster)
 Florian Bernschneider
 Sebastian Blumenthal
 Claudia Bögel
 Nicole Bracht-Bendt
 Klaus Breil
 Rainer Brüderle
 Angelika Brunkhorst
 Sylvia Canel

Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hausteil
Manuel Höferlin
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Lüksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lau-sitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Torsten Heiko Staffeldt
Dr. Rainer Stinner

Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüden-scheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Nein

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidel-berg)
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hil-desheim)
Edelgard Bulmahn
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmond Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosen-heim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl

Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Back-nang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lüthmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ulrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Ross-mann
Marlene Rupperecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Wei-den)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartzke

Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Stein-meier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

DIE LINKE

Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Daödelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann

Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Paul Schäfer (Köln)
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Uwe Kekeritz

Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Anna Klein-
Schmeink
Ute Koczy
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlin-
burg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour

Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Streng-
mann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun kommen wir zu dem Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1083:

abgegebene Stimmen 565. Mit Ja haben gestimmt 253, mit Nein 311, eine Enthaltung. Dieser Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis
Abgegebene Stimmen: 565;
davon
ja: 253
nein: 311
enthalten: 1

Ja

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidel-
berg)
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hil-
desheim)
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegfried Ehrmann

Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosen-
heim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber

Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Back-
nang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meißner
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach

Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Ross-
mann
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Wei-
den)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-
Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit

Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

DIE LINKE

Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Daödelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Paul Schäfer (Köln)
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair

Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Alexander Bonde
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönliger
Uwe Kekeritz
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Anna Klein-
Schmeink
Ute Koczy
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlin-
burg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Streng-
mann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel

Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binniger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Josef Göppel
Reinhard Grindel

Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr
zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dr. Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Siegfried Kauder
(Villingen-
Schwenningen)
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Volkmart Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Michael Kretschmer
Günther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Hei-
delberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing

Matthias Lietz
 Dr. Carsten Linnemann
 Patricia Lips
 Dr. Jan-Marco Luczak
 Dr. Michael Luther
 Karin Maag
 Dr. Thomas de Maizière
 Andreas Matfeldt
 Stephan Mayer (Altötting)
 Dr. Michael Meister
 Dr. Angela Merkel
 Maria Michalk
 Dr. h. c. Hans Michelbach
 Dr. Mathias Middelberg
 Philipp Mißfelder
 Dietrich Monstadt
 Marlene Mortler
 Dr. Gerd Müller
 Stefan Müller (Erlangen)
 Nadine Müller (St. Wendel)
 Dr. Philipp Murmann
 Michaela Noll
 Dr. Georg Nüßlein
 Franz Obermeier
 Eduard Oswald
 Henning Otte
 Dr. Michael Paul
 Rita Pawelski
 Ulrich Petzold
 Dr. Joachim Pfeiffer
 Sibylle Pfeiffer
 Beatrix Philipp
 Ronald Pofalla
 Christoph Poland
 Ruprecht Polenz
 Eckhard Pols
 Lucia Puttrich
 Daniela Raab
 Thomas Rachel
 Dr. Peter Ramsauer
 Eckhardt Rehberg
 Lothar Riebsamen
 Klaus Riegert
 Dr. Heinz Riesenhuber
 Johannes Röring
 Dr. Norbert Röttgen
 Dr. Christian Ruck
 Erwin Rüdell
 Albert Rupprecht (Weiden)
 Anita Schäfer (Saalstadt)
 Dr. Wolfgang Schäuble
 Dr. Annette Schavan
 Dr. Andreas Scheuer

Karl Schiewerling
 Norbert Schindler
 Tankred Schipanski
 Georg Schirmbeck
 Christian Schmidt (Fürth)
 Patrick Schnieder
 Dr. Andreas Schockenhoff
 Dr. Ole Schröder
 Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
 Bernhard Schulte-Drüggelte
 Uwe Schummer
 Armin Schuster (Weil am Rhein)
 Detlef Seif
 Johannes Selle
 Reinhold Sendker
 Dr. Patrick Sensburg
 Thomas Silberhorn
 Johannes Singhammer
 Jens Spahn
 Carola Stauche
 Erika Steinbach
 Christian Freiherr von Stetten
 Dieter Stier
 Gero Storjohann
 Stephan Stracke
 Max Straubinger
 Karin Strenz
 Thomas Strobl (Heilbronn)
 Lena Strothmann
 Michael Stübgen
 Dr. Peter Tauber
 Antje Tillmann
 Dr. Hans-Peter Uhl
 Arnold Vaatz
 Volkmar Vogel (Kleinsaara)
 Stefanie Vogelsang
 Andrea Astrid Voßhoff
 Dr. Johann Wadehul
 Marco Wanderwitz
 Kai Wegner
 Marcus Weinberg (Hamburg)
 Peter Weiß (Emmendingen)
 Sabine Weiss (Wesel I)
 Ingo Wellenreuther
 Karl-Georg Wellmann
 Peter Wichtel
 Annette Widmann-Mauz
 Klaus-Peter Willsch

Elisabeth Winkelmeier-Becker
 Dagmar Wöhrle
 Dr. Matthias Zimmer
 Wolfgang Zöllner
 Willi Zylajew

FDP

Jens Ackermann
 Christine Aschenberg-Dugnus
 Daniel Bahr (Münster)
 Florian Bernschneider
 Sebastian Blumenthal
 Claudia Bögel
 Nicole Bracht-Bendt
 Klaus Breil
 Rainer Brüderle
 Angelika Brunkhorst
 Sylvia Canel
 Helga Daub
 Reiner Deutschmann
 Dr. Bijan Djir-Sarai
 Patrick Döring
 Mechthild Dyckmans
 Rainer Erdel
 Jörg van Essen
 Ulrike Flach
 Otto Fricke
 Paul K. Friedhoff
 Dr. Edmund Peter Geisen
 Dr. Wolfgang Gerhardt
 Hans-Michael Goldmann
 Heinz Golombeck
 Joachim Günther (Plauen)
 Dr. Christel Happach-Kasan
 Heinz-Peter Hausteiner
 Manuel Höferlin
 Birgit Homburger
 Dr. Werner Hoyer
 Heiner Kamp
 Michael Kauch
 Dr. Lutz Knopek
 Pascal Kober
 Dr. Heinrich L. Kolb
 Hellmut Königshaus
 Dr. h. c. Jürgen Koppelin
 Sebastian Körber
 Patrick Kurth (Kyffhäuser)
 Heinz Lanfermann
 Sibylle Laurischk
 Harald Leibrecht

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
 Lars Lindemann
 Christian Lindner
 Dr. Martin Lindner (Berlin)
 Michael Link (Heilbronn)
 Dr. Erwin Lotter
 Oliver Luksic
 Horst Meierhofer
 Patrick Meinhardt
 Gabriele Molitor
 Jan Mücke
 Petra Müller (Aachen)
 Burkhardt Müller-Sönksen
 Dr. Martin Neumann (Lausitz)
 Dirk Niebel
 Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
 Cornelia Pieper
 Gisela Piltz
 Dr. Birgit Reinemund
 Dr. Peter Röhlinger
 Dr. Stefan Ruppert
 Björn Sänger
 Frank Schäffler
 Christoph Schnurr
 Jimmy Schulz
 Marina Schuster
 Dr. Erik Schweickert
 Werner Simmling
 Judith Skudely
 Dr. Hermann Otto Solms
 Joachim Spatz
 Torsten Heiko Staffeldt
 Dr. Rainer Stinner
 Stephan Thomae
 Florian Toncar
 Serkan Tören
 Johannes Vogel (Lüdenscheid)
 Dr. Daniel Volk
 Dr. Guido Westerwelle
 Dr. Claudia Winterstein
 Dr. Volker Wissing
 Hartfried Wolff (Rems-Murr)

Enthaltung

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Birgitt Bender

Damit sind wir am Ende der Debatte über den Haushalt 2010 und auch am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, 24. März 2010, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen ein angenehmes, wenn auch kurzes Wochenende und schließe die Sitzung.

(Schluss: 13.45 Uhr)

Berichtigung

31. Sitzung, Seite 2868 (A), erster Absatz, der erste Satz ist wie folgt zu lesen: „Als darüber gesprochen wurde, es solle eine Sondermünze geben, haben wir als Fraktion Die Linke gesagt: Jawohl, wenn wir eine

WM in Deutschland austragen, dann möge sich der Bund beteiligen, zumal es zu zusätzlichen Einnahmen kommt.“

(A)

(C)

Anlagen zum Stenografischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Aken, Jan van	DIE LINKE	19.03.2010
Barchmann, Heinz-Joachim	SPD	19.03.2010
Beck (Bremen), Marie-luise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Dr. Böhmer, Maria	CDU/CSU	19.03.2010
Bollmann, Gerd	SPD	19.03.2010
Buchholz, Christine	DIE LINKE	19.03.2010
Burchardt, Ulla	SPD	19.03.2010
Cramon-Taubadel, Viola von	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Dörmann, Martin	SPD	19.03.2010
Göring-Eckardt, Katrin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Götz, Peter	CDU/CSU	19.03.2010
Dr. Götzer, Wolfgang	CDU/CSU	19.03.2010
Gohlke, Nicole	DIE LINKE	19.03.2010
Golze, Diana	DIE LINKE	19.03.2010
Granold, Ute	CDU/CSU	19.03.2010
Hempelmann, Rolf	SPD	19.03.2010
Hoff, Elke	FDP	19.03.2010
Hoppe, Thilo	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Jung (Konstanz), Andreas	CDU/CSU	19.03.2010
Keul, Katja	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Koch, Harald	DIE LINKE	19.03.2010
Koenigs, Thomas	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Kopp, Gudrun	FDP	19.03.2010
Kossendey, Thomas	CDU/CSU	19.03.2010
Mattheis, Hilde	SPD	19.03.2010
Möller, Kornelia	DIE LINKE	19.03.2010
Pflug, Johannes	SPD	19.03.2010
Roth (Esslingen), Karin	SPD	19.03.2010
Scharfenberg, Elisabeth	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Dr. Scheer, Hermann	SPD	19.03.2010
Senger-Schäfer, Kathrin	DIE LINKE	19.03.2010
Dr. Steffel, Frank	CDU/CSU	19.03.2010

Trittin, Jürgen	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.03.2010
Dr. Troost, Axel	DIE LINKE	19.03.2010
Werner, Katrin	DIE LINKE	19.03.2010
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	SPD	19.03.2010

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen

Der Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

- Unterrichtung durch die Bundesregierung
Nationaler Biomasseaktionsplan für Deutschland
– Drucksachen 16/12955, 17/591 Nr. 1.10 –
- Unterrichtung durch die Bundesregierung
Aktionsplan der Bundesregierung zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe
– Drucksachen 16/14061, 17/591 Nr. 1.29 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Unionsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Innenausschuss

Drucksache 17/720 Nr. A.4
Ratsdokument 17686/09
Drucksache 17/720 Nr. A.5
Ratsdokument 17697/09
Drucksache 17/720 Nr. A.6
Ratsdokument 17702/09

Finanzausschuss

Drucksache 17/178 Nr. A.8
Ratsdokument 15047/09
Drucksache 17/504 Nr. A.17
Ratsdokument 10875/09
Drucksache 17/592 Nr. A.2
Ratsdokument 17760/09

Haushaltsausschuss

Drucksache 17/504 Nr. A.19
Ratsdokument 12448/09
Drucksache 17/592 Nr. A.3
Ratsdokument 17588/09

(B)

(D)

(A)

Drucksache 17/720 Nr. A.11
Ratsdokument 5175/10

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Drucksache 17/136 Nr. A.72
EuB-EP 1962; P6_TA-PROV(2009)0370
Drucksache 17/136 Nr. A.73
Ratsdokument 10628/09
Drucksache 17/136 Nr. A.74
Ratsdokument 10883/09
Drucksache 17/136 Nr. A.75
Ratsdokument 11374/09
Drucksache 17/136 Nr. A.76
Ratsdokument 11717/09
Drucksache 17/136 Nr. A.77
Ratsdokument 11778/09
Drucksache 17/136 Nr. A.78
Ratsdokument 12671/09
Drucksache 17/178 Nr. A.26
Ratsdokument 15305/09
Drucksache 17/504 Nr. A.20
EuB-EP 1985; P7_TA-PROV(2009)0063

Ausschuss für Gesundheit

Drucksache 17/136 Nr. A.84
Ratsdokument 12097/09
Drucksache 17/720 Nr. A.13
Ratsdokument 5272/10

(C)

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Drucksache 17/136 Nr. A.99
EuB-EP 1975; P7_TA-PROV(2009)0019
Drucksache 17/315 Nr. A.4
EuB-EP 1981; P7_TA-PROV(2009)0056
Drucksache 17/315 Nr. A.5
EuB-EP 1983; P7_TA-PROV(2009)0059
Drucksache 17/315 Nr. A.6
EuB-EP 1984; P7_TA-PROV(2009)0060
Drucksache 17/592 Nr. A.7
EuB-EP 1995; P7_TA-PROV(2009)0103
Drucksache 17/592 Nr. A.8
EuB-EP 1996; P7_TA-PROV(2009)0104

Ausschuss für Kultur und Medien

Drucksache 17/136 Nr. A.118
Ratsdokument 12814/09

(B)

(D)